

Manuel Castells
Kampf in den Städten

Manuel Castells, geb. 1942 in Hellín, Spanien, spielte in den 1970er Jahren eine zentrale Rolle bei der Entwicklung marxistischer Stadtsoziologie.

Andrej Holm forscht und lehrt am Arbeitsbereich Stadt- und Regionalsoziologie des Instituts für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin und ist in verschiedenen stadtpolitischen Initiativen aktiv.

Manuel Castells

Kampf in den Städten

Gesellschaftliche Widersprüche und politische Macht

Mit einem Vorwort von Andrej Holm

VSA: Verlag Hamburg

Originaltitel:
Luttes urbaines et pouvoir politique
Aus dem Französischen von Eduard Drumm
unter Mitarbeit von Michael Kraus

© der deutschsprachigen Ausgabe
VSA: Verlag Hamburg 2012, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Von S. 29 bis Seite 125 Nachdruck der deutschsprachigen
Erstausgabe (VSA: Westberlin 1975)
© der französischen Originalausgabe:
Librairie de François Maspero, Paris 1973
Alle Rechte vorbehalten
Druck und Buchbindearbeiten: Idee, Satz & Druck, Hamburg
ISBN 978-3-89965-509-4

Inhalt

Andrej Holm	
Vorwort	7
Das Buch	8
Der Autor	9
Protest als Gesellschaftsanalyse	11
Castells als Zeitzeuge des Fordismus: Kollektive Konsumtion und der Staat	14
Städtische Proteste als transformative Bewegung	16
Empörung allein reicht nicht aus	19
Mit Castells in die städtischen Kämpfe des 21. Jahrhunderts gehen	23
Literatur	25
1. Klassenkampf und Widersprüche in den Städten: Das Auftauchen gesellschaftlicher Bewegungen in den Städten im Monopolkapitalismus	31
2. Die innere Struktur einer gesellschaftlichen Bewegung in der Stadt: Der Kampf gegen die »Renovierungs-Deportation« in der Stadt Paris	41
Paris, das Volk und die Verkäufer von Städten	41
Die Planierraupe kommt hier nicht durch!	45
Die Grundlage des Kampfes: Warum man gewinnt, warum man verliert, oder: »Wie man Geschichte macht«	61
3. Reform im städtischen Bereich und politische Aktion in den Bürgerkomitees von Montreal	64
Von der Sozialhilfe zum Kampf um Reformen	64
Der Skandal der Stadt Montreal	66

Ein Politisierungsvorgang in der Stadt:	
Die F.R.A.P. und ihre Zwiespältigkeit	67
Die politische Krise in Quebec und die Volksbewegung	70
Zwischen Barmherzigkeit und Ideologie	73
Die Verbindung zwischen dem Kampf in den Städten und dem politischen Kampf	76

4. Ideologische Mystifizierung und gesellschaftliche Widersprüche:

Die Umweltschutzbewegung in den USA	81
Die Umweltschutzaktion:	
Von vergangenheitsbezogenen Eliten zur Protestbewegung	83
Die großen Kunstgriffe des »Umwelt-Establishments«	88
Die Kritik von links: Die Umweltideologie und die neuen Formen kapitalistischen Profits	89
Und dennoch	91
Typologie der Bewegungen zur Verteidigung der Umwelt:	
Einige Beispiele	94
Die inneren Bestandteile der ökologischen Bewegung, oder: »Warum alle Welt einer Meinung zu sein scheint«	96

5. Von der Einnahme der Stadt zur Übernahme der Macht:

Stadtkampf und Revolutionärer Kampf der Pobladores-Bewegung in Chile	100
Klassenkampf, politische Verhältnisse und die Besetzung städtischen Bodens	102
Soziale Organisation der Siedlungen und die Veränderung der Lebensform	106
Die Verbindung zwischen der reformerischen Praxis der Siedler und der Gesamtheit der gesellschaftlichen Widersprüche	112
Die gesellschaftlichen Faktoren, die den Erfolg der verschiedenen politischen Richtungen in der Siedlerbewegung bestimmen	117

6. Die Schlussfolgerung heißt Straßenkampf	122
---	-----

Andrej Holm
Vorwort

Städtische Proteste haben Hochkonjunktur. Mobilisierungen gegen Mietsteigerungen und Verdrängung sind in fast allen deutschen Großstädten zu beobachten, und Fragen einer zunehmend unsozialen Stadtentwicklung stehen auf der Tagesordnung. Auch international haben soziale und politische Mobilisierungen verstärkt städtische Themen aufgegriffen. So hatten die großen Proteste in Spanien und Israel im Jahr 2011 ihren Ausgangspunkt in der Frage der unzureichenden Wohnungsversorgung, in New York und anderen US-amerikanischen Städten haben Obdachloseninitiativen und Teile der Occupy-Bewegung begonnen, Zwangsräumungen zu verhindern, und diskutieren über groß angelegte Besetzungsaktivitäten. In Kairo und Istanbul ebenso wie in vielen lateinamerikanischen Metropolen haben sich Nachbarschaften in den informell entstandenen Siedlungen organisiert, um sich gegen Abrisspläne zu wehren.

Viele dieser Kämpfe beziehen sich direkt oder implizit auf ein *Recht auf die Stadt*, und in den akademischen Begleitdiskursen der kritischen Wissenschaft wurden insbesondere die Arbeiten von Henri Lefebvre aufgegriffen (Brenner/Marcuse/Mayer 2012; Stanek 2011; Holm/Gebhardt 2011). Vom »Lefebvre-Revival« überblendet, sind andere kritische und grundsätzliche Analysen zu städtischen sozialen Bewegungen in den Hintergrund geraten. Dabei geben insbesondere die frühen Arbeiten von Manuel Castells auch heute noch wichtige und streitbare Anregungen für das Verständnis von städtischen Protesten. Mit der Wiederauflage seiner Schrift *Kampf in den Städten* wird ein längst in Vergessenheit geratener Text zurück in die politischen Debatten geholt.

Das Buch

Der *Kampf in den Städten* ist im französischen Original 1973 unter dem Titel »Lutte urbaine et pouvoir politique« in Paris bei Librairie François Maspero erschienen. Das Buch untergliedert sich in eine klare Struktur von politisch-theoretischer Rahmenerzählung und vier Fallstudien zu städtischen Kämpfen in Paris, Montreal, den USA und in Chile. In einem einleitenden Abschnitt [31ff.]¹ und seinen Schlussfolgerungen [122ff.] ermöglicht uns Manuel Castells einen Einstieg in seine Theorie der sozialen Bewegungen und formuliert Bedingungen für erfolgreiche städtische soziale Bewegungen.

Manuel Castells stellt zunächst ein kontrastreiches und ungeordnetes Bild von scheinbar allgegenwärtigen städtischen Konflikten vor: von militanten Protesten gegen den Abriss des Quartier des Marolles in Brüssel, das den Bürobauten der Europäischen Union weichen muss, und den Aktivitäten der schwarzen Community in Newark, die sich gegen den Abriss ihrer Nachbarschaft für eine medizinische Hochschule wehrt, über die Forderungen von Arbeiterfamilien in Santa Coloma de Gramenet in der Nähe von Barcelona für ein Krankenhaus in ihrer Stadt bis hin zu Massenmobilisierungen für durchgrünte Viertel in Bogota oder dem Protest von Umweltschützern gegen das Fällen von Bäumen in Stockholm [31f.].

All diese Beispiele dienen der Illustration von »anwachsenden Volksbewegungen« zu städtischen Themen. Einen gemeinsamen Nenner der Aktivitäten sieht er nicht in einer politisch-ideologischen Konsistenz – vielmehr macht sich Castells über die Diffusität von revolutionärem Kampf, Verteidigung des Bestehenden und Pfadfindertum lustig –, sondern in dem Umstand, dass all diese Bewegungen »die Formen und Rhythmen des Alltagslebens beeinflussen« und »direkt mit der kollektiven Organisation der Lebensweise verbunden« sind [32]. Er zeichnet ein Bild von städtischen Mobilisierungen, die sich gegen ihre strukturelle Benachteiligung oder für ein allgemeingesellschaftliches Interesse einsetzen. Ob MieterInnen in Paris, die sich gegen ihre Verdrängung organisieren, Umweltschützer in den USA oder die um politische Mitbestimmung kämpfenden Bürgerkomitees in Montreal und die Land-

¹ Die Seitenangaben in eckigen Klammern beziehen sich auf den vorliegenden Band.

und Hausbesetzungen der Pobladores in Chile: Castells Bewegungen haben zwar keine einheitliche politische Agenda, aber ihr Aufbegehren ist immer als Aufbruch aus den bestehenden Strukturen und Verhältnissen zu verstehen. Den Protestmobilisierungen gegenüber stehen immer die (nicht näher beschriebenen) herrschenden Klassen und der ihnen dienende Staatsapparat [36ff.].

Kollektive Organisationen der Lebensweise und der Einfluss auf das *Alltagsleben* umreißen also die wesentlichen Koordinaten der Analyse von städtischen sozialen Bewegungen bei Manuel Castells. Die sozialen Bewegungen in den Städten sind für ihn insofern von Belang, als sich mit ihnen »einander widersprechende Systeme gesellschaftlicher Praxis herausbilden, die von spezifischen Widersprüchen der städtischen Problematik ausgehen und die etablierte Ordnung infrage stellen« [32].

Der Autor

Soziale und politische Bewegungen waren für Manuel Castells nicht nur ein Forschungsthema: In Spanien geboren, beteiligte er sich Anfang der 1960er Jahre als Student in Barcelona an Aktivitäten gegen die Franco-Diktatur und musste ins politische Exil nach Frankreich fliehen. Nach seinen erfolgreichen Studienabschlüssen an der Sorbonne in Paris verschlug es ihn 1967 ausgerechnet nach Nanterre, ins Zentrum der Studentenproteste. Anders als beispielsweise Henri Lefebvre war Manuel Castells zu keiner Zeit Mitglied oder Parteigänger der Kommunistischen Partei, sondern organisierte sich nach Selbstauskunft in anarcho-maoistischen Zirkeln und verstand politischen Aktivismus als Basisbewegung jenseits des linken Mainstreams (Castells 2006: 221). Seine aktive Teilnahme an der Studentenbewegung und anderen Protesten endete 1968 in einer Ausweisung aus Frankreich, sodass er im chilenischen und kanadischen Exil Lehraufträge an verschiedenen Hochschulen übernahm. Nach einer Begnadigung durch den französischen Staat konnte er 1970 nach Paris zurückkehren und arbeitete an der dortigen Universität mit Henri Lefebvre zusammen (Ward/McCann 2006: 189ff.). Von ihren durchaus produktiven Auseinandersetzungen um den »richtigen« Blick auf die Stadt spricht seine erste einflussreiche Veröffentlichung *La Question Urbaine* von 1972

(1977 beim VSA: Verlag als »Die Kapitalistische Stadt. Ökonomie und Politik der Stadtentwicklung« erschienen). Noch stark von den marxistisch-strukturalistischen Denkweisen von Louis Althusser geprägt, analysiert er dort die Stadt vor allem in ihrer Stellung im kapitalistischen System der Ökonomie und versucht, ihre spezifischen Funktionen für das gesellschaftliche Gesamtsystem zu entschlüsseln.

Nur wenig später begann seine Arbeit zu sozialen Bewegungen in den Städten, die er seit 1979 auch im Rahmen seiner Professur in Berkeley, Kalifornien, fortsetzte und in seinem Hauptwerk *The City and the Grassroots* 1983 veröffentlichte. Sein Kompendium zur Geschichte von städtischen sozialen Bewegungen gilt bis heute als Referenzpunkt für viele Arbeiten zu politischen Mobilisierungen in den Städten. Auf der Basis von zahlreichen Fallstudien untersucht er den Einfluss von Protestmobilisierungen auf die Produktion des Städtischen und auf den gesellschaftlichen Wandel. Im Gegensatz zum Strukturdeterminismus seiner früheren Arbeiten erhebt Manuel Castells die sozialen Bewegungen nun zu handelnden und gestaltenden Subjekten der Stadtentwicklung. Es geht um nichts weniger, als zu untersuchen, welchen Einfluss städtische Bewegungen auf den Wandel gesellschaftlicher Strukturen und die Transformation des Städtischen haben (Castells 1983: 305). In *The City and the Grassroots* verabschiedet sich Castells von einer starren Hauptwiderspruchsorientierung und ersetzt den Klassenkampf seiner früheren Studien durch die Kombination von sozialen, kulturellen und politischen Mobilisierungen. Das Potenzial für eine gesellschaftliche Veränderung sieht er nun allein in den Bewegungen, denen es gelingt, den Kampf um die kollektive Konsumtion (siehe dazu die Ausführungen auf S. 14ff.) mit dem Aufbau einer Community und der Forderung nach politischer Selbstbestimmung zu verbinden (Castells 1983).

Der *Kampf in den Städten* kann im Kontext der theoretischen Entwicklung von Manuel Castells als Zwischenstation auf dem Weg vom traditionsmarxistischen Strukturalismus zu einer stärker relationalen und situativen Gesellschaftsanalyse verstanden werden. Zu den Elementen einer deterministischen Weltvorstellung, etwa wenn er die Interessen der herrschenden Klasse und die Funktionen des Staatsapparates beschreibt, gesellen sich schon erste Ansätze eines Bewegungsoptimismus, der die Kraft der gesellschaftlichen Transformation in den Alltagspraxen verortet und den sozialen Kämpfen eine subjek-

tive Seite und gestaltende Reichweite zugesteht. Er nimmt dabei eine Perspektive ein, die wir für andere gesellschaftliche Fragestellungen bei Edward P. Thompson (1980) oder Charles Tilly (1998) kennen – Perspektiven, die auf jeweils eigene Art jenseits struktureller Analysen auf der Suche nach den sozialen Mechanismen waren, die uns die Bedingungen sozialen Handelns und sozialen Wandels erklären können.

In seinen späteren Arbeiten wie *The Informational City* (Castells 1989) und den drei international breit rezipierten Bänden *The Information Age: Economy, Society, and Culture* (Castells 1996, 1997, 1998) hat sich Manuel Castells von früheren, bewegungsbezogenen und handlungstheoretischen Schwerpunkten gelöst. Geblieben ist seine wissenschaftliche Neugier, die Gesellschaft, in der wir leben, zu verstehen.

Protest als Gesellschaftsanalyse

Auch wenn Castells Arbeit zu den städtischen Protestbewegungen vielfach als eine Art Handlungsanweisung für städtische Proteste diskutiert wird, war die Intention seiner Studien eine andere. Die Protestbewegungen und Basismobilisierungen sah er vor allem als geeignetes Untersuchungsfeld einer Gesellschaftsanalyse. Manuel Castells untersucht die städtischen Protestbewegungen nicht um ihrer selbst willen und hat so gar nichts gemein mit der klassischen, meist kategorisierenden Bewegungsforschung. Vielmehr versteht er seine Beschäftigung mit den Protestmobilisierungen als eine Tiefenerkundung der gesellschaftlichen Widersprüche und Konflikte. Die Bewegungen werden dabei von ihm als gesellschaftliche Praxis angesehen und bilden die empirische Basis seiner Gesellschaftsanalyse.

Ziel seiner Arbeit ist es, die Veränderungsprozesse des kollektiven Konsumverhaltens und des damit verbundenen Begehrens zu verstehen und einen Beitrag zur Repolitisierung der Gesellschaft zu leisten. Dabei will er – so sein Anspruch – untersuchen, »welche Verfahren anwendbar sind, um die neuen sozialen Widersprüche (...) und die wirtschaftlichen und politischen Widersprüche an der Basis eben dieser Sozialstruktur miteinander zu verbinden« [38f.].

Insbesondere sein Fokus auf die Alltagserfahrungen leuchtet auch heute noch ein. Unbeantwortet bleibt allenfalls die Frage, warum es

unter den vielen denkbaren gesellschaftlichen Praxen ausgerechnet die Proteste sein sollen, die uns helfen, die Gesellschaft zu verstehen. Castells beantwortet sie letztendlich mit seinem Verweis auf die gesellschaftliche Doppelbedeutung der kollektiven Konsumtion, zugleich die städtischen Alltagserfahrungen zu prägen, als auch im Mittelpunkt von gesellschaftlichen Verteilungs- und Interessenkämpfen zu stehen.

Viele seiner Annahmen haben auch heute noch ihre Gültigkeit und markieren die Rahmenbedingungen unserer Alltagserfahrungen in einer zunehmend verstärkteren Gesellschaft. Das spezifisch Städtische und das Geheimnis der aufkommenden stadtpolitischen Mobilisierungen sind auch heute noch die Alltagsbedingungen, die von den in den Städten verdichteten »allgemeinen Organisationsformen der Gesellschaft« abhängen. Die Stadt ist auch heute noch Ergebnis, Gegenstand und Arena gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Auch viele der von Castells in den 1970er Jahren identifizierten Themenfelder haben nach wie vor eine Relevanz für städtische Protestbewegungen. Konkret benannte er unter anderem die Wohnverhältnisse und die städtischen Gemeinschaftseinrichtungen wie Schulen, Krankenhäuser, Parkanlagen und Kulturzentren. Gemeinsamer Nenner ist eine von den Bewegungen unterstellte gesellschaftliche Verantwortung für all diese Bereiche.

Doch der städtische Alltag wird nicht nur von Infrastrukturen und der materiellen Ausstattung bestimmt. Themen von sozialen Mobilisierungen richten sich auch auf die zunehmend individualisiert wahrgenommenen Momente des Alltagslebens, die bei Castells in Form von ermüdenden Pendlerfahrten, in Stücke zerlegten Tagesabläufen und der Abgeschlossenheit von Einfamilienhaussiedlungen in den Vorstädten als tiefe Entfremdungserfahrung verstanden werden können oder als Diskriminierung von Alten und ethnischen Minderheiten sowie bei der Einschränkung und Kontrolle von Jugendkulturen als unmittelbare Ausgrenzung von den Ressourcen und Qualitäten des Städtischen wirken.

Die aus dem Alltag entspringenden Momente der Wut, der Unzufriedenheit, des Frustes dienen Manuel Castells als Ausgangspunkt für die Analyse neu entstehender gesellschaftlicher Konflikte. Sein Fokus sind die entwickelten kapitalistischen Gesellschaften der 1960er und 1970er Jahre, die er – ganz den kritischen Analysen seiner Zeit verhaftet – als »staatmonopolistischen Kapitalismus« beschreibt.

Mit seinen Analysen städtischer Konflikte in den 1960er und 1970er Jahren verweist Castells nicht nur auf eine erstaunliche Kontinuität von sozialen Kämpfen in den Städten, sondern zieht uns auch den Zahn der Illusion von den angeblich umfassenden Integrationspotenzialen der fordistischen Wohlfahrtsregime. Sein Blick auf den Alltag und die Protestmobilisierungen zeigt, dass es an den Rändern der Gesellschaft nicht erst seit dem neoliberalen Rollback eine Unterordnung der städtischen Gebrauchswerte unter die Gewinninteressen und Herrschaftskalküle gab. Unterordnung und Zerstörung von alltäglichem Begehren gehören offenbar zu den Grundprinzipien staatlichen Handelns, und Castells Analyse der Stadt(planungs)politik liest sich wie ein Musterbeispiel für das *social engineering* der staatlichen Technokratien (Scott 1998).

Gerade angesichts der aktuellen Diskussionen um Deregulierungstendenzen und einen angeblichen Rückzug des Staates lohnt sich die Perspektive von Castells. Auch wenn sich Regierungstechnologien von heute vielfach von der fordistischen Gleichförmigkeit verabschiedet haben, lesen sich seine Beschreibungen fast wie aktuelle Zeitdiagnosen. Allein, die Entfremdungsformen haben sich verändert: Ging es in den 1970er Jahren noch um die Diagnose einer »zunehmenden Durchdringung durch einen allgegenwärtig werdenden Staatsapparat« [34], wird heute vielfach eine ökonomische Kolonialisierung der Lebenswelten diskutiert, die sich bis in die Selbstkonstitution als unternehmerisches Selbst in unseren Alltag eingeschrieben hat. In dem Manifest *Der kommende Aufstand* etwa wird der Versuch beschrieben, die Ordnung der Arbeit durch die Ethik der Mobilisierung zu retten: »Die Mobilisierung bewirkt die Verschmelzung der beiden widersprüchlichen Pole der Arbeit: Hier beteiligt man sich an seiner Ausbeutung, und man beutet jede Beteiligung aus. Idealerweise ist man für sich selbst ein kleines Unternehmen, sein eigener Chef und sein eigenes Produkt.« (Unsichtbares Komitee 2010: 32f.)

Schon in seinen frühen Schriften ging Castells davon aus, dass der Einfluss des Alltagslebens auf die Produktivität immer entscheidender wird. Während er für die hochqualifizierten Arbeiten einen Zusammenhang von Lebensweise und den intellektuellen Komponenten der Tätigkeit unterstellt, sieht er in den ausgeklügelten Produktionsprozessen und immer komplexeren Arbeitsanforderungen für die unqualifizierten Arbeiter in den Niedriglohngruppen eine Notwendigkeit für einen sorgfältig regulierten Alltag, da die Produktion eine »Sprunghaftigkeit

des Alltags außerhalb der Arbeitswelt nicht verkraften kann« [35]. Ein ganz ähnliches Argument benutzt in seinen aktuellen Arbeiten Rowland Atkinson für die Erklärung des Enklavismus von Mittelschichtshaushalten, die sich ganz bewusst in sozial homogenen Wohnsiedlungen einbunkern (Atkinson 2006). Er führt die Neigung zum Wohnen in abgesicherten Wohnenklaven auf den wachsenden Stress und die steigenden Flexibilitätsanforderungen an die neue Dienstklasse zurück, die quasi zur Kompensation für ihren stressvollen Arbeitsalltag einen sicheren und komplexitätsreduzierten Rückzugsraum für das Wohnen suchen. Hier könnten ganz im Sinne von Castells Untersuchungsansatz auch die in vielen Städten auftretenden Mobilisierungen der Mittelschichten für ihre Partikularinteressen eine wertvolle Quelle für eine Gesellschaftsanalyse sein. Gerade die Annahme von einer zutiefst fragmentierten Interessenstruktur in zunehmend differenzierten Gesellschaften könnte der Idee, gesellschaftliche Strukturen über eine Analyse der sichtbaren Konflikte zu untersuchen, eine neue Aktualität verleihen.

Castells als Zeitzeuge des Fordismus: Kollektive Konsumtion und der Staat

Beim Lesen der Texte von Manuel Castells fällt schnell auf, dass die *kollektive Konsumtion* für ihn das zentrale städtische Konfliktfeld darstellte. Insbesondere in den hoch entwickelten kapitalistischen Gesellschaften – so seine Argumentation – kann das allgegenwärtige Wohlfahrtsversprechen nicht eingelöst werden, da die stetig wachsenden »kollektiven Bedürfnisse« letztendlich für kapitalistische Investitionen nicht rentabel seien und sich so zu einem dauerhaften Konfliktfeld entwickelten. »*Der kollektive Konsum* (Wohnung, Lebensstandard, Verkehr usw.) *wird damit zugleich unumgängliches Element, ständiger Gegenstand von Forderungen und defizitärer Sektor in einer kapitalistischen Wirtschaft.*« [35f.]

Mit dem Begriff der *kollektiven Konsumtion* werden in der internationalen Stadtforschung all jene Funktionen der individuellen und gesellschaftlichen Reproduktion zusammengefasst, die letztlich nur durch allgemein gesellschaftliche Organisationsformen gewährleistet werden können. So sind eine Reihe städtischer Ressourcen und Einrichtungen – denken wir nur an die netzgebundenen Infrastrukturen,

den städtischen Nahverkehr oder die Abfallbeseitigung – schlichtweg ohne eine gemeinsame, kollaborative und vielfach öffentliche Organisation nicht zu gewährleisten (siehe Saunders 1987: 170ff.).

Die Gewährleistung, Ausstattung und der Zugang zu solchen städtischen Infrastrukturen sind seit Beginn der Urbanisierung umkämpft und waren lange Zeit das zentrale Thema städtischer sozialer Mobilisierungen. Castells beschreibt den gewaltigen Ausbau eines lokalen Staatsapparates, der die Widersprüche in den Städten zu regulieren und zu überwinden sucht, die Konflikte jedoch nie wirklich einzudämmen vermag. Castells Texte verwandeln sich in Zeitzeugenberichte, wenn er die Hochphasen der fordistischen Planungseuphorie und die Selbstverständlichkeit einer staatlichen und lokalstaatlichen Organisation der Infrastrukturen einer kollektiven Konsumtion beschreibt. Der Prozess des kollektiven Konsums berge – so Castells – darüber hinaus den Widerspruch »der individuellen Aneignung von Lebensbedingungen ... und der Art und Weise der kollektiven Verwaltung dieses Prozesses« [36]. Zum einen steigen die Planungsanforderungen zur Koordination zunehmend angesichts miteinander verschränkter Abhängigkeiten, zum anderen stehen die wachsenden Anforderungen an eine städtische Planung dem privaten und vereinzelter Charakter der ökonomischen Kräfte entgegen. Beides führte nach Castells zu einer massiven Intervention des Staates, der »unter dem Deckmantel der ›Organisation des Raumes‹ immer mehr die »Rolle des wahren Managers des Alltagslebens der Massen« spielt [36].

Während in den meisten europäischen und nordamerikanischen Städten tatsächlich der Staat bzw. die Kommunen die Verantwortung zur Erstellung, Aufrechterhaltung und Bewirtschaftung übernahmen, waren in anderen gesellschaftlichen Kontexten schon immer Formen unternehmerischer, aber auch selbstorganisierter Infrastrukturen zu finden (Brillembourg u.a. 2005; Esen/Lanz 2005). Während die frühen Texte von Manuel Castells vielfach so zeitlos wirken, als könnten wir auch die städtischen Protestbewegungen des 21. Jahrhunderts mit ihnen beschreiben, zeigen vor allem Diskussionen um die gesellschaftliche Organisation der kollektiven Konsumtion mit großer Deutlichkeit, dass sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in den letzten 40 Jahren fundamental verändert haben. Spätestens mit den massiven Privatisierungspolitiken seit den 1990er Jahren haben sich auch in deutschen Städten die Formen, Strukturen und Bedingungen

der kollektiven Konsumption vom unmittelbaren Staatshandeln entkoppelt. Die Fragen, wer zu welchen Konditionen für die Sicherung von Strom, Gas und Wasser, aber auch von öffentlichen Nahverkehrsangeboten oder Kultureinrichtungen Verantwortung tragen sollte, haben in vielen Städten Protestbewegungen und Anti-Privatisierungs-Initiativen auf den Plan gerufen (Felber/Raimon 2003).

Im Zusammenhang mit der Privatisierung infolge der zunehmend unternehmerischen Orientierungen der Stadtpolitiken ist auch die von Joachim Hirsch Mitte der 1990er Jahre angestoßene Diskussion um eine soziale Infrastruktur zu verstehen (Hirsch 1996). Für die Bereiche des Gesundheitswesens und der Bildung wurden in den vergangenen Jahren konkrete Modelle für die Organisation solcher sozialen Infrastrukturen erarbeitet (AG links-netz 2012). Eine breite Debatte um die künftige Organisation der sozialen Infrastrukturen in den Städten steht noch aus.

Städtische Proteste als transformative Bewegung

Städtische Bewegungen entwickeln sich »jeden Tag neu, stellen neue Probleme und stellen immer wieder eine Herausforderung dar – mit einem Schrei voll Leben und Kampf, der die technokratischen Mythen von der Rationalität der Städte übertönt, mit einem Schrei, der daran erinnert, dass auch die Macht über die Stadt von der Straße kommt« [125]. Die auch aus heutiger Sicht spannendsten Aspekte an Castells Arbeiten zu den städtischen sozialen Bewegungen sind sicherlich seine Überlegungen zu den gesellschaftlichen Veränderungspotenzialen lokal verankerter Bewegungen. Castells verweist zunächst auf das notwendige Scheitern von Stadtplanung und Regulation und führt dies auf die systemstabilisierende Funktion des Staates als Vertretung der Gesamtinteressen der herrschenden Klasse zurück. Gerade weil keine Lösungen jenseits eines profitorientierten Marktes denkbar sind, wird es nur zeitweilige Befriedungen der städtischen Bewegungen geben. Die Stadtplanung – so Castells – kann »kein Instrument der Gesellschaftsveränderung sein, sondern nur ein Instrument der Herrschaft, der Integration und der Regulierung von Widersprüchen« [37].

Im Gegensatz zu dieser planungsskeptischen Perspektive sieht Manuel Castells in den städtischen Bewegungen den »wirklichen Ur-

sprung des Wandels und der Erneuerung der Stadt« [37]. Zwar sei die gesellschaftlich-politische Reichweite städtischer Bewegungen begrenzt, weil sie ohne eine Umwandlung der Klassenherrschaft die gesellschaftliche Logik des Kapitalismus nicht durchbrechen können, dennoch können sie die »Logik der städtischen Organisation« verändern [38]. Soziale Bewegungen in den Städten werden von Manuel Castells als (neue) Ausdrucksformen von Konflikten gedeutet, die »neue Arten, den Alltag kollektiv zu bewältigen«, sichtbar machen und auf grundlegende gesellschaftliche Widersprüche verweisen.

Diese von Castells unterstellte transformative Kraft städtischer sozialer Bewegungen findet sich auch in aktuellen Forschungsansätzen wieder. So beschreibt James Holston unter dem Schlagwort einer *insurgent citizenship* beispielsweise für brasilianische Städte die erfolgreiche Durchsetzung von Forderungen langjähriger Protestmobilisierungen zur Legalisierung informeller Siedlungen (Holston 2007). Auch im Zusammenhang mit den seit ein paar Jahren geführten Debatten um eine Urban Citizenship (Purcell 2003), das Recht auf Stadt (Brenner/Marcuse/Mayer 2012) oder die Occupy-Bewegungen (Graeber 2012) wird die Perspektive von gesellschaftlichen Veränderungen diskutiert. Peter Marcuse beispielsweise unterscheidet bei seiner Analyse der aktuellen städtischen Proteste in New York zwischen Forderungen nach effizienzorientierten, liberalen und radikalen Reformen sowie transformativen Ansprüchen. *Effizienzorientiert* sind für ihn Vorschläge für eine bessere und preiswertere Organisation innerhalb der bestehenden Programme und Verwaltungsroutinen oder auch Forderungen für eine verbesserte Transparenz von Verwaltungsvorgängen und politischen Entscheidungen (z.B. die Forderung nach Ausstattung städtischer Planungsverwaltungen mit adäquatem Fachpersonal). *Liberale Reformen* richten sich für Marcuse auf die ungewollten und oft unsozialen Folgeeffekte von Programmen und Politiken, wie etwa unbeabsichtigte, aber faktische Ausgrenzungen bestimmter Bevölkerungsgruppen von den Verteilungseffekten bestimmter Wohlfahrtspolitiken und Mitbestimmungsinstrumente (z.B. die Forderung nach Einrichtung nachbarschaftlicher Planungsbeiräte). Grundlegende Macht- und Verteilungsverhältnisse bleiben dabei in der Regel unberührt. *Radikale Forderungen* städtischer Bewegungen schließen Umverteilungen explizit mit ein und thematisieren die strukturellen und institutionellen Grundlagen sozialer Ungleichheiten, ohne jedoch das institutionelle

Gefüge der Gesellschaft selbst in Frage zu stellen (z.B. die Forderung nach Ausstattung nachbarschaftlicher Planungsbeiräte mit tatsächlicher Entscheidungsmacht). Als *transformative claims* beschreibt Marcuse alle Ansätze, die grundlegend die systemischen Ursachen von Ungerechtigkeit und Ungleichheit thematisieren und mit ihren Forderungen das System der kapitalistischen Urbanisierung infrage stellen (z.B. die Forderung nach vergesellschaftetem Eigentum und der Einrichtung von stadtweiten Planungsräten mit Entscheidungsmacht). Seine Schlussfolgerung ist, dass soziale Bewegungen, die tatsächlich eine andere und gerechtere Gesellschaft wollen, immer auch transformative Forderungen auf die Agenda ihrer Mobilisierungen setzen werden (Marcuse 2012). Wie schon bei Manuel Castells ist dies keine unrealistische Vision, sondern eine Notwendigkeit, die aus den beschränkten und immer nur zeitweiligen Lösungspotenzialen innerhalb einer marktförmigen Organisation von Stadt und Gesellschaft abgeleitet wird.

Für Castells in den 1970er Jahren war der revolutionäre Gehalt von städtischen Mobilisierungen wesentlich davon bestimmt, welche Ressourcen und Integrationspotenziale der Staatsapparat besitzt, die Forderungen der Bewegungen zu erfüllen. Das allgemeine gesellschaftliche Veränderungspotenzial der städtischen Bewegungen hängt dabei jedoch nicht nur vom Anlass und den Regulationsmöglichkeiten des Staatsapparates ab, sondern wird – so Castells – wesentlich davon bestimmt, ob die Mobilisierungen städtische Konfliktthemen mit allgemeinen politischen Widersprüchen verknüpfen oder nach Lösungen begrenzter Ziele suchen [124f.]. Das Erfolgsgeheimnis der gesellschaftlichen Bewegungen in den Städten war für ihn daher im Zusammenspiel zwischen der Stellung des städtischen Anlasses in der Gesellschaftsstruktur und der Stellung der sozialen Gruppe innerhalb der Klassenverhältnisse zu finden [125]. Castells bindet den Transformationsimpuls an ein enges Korsett von Bedingungen. Im *Kampf in den Städten* etwa sieht er die Voraussetzung für eine gesellschaftliche Wirkmächtigkeit von lokalen Protestmobilisierungen in ihrer Fähigkeit, sich inhaltlich auf allgemeine gesellschaftliche Widersprüche zu beziehen und organisatorisch einen Anschluss an revolutionäre Organisationen zu finden. Castells versteht die Einbindung von alltagsbezogenen städtischen Auseinandersetzungen in die ideologischen Mobilisierungen von (meist sozialistischen) Kaderorganisationen als Schlüssel für die gesellschaftliche Reichweite der Proteste.

Verglichen mit den von Manuel Castells beschriebenen Bewegungen sind die aktuellen städtischen Mobilisierungen für ein transformatives Potenzial nicht mehr auf die politischen Kämpfe entlang von vorgeblichen Hauptwidersprüchen angewiesen. Die Stadt kann nicht länger als Wohlfahrtscontainer angesehen werden, in dem die Voraussetzungen für das Funktionieren einer kapitalistischen Ökonomie bereitgestellt werden, sondern muss selbst als Zentrum, Arena und Gegenstand der kapitalistischen Ökonomie betrachtet werden. Hardt und Negri haben die Systemrelevanz der kapitalistischen Urbanisierung mit ihrem Schlagwort von der »Stadt als Fabrik« beschrieben und darauf verwiesen, dass sich mit der Ausweitung der Wissensgesellschaft und den anhaltenden Finanzialisierungstrends die Mehrwertabschöpfung letztendlich auf die Inwertsetzung städtischen Bodenbesitzes verlagert (Hardt/Negri 2010).

Neben diesen strukturellen Argumenten für das transformative Potenzial städtischer Proteste verweist die Anthropologin Ida Susser in ihrer Würdigung von Castells Arbeiten auf seinen Optimismus in Bezug auf Protestmobilisierungen. Schon in seiner Fragestellung nach dem Einfluss von sozialen Bewegungen auf den gesellschaftlichen Wandel schwingt die Überzeugung eines den Protesthandlungen innewohnenden Veränderungspotenzials mit. Für Castells – so ihre Einschätzung – generieren und legitimieren politische Mobilisierungen und Handlungen des kollektiven Widerstandes aus sich selbst heraus alternative Entwürfe der Gesellschaft (Susser 2006: 213).

Empörung allein reicht nicht aus

Der *Kampf in den Städten* kann auch als Praxisanleitung für städtische Protestmobilisierungen gelesen werden. Manuel Castells analysiert die von ihm beobachteten Bewegungen nicht zuletzt, um herauszufinden, unter welchen Voraussetzungen sie ihr transformatives Potenzial entfalten können. Am Beispiel der Auseinandersetzungen um ein städtisches Erneuerungsprogramm mit dem bezeichnenden Titel »Reconquête urbaine de Paris« (Rückeroberung von Paris) entrollt er exemplarisch sein Untersuchungsprogramm zur Analyse sozialer Bewegungen. Die darin benannten Komponenten, Akteurskonstellationen und Sackgassen von Protestmobilisierungen besitzen auch für

die Beschreibung aktueller Bewegungen eine uneingeschränkte Aktualität.

Am Pariser Beispiel der *Cité du peuple* zeigt er zunächst eindringlich, dass auch staatliche Sanierungsprogramme ihre Rechnung nicht ohne die BewohnerInnen machen sollten. Für den Zeitraum von 1965 bis 1971 beschreibt Manuel Castells einen regelrechten Zyklus von Protestmobilisierungen und Kampagnen gegen die Verdrängung aus den Nachbarschaften. In chronologischer Abfolge stellt der Text von Castells verschiedene Phasen und Stufen der Mobilisierung vor, die in verallgemeinerbarer Weise einer Analyse von Dynamiken, Organisationsstrukturen und Aktionsformen städtischer Bewegungen dienen.

Zunächst bleibt die Praxis auf eine lokal verwurzelte Mieterorganisation beschränkt, die im Rahmen einer Kampagne zur Stärkung des Sozialen Wohnungsbaus die Freigabe eines freigewordenen Industriegeländes für den Bau von 2.000 Sozialwohnungen fordert. In klassischer Lobbyarbeit wurden die Forderungen bei verschiedenen städtischen Verwaltungen vorgetragen, Petitionen unterzeichnet und Versammlungen organisiert. Nach mehreren Demonstrationen weist die Stadt die Fläche tatsächlich für den Sozialen Wohnungsbau aus. Was auf den ersten Blick wie ein Erfolg aussieht, entpuppt sich als Schimäre, denn die bürokratischen Vergaberegeln des Sozialen Wohnungsbaus sorgen dafür, dass die überwiegende Mehrheit der verdrängungsbedrohten Bevölkerung der Nachbarschaft bei der Vergabe der Wohnungen unberücksichtigt bleibt. Trotz des faktischen Kampagnenerfolges wird ein »Gegensatz zwischen der Basis der Mobilisierung und den möglichen Antworten auf die Forderungen« deutlich [48].

Für Castells ist damit eine zentrale Voraussetzung für städtische Bewegungen gegeben: »ein eindeutiger *gesellschaftlicher Anlass*, bei dem sich vorhandene Interessen unmittelbar gegenüberstehen ... und keine Verhandlung möglich« ist [59].

Insbesondere die Forderung nach einer vollständigen Kompensation der abgerissenen Wohnungen durch Neubauten zu erschwinglichen Mietpreisen in derselben Nachbarschaft steht den politischen und wirtschaftlichen Intentionen des Sanierungsprogramms vollkommen entgegen. Selbst eine eigentlich harmlose Forderung nach dem Verbleib im Gebiet erhält so eine gesellschaftspolitische Dimension und steht in deutlicher Konfrontation zu den staatlichen Plänen und privatwirt-

schaftlichen Interessen und stellt damit nichts weniger infrage als den Modus der kapitalistischen Urbanisierung selbst.

Manuel Castells zeigt in seinen Beispielen eindrücklich, dass allein ein Anlass und eine legitime Forderung für einen *Kampf in den Städten* nicht ausreichen. Er benennt als zweite Voraussetzung eine »gesellschaftliche Basis, die (...) begreift, dass sie sich nur auf sich selbst verlassen kann (und) einen hohen Mobilisierungsgrad« erreichen kann [59]. Am Beispiel der Pariser Proteste gegen den Abriss der Altbauten stellt er verschiedene quartiersbezogene Mobilisierungen vor, denen es auf unterschiedliche Weise gelungen ist, die Proteste auf einer breiten Basis zu begründen. In Abhängigkeit von den Forderungen, den Aktionsformen und der Struktur der Mobilisierung beteiligten sich jeweils unterschiedliche Bewohnergruppen an den Kampagnen. So beschreibt er etwa eine Intervention von Architekturstudierenden, die sich mit Gewalt gegen die Exmittierungen widersetzen. Das brachte ihnen zunächst Sympathie im Stadtteil ein, aber dann verspielten sie diesen Kredit durch ihre ideologische Propaganda und den Aufruf zum revolutionären Kampf schnell wieder [49f.]. In einem anderen Wohnblock gelang es zwar über eine Petitionssammlung, einen Teil der Bewohner/innen in die Aktivitäten einzubeziehen, doch wurden die im Gebiet lebenden Gastarbeiter und nordafrikanischen Juden nicht erreicht, die in den schlechtesten Wohnungen lebten und die stärksten Motive für einen Zusammenhalt ihrer Community aufwiesen. Im Ergebnis wurden so trotz einer aufwendigen Mobilisierung letztendlich nur die Bedingungen für die individuell ausgehandelten Auszugskonditionen verbessert, ohne das Verdrängungsproblem selbst eindämmen zu können [51ff.].

Einen dritten Aspekt für die Entstehung von Protesten sieht Castells im Vorhandensein einer *politischen Organisation*, deren Aktive »die Koordination und Erklärung der Kämpfe übernehmen« [59]. Manuel Castells geht – ganz im Geist der 1960er/70er Jahre – davon aus, dass erst eine Einbettung der lokalen Protestanlässe in grundlegende gesellschaftliche Widersprüche eine Mobilisierung für konkrete Forderungen in eine soziale Bewegung verwandelt. Die Rolle von revolutionären Organisationen, die er diesem Politisierungsprozess zuschreibt, erscheint nicht nur von heute aus gesehen überhöht. Zwar verweist er auf die Bedeutung der zeitlichen und personellen Ressourcen organisierter Politgruppen für den Aufbau und die Aufrechterhaltung

von Nachbarschaftsstrukturen (regelmäßige Treffen, Einrichtung von Treffpunkten, Durchführung von Haustürbefragungen etc.), zugleich berichtet er von skurril wirkenden Missverständnissen zwischen den »revolutionären Kadern« und den zu »mobilisierenden Massen«, die es schwer machen, diesen Gruppen mehr als eine praktische Funktion in der Entwicklung der Kämpfe zuzuschreiben. So sei es den von ihm beschriebenen Gruppen wegen ihres »studentischen Lebensrhythmus« schwer gefallen, eine Nähe zu den Bewohner/innen aufzubauen. Auch die Gleichzeitigkeit von ideologischer Propaganda und praktischem Dilettantismus oder die unregelmäßige Wahrnehmung von regelmäßigen Terminen und das oft nur temporäre Engagement in den Quartieren trugen nicht zur Verankerung der »revolutionären« Positionen bei. »Wenn das Spiel aus ist, sind die Aktivisten weg ...« [50]. Zum Teil verschwanden die PolitaktivistInnen einfach aus der Nachbarschaft, in einem Fall wurden die Kader nach einer zweijährigen Aufbauarbeit im Quartier von ihrer Zentrale zurückgerufen und an anderer Stelle auf den Arbeiterkampf in den Fabriken verpflichtet [56f.].

Ein über die Fallstudien hinausgehender Impuls ist sicherlich Castells Versuch einer Systematisierung von Mobilisierungseffekten in städtischen Konflikten. Er unterscheidet dabei zwischen stadtplanerischen und politischen Ergebnissen und beschreibt eine spezifische Dialektik zwischen reformpolitischen Forderungen und revolutionärer Politisierung. Während das stadtplanerische Ergebnis einer Mobilisierung in einem binären Code von erfüllten bzw. unerfüllten Forderungen relativ unkompliziert erfasst werden kann, beschreibt Castells gleich eine Vielzahl an möglichen politischen Ergebnissen [60]. So verweist er darauf, dass eine erfolgreiche Erfüllung von begrenzten Reformforderungen die Aktiven in der Regel zur Weiterführung von Reformpolitiken anregt, während beispielsweise die Nichterfüllung von politisch aufgeladenen Forderungen zu einer Radikalisierung, aber auch zu einer Entmutigung der Aktiven führen kann. Indem er es in ein Entwicklungskonzept von gesellschaftlichen Veränderungen und Machtverhältnissen einbettet, spricht er dem Wechselspiel von Begehren und Erfüllung von Reformforderungen zu städtischen Einzelfragen ein höheres Veränderungspotenzial zu, als es traditionelle marxistische und strukturalistische Gesellschaftsanalysen tun. Der *Kampf in den Städten* bietet damit eine Reihe von Anregungen für das auch heute noch häufig lähmende und kontrovers sowie mit unzureichenden argumen-

tativen Grundlagen diskutierte Verhältnis von Reformpolitiken und grundsätzlich gesellschaftlichen Veränderungen. Insbesondere bei der in den aktuellen mieten- und stadtpolitischen Protesten immer wieder aufkeimenden Konfrontation zwischen angeblich reformistischen Mieterinitiativen und vorgeblich revolutionären Stadtteilinitiativen könnte sich mit einem Castells'schen Blick auf die jeweiligen Ansätze der Raum für ein gemeinsames Handeln erweitern.

Mit Castells in die städtischen Kämpfe des 21. Jahrhunderts gehen

Mit dem Abstand von fast 40 Jahren müssen einige Momente der Castells'schen Bewegungsanalyse einer Revision unterzogen werden. So gestaltet sich im Zuge der neuen, oft partizipationsorientierten Regierungsformen beispielsweise das Verhältnis von Staatsapparat und Protestbewegung wesentlich komplexer als in den 1970er Jahren. Statt des von Castells beschriebenen Antagonismus werden stadtpolitische Auseinandersetzungen heute in einem oft unüberschaubarem Feld von Basisbewegungen, staatlichen Beteiligungsprogrammen und intermediären Non-Profit-Organisationen ausbuchstabiert. Die Forderung nach Mitbestimmung und Beteiligung ist nicht mehr notwendigerweise eine Konfrontation mit dem politisch-administrativen System des Lokalstaates, sondern muss sich nur allzu oft der Versuche einer Kooption in neoliberale Strategien der Eigenverantwortung und Aktivierung erwehren (Eick u.a. 2004). So dient die Anrufung der Zivilgesellschaft immer öfter der Legitimation und Implementierung von ordnungspolitischen und repressiven Strategien der Selbstkontrolle (Lanz 2000) und wird von kritischen AkademikerInnen eher als neue Regierungstechnologie (Michel 2005) diskutiert denn als sozialer Aufbruch für mehr Mitbestimmung.

In den vergangenen 40 Jahren haben sich sowohl die gesellschaftlichen Strukturen als auch die Formen staatlichen Handelns verändert. Insbesondere die zunehmende Fragmentierung der Sozialstruktur und die Vervielfältigung von horizontalen Distinktionsstrategien haben auch die Welt der Interessen und daraus abgeleiteten Ansprüche an die Städte vervielfältigt. Der von Manuel Castells unterstellte progressive Charakter von städtischen Mobilisierungen muss heute hin-

terfragt werden. So sind in vielen Städten regelrechte NIMBY (Not in my back yard)-Revolten zu beobachten, in denen etwa HauseigentümerInnen und Mittelschichtsangehörige in bewegungsähnlichen Organisationsformen und Protestaktivitäten ihre Partikularinteressen durchsetzen (Holm 2011).

Aus der Perspektive des Jahres 2012 lesen sich Texte von Manuel Castells phasenweise merkwürdig dogmatisch und unzeitgemäß – seine Frage nach den Bedingungen und dem Potenzial zur Gesellschaftsveränderung durch soziale Bewegungen hingegen ist hochaktuell. Angesichts der weltweit aufbrechenden Bewegungen, Mobilisierungen und Proteste zu städtischen Fragen stellen sich nicht nur die Beteiligten selbst die Frage nach der Reichweite ihrer Aktivitäten. Castells' Vorstellung einer Wirkungsverstärkung durch die Kombination verschiedener Protestthemen bzw. durch den Anschluss an gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzungen hilft uns auch heute, die Logik von Protesten zu begreifen. So lässt sich seit Ende der 1990er Jahre beispielsweise eine verstärkte Verschränkung von städtischen Bewegungen und einer Kritik an der kapitalistischen Globalisierung beobachten (Mayer 2006: 203). Insbesondere Fragen der Wohnungsversorgung und der städtischen Infrastrukturen sind durch die umfangreichen Privatisierungen der vergangenen Dekaden unmittelbar mit den Widersprüchen eines finanzdominierten Akkumulationsregimes verbunden (Chesnaï 2004). Der wachsende Einfluss von internationalen Investoren auf lokale Wohnungsmärkte oder die zunehmend international regulierten Finanzierungs- und Wettbewerbsbedingungen für die Erstellung von Dienstleistungen der Daseinsfürsorge verweisen gleichermaßen auf die Notwendigkeit einer Thematisierung von Globalisierungsaspekten in der Auseinandersetzung mit zutiefst lokalen Problemen und Lebensbedingungen.

Auch die im *Kampf in den Städten* skizzierte Beziehung zwischen Basisbewegungen und revolutionären Organisationen hat in den aktuellen Konflikten ihren Wiedergänger gefunden. Die in den letzten Jahren aufgekommenen Massenproteste in vielen Ländern Westeuropas, in den USA, in Chile oder in Israel verbinden ein allgemeines Misstrauen gegen ihre jeweiligen Regierungen und »Systeme«, wie der finanzmarktdominierten Ökonomie oder der parlamentarisch getarnten Autokratie, mit unmittelbar städtischen Fragen. So spielten Fragen der Wohnungsversorgung oder des Zugangs zu Bildungseinrichtungen eine

zentrale Rolle bei den erfolgreichen Mobilisierungen in Israel, Spanien und Chile. Anders als in der Perspektive von Castells, der den Erfolg von städtischen Bewegungen an ihre gesamtgesellschaftliche Anbindung koppelte, scheint in den aktuellen Mobilisierungen das Verhältnis spiegelverkehrt: Nur mit einem konsequenten Lokal- und Alltagsbezug gelingt es allgemeinen Protestmobilisierungen, so etwas wie eine breite Basis und gesellschaftliche Relevanz zu erlangen. Die merkwürdig blutleeren Versuche, die Occupy-Bewegung in Deutschland zu etablieren, ist wesentlich auf die für viele sichtbare Entkopplung von städtischen Mobilisierungen zurückzuführen. Die bloße Empörung über unerträgliche Zustände oder die abstrakte Hoffnung auf eine bessere Welt reichen auch im 21. Jahrhundert nicht aus, um eine wirkmächtige soziale Bewegung zu tragen. Die von Castells in vielen Schattierungen betonte Verbindung von ideologischen Positionen mit unmittelbaren und kollektiven Alltagserfahrungen ist eine bis heute nicht widerlegte Grundlage für soziale Bewegungen.

Literatur

- AG links-netz (2012): Sozialpolitik als Bereitstellung einer sozialen Infrastruktur. (http://www.links-netz.de/K_texte/K_links-netz_sozipol.html, zuletzt aufgerufen am 10.6.2012)
- Atkinson, Rowland (2006): Padding the Bunker: Strategies of Middle-class Disaffiliation and Colonisation in the City. In: *Urban Studies*, 43/4: 819-832
- Bauböck, Rainer (2003): »Reinventing Urban Citizenship.« *Citizenship Studies* 7 (2): 139–60.
- Brenner, Neil/Marcuse, Peter/Mayer, Margit (Hrsg.) (2012): *Cities for People, Not for Profit: Critical Urban Theory and the Right to the City*. London: Routledge
- Brillembourg, Alfredo/Klumpner, Hubert/Feireiss, Kristin (Hrsg.) (2005): *Informal City: Caracas Case*. München: Prestel Verlag
- Castells, Manuel (1975): *Kampf in den Städten. Gesellschaftliche Widersprüche und politische Macht*. Westberlin: VSA
- Castells, Manuel (1977): *Die kapitalistische Stadt. Ökonomie und Politik der Stadtentwicklung*. Hamburg: VSA
- Castells, Manuel (1983): *The City and the Grassroots*. London: Edward Arnold
- Castells, Manuel (1989): *The Informational City*. Oxford: Blackwell
- Castells, Manuel (1996): *The Information Age: Economy, Society, and Culture, Volume 1: The Rise of the Network Society*. Oxford: Blackwell (deutsch:

- Das Informationszeitalter. Band 1: Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft. Opladen: Leske + Budrich Verlag 2001)
- Castells, Manuel (1997): *The Information Age: Economy, Society, and Culture*, Volume 2: *The Power of Identity*. Oxford: Blackwell (deutsch: *Das Informationszeitalter. Band 2: Die Macht der Identität*. Opladen: Leske + Budrich Verlag 2002)
- Castells, Manuel (1998): *The Information Age: Economy, Society, and Culture*, Volume 3: *End of Millennium*. Oxford: Blackwell (deutsch: *Das Informationszeitalter. Band 3: Jahrtausendwende*. Opladen: Campus Verlag 2003)
- Castells, Manuel (2006): *Changer la Ville: A Rejoinder*. In: *International Journal of Urban and Regional Research*, Vol. 30.1: 219–223
- Chesnais, François (2004): *Das finanzdominierte Akkumulationsregime: Theoretische Begründung und Reichweite*. In: Zeller, Christian (Hrsg.): *Die globale Enteignungsökonomie*. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot: 217–254
- Eick, Volker u.a. (2004): *Nonprofit-Organisationen und die Transformation lokaler Beschäftigungspolitik*. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot
- Esen, Orhan/Lanz, Stephan (Hrsg.) (2005): *Self Service City: Istanbul*. Berlin: b-books
- Felber, Christian/Reimon, Michel (2003): *Schwarzbuch Privatisierung. Wasser, Schulen, Krankenhäuser – was opfern wir dem freien Markt?* Wien: Verlag Carl Ueberreuter
- Graeber, David (2012): *Inside Occupy*. Frankfurt a.M./New York: Campus Verlag
- Hardt, Michael/Negri, Antonio (2010): *Multitude und Metropole*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 7/10: 109–119
- Hirsch, Joachim (1996): *Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus*. Berlin/Amsterdam: ID-Verlag
- Holm, Andrej (2011): *Gentrification in Berlin. Neue Investitionsstrategien und lokale Konflikte*. In: Hermann, Heike u.a. (Hrsg.): *Die Besonderheit des Städtischen. Entwicklungslinien der Stadt(soziologie)*. Wiesbaden: VS Verlag: 213–232
- Holm, Andrej/Gebhardt, Dirk (Hrsg.) (2011): *Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignungen*. Hamburg: VSA
- Holston, James (2007): *Insurgent Citizenship*. Princeton: Princeton University Press
- Lanz, Stephan (2000): *Der Staat verordnet Zivilgesellschaft*. In: *Widersprüche*, 20. Jg. (78): 39–51
- Marcuse, Peter (2009): *From critical urban theory to the right to the city*. In: *City* 13 (2): 185–97.
- Marcuse, Peter (2012): *Reforms, Radical Reforms, Transformative Claims*. In: Peter Marcuse's Blog (<http://pmarcuse.wordpress.com/2012/03/25/11-blog-11-reforms-radical-reformstransformative-claims/>), zuletzt aufgerufen am 10.6.2012)

- Mayer, Margit (2006): Manuel Castell's The Grassroots and the City. In: International Journal of Urban and Regional Research, Vol. 30.1: 202–206
- Mayer, Margit (2012): The »right to the city« in urban social movements. In: Brenner, Neil et al. (eds.): Cities for People, not for Profit. London: Routledge: 63–85
- Michel, Boris (2005): Stadt und Gouvernementalität. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot
- Purcell, Mark (2003): Citizenship and the Right to the Global City: reimagining the Capitalist World Order. In: International Journal for Urban and Regional Research (IJURR) 27 (3): 564–91
- Saunders, Peter (1987): Soziologie der Stadt. Frankfurt am Main/New York: Campus
- Scott, James (1998): Seeing Like a State: How Certain Schemes to Improve the Human Condition Have Failed. New Haven: Yale University Press
- Stanek, Lukasz (2011): Henri Lefebvre on Space. Architecture, Urban Research, and the Production of Space. Minneapolis: University of Minnesota Press
- Susser, Ida (2006): Global Visions and Grassroots Movements: An Anthropological Perspective. In: International Journal of Urban and Regional Research, Vol. 30.1: 212–218
- Thompson, Edward P. (1980): Die Entstehung der Englischen Arbeiterklasse. Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Tilly, Charles (1998): Durable Inequality. Berkeley: University of California Press
- Unsichtbares Kollektiv (2010): Der kommende Aufstand. Hamburg: Edition Nautilus
- Ward, Kevin/McCann, Eugene (2006): The New Path to a New City? Introduction to a debate on Urban Politics, Social Movements and the Legacies of Manuel Castells' The City and the Grassroots. In: International Journal of Urban and Regional Research, Vol. 30.1: 189–193

Manuel Castells

Kampf in den Städten

Gesellschaftliche Widersprüche und politische Macht

Für Nuria und die Stadt, die sie bauen wird

Ich danke dem »Centre d'études des mouvements sociaux« (Zentrum für das Studium von sozialen Bewegungen) für die Hilfe bei der Verwirklichung dieser Arbeit.

Das Manuskript wurde von Frau Colette Didier vorbereitet.

1. Klassenkampf und Widersprüche in den Städten: Das Auftauchen gesellschaftlicher Bewegungen in den Städten im Monopolkapitalismus

Plötzlich wird das dumpfe und regelmäßige Gebräuse des Stadtverkehrs von einem unbestimmten Getöse unterbrochen, von Schritten, Stimmen, Schreien, Klirren von Metall und Glas. Der Strom der Wagen steht still, Menschentrauben bilden sich, die marschierende Masse wächst; Tücher, Papiere und Holzstücke weisen auf sie hin und auf ihre Stadt. Auf der Gegenseite, im Gleichschritt, die ewig behelmten Köpfe, mit der Ordnung in der Schlagstockspitze – und dann der Angriff, die Gewalt, das Ausweichen. Manchmal Tränengas, manchmal Blut, hin und wieder der dumpfe Knall einer Schusswaffe und immer der Schock in seinen verschiedensten Gestalten. Bei denen, die über jene reden und bei denen, die über die reden, die befehlen. Bei denen, die ihr Leben verändern wollen und bei denen, die das dumpfe Gebräuse eines geregelten Verkehrs im täglichen Rhythmus der Dinge wiederherstellen wollen, die sich ereignen, ohne zu vergehen.

In der Straße, in ihrer Straße, auf dem Pflaster der alten Straßen des »Quartier des Marolles« in Brüssel weisen Tausende auf die Ursache ihres Zorns hin und wehren sich dagegen, dass die großen Trusts der »Europäischen Gemeinschaft« Bürohäuser aus Glas und Stahl auf den Trümmern der Häuser und Kneipen errichten, in denen man seit Jahrzehnten wohnt und die man seit Jahrzehnten belebt. Und sie werden siegen. Auch auf der Straße zum Zentrum, zerstört durch die Logik der Bodenrentabilität, wehren sich Tausende von amerikanischen Negern gegen die Zerstörung eines Großteils des Gettos von Newark (New Jersey), an dessen Stelle eine medizinische Hochschule gebaut werden soll, welche die Kinder der »anderen« besuchen werden, die dann später wieder die Kinder der »anderen« behandeln werden. Und sie werden siegen. Aber zuvor musste es die Unruhen von 1967 geben und Dutzende von Toten ...

In der Straße, auf der Straße kämpfen Tausende von Arbeiterfamilien in Santa Coloma de Gramenet (Industrievorort von Barcelo-

na, Spanien) stundenlang gegen die faschistische Zivilgarde, weil sie das Recht auf ein Krankenhaus fordern, ein einziges für eine Stadt von mehr als hunderttausend Menschen. Viele werden schwer verletzt. Sie werden siegen.

Und auch in den Straßen von Mailand kämpfen Studenten und Obdachlose gegen die Polizei, damit sie Wohnungen erhalten. In den Straßen von Bogota demonstrierten die Kolumbianer zu Tausenden, indem sie die Modelle der sauberen und durchgrünten Viertel aufstellten, die die Wahlpropaganda so oft versprochen hatte. Und es geschah auf der Straße, dass schwedische Naturfreunde mit ihrem Körper einen Baum schützten, der auf einem Platz in Stockholm gefällt werden sollte, dass die Pariser Jugend ein Fest veranstaltete, um die »Halles« zu retten, die Finanzpalästen weichen mussten, dass junge Amerikaner in einem symbolischen Akt einen Automotor begruben als dem Ursprung der Umweltverschmutzung und des ungebändigten »modernen Lebensrhythmus«.

So sieht das kontrastreiche und ungeordnete Bild aus, in dem sich neue gesellschaftliche Widersprüche und Pfadfindertum vermischen, Widerstand gegen neue Formen der Unterdrückung und Rückständigkeit, revolutionärer Kampf und Verteidigung des gesellschaftlichen Zustandes der Nachbarschaft. Wenn man bei all diesen Fällen sieht, wie Zahl, Umfang und Intensität solcher Volksbewegungen tagtäglich und in allen Ländern anwachsen und den »Lebensbereich« und die Formen und Rhythmen des Alltagslebens beeinflussen, so scheint die Schlussfolgerung logisch zu sein, dass hier eine neue Art von gesellschaftlichem Konflikt auftaucht, der direkt mit der kollektiven Organisation der Lebensweise verbunden ist.

Man erlebt also, wie *soziale Bewegungen in den Städten* auftauchen und in fortschrittlicher Weise verallgemeinert werden, *wie sich also einander widersprechende Systeme gesellschaftlicher Praxis herausbilden, die von spezifischen Widersprüchen der städtischen Problematik ausgehen und die etablierte Ordnung infrage stellen*. Aber was versteht man unter »städtischer Problematik«? Es ist bestimmt nicht das, »was sich alles in den Städten ereignet«. Denn da unsere Gesellschaft immer mehr völlig verstädtert, erfassten die aufgeworfenen Fragen gar keine Besonderheit, und der Ausdruck wäre sinnlos, weil zu allgemein. Wenn man von »städtischen Problemen« spricht, dann bezieht man sich – und zwar in den »Gesellschaftswissenschaften« wie im allgemei-

nen Sprachgebrauch – auf eine ganze Anzahl alltäglicher Handlungen und Situationen, deren Ablauf und Charakteristik geradewegs von der allgemeinen Organisationsform der Gesellschaft abhängen. Dabei handelt es sich natürlich zunächst einmal um die Wohnverhältnisse der Bevölkerung, um den Zugang zu den Gemeinschaftseinrichtungen (Schulen, Krankenhäuser, Kindertagesstätten, Parks, Sportplätze, Kulturzentren usw.) sowie um eine ganze Skala von weiteren Problemen, von den Sicherheitsbedingungen in den Gebäuden (in denen sich immer wieder »tödliche Unfälle ganzer Gruppen« ereignen) bis hin zum Inhalt der Kulturprogramme in den Jugendzentren, diesen Reproduktionsstätten der herrschenden Ideologie.

Es handelt sich aber sehr wohl auch um andere Momente des Alltagslebens. Für Millionen von Menschen sind das die endlosen und ermüdenden Fahrzeiten morgens und abends: Von einer gesichtslosen Menge wird man in einen Wagen gepresst, hastet in einem U-Bahn-Schacht einem festen Termin entgegen, steckt machtlos in einer Verkehrsstauung; die Motoren laufen und verschleifen und statt einer Fortbewegung gibt es nur eine Wiederholung des Ganzen im nächsten Wagen. Dazu gehört auch der in Stücke zerlegte Tagesablauf, die funktionale Trennung der verschiedenen Tätigkeiten, die Fahrt zum *Shoppingcenter* und der angstvolle Wettlauf in die Stadtzentren, in denen sich die flüchtenden Menschen sammeln. Dazu gehört auch die Abgeschiedenheit der Einfamilienhausgebiete in den Vorstädten oder die Einsamkeit der großen Wohnkomplexe, in denen die Einzelexistenzen individuell und unvermittelt nebeneinander bestehen. Dazu zählt auch die Rücksichtslosigkeit gegenüber bestimmten Gruppen mit besonderen sozialen Merkmalen, etwa den Alten: Die Sanierung führt nicht nur zur Zerstörung der alten Gemeinschaften im Stadtteil, in dem sie ihr Netz von sozialen Beziehungen geknüpft hatten, auch das neue System des Austauschs ist nicht mehr auf einen fest umrissenen Raum beschränkt, sondern verlangt die intensive Nutzung eines Verkehrssystems, das in keiner Weise – weder als öffentliches noch als individuelles – auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten ist. Das gilt auch für die Situation der rassischen Minderheiten, die nicht nur hinsichtlich des Wohnens eine Diskriminierung erfahren, sondern eben deshalb auch noch ihre Löcher den »Händlern mit der Schlafstatt« sehr teuer bezahlen müssen; gleichzeitig befinden sie sich in dauerndem Kampf gegen Stadtplanungsprozesse, mit denen rassische Gemeinschaftsbildungen zer-

schlagen werden sollen, ohne an die gesellschaftlichen Mechanismen zu rühren, die erst die Ursache jener Diskriminierung bilden. Es trifft die Heranwachsenden, die pausenlos hin und her pendeln zwischen einer Stadt, deren Ausstattung und Verkehr den Altersunterschied zwischen Kindern und Erwachsenen nicht vorsieht, und »Jugendgettos«, die Gewinne bringen, weil sie jedes normabweichende Verhalten kommerzialisieren. Es handelt sich schließlich auch um jene Frauen, die am Leben Anteil nehmen wollen, aber durch fehlende Kindertagesstätten und Kindergärten, durch unsinnige Öffnungszeiten, durch die Beständigkeit eines phallogokratischen Modells der Konsumtion an das Haus gebunden bleiben; das lässt ihnen keine andere Wahl als die stumpfsinnige Unterwerfung oder die Isolierung, die bald zur Neurose führt.

Dieses Ensemble von Phänomenen ergibt ein Ganzes. Sie stellen keine außergewöhnlichen Besonderheiten für eine Zivilisation dar, die sich in einer Krise befindet. Sie formen vielmehr einen strukturierten gesellschaftlichen Prozess, dessen Logik und Einheitlichkeit sich aus neuen gesellschaftlichen Widersprüchen ableitet, die sich in der kapitalistischen Gesellschaft fortschreitend entwickeln.²

Die beschleunigte Konzentration der Produktionsmittel, die Bildung von Wirtschafts- und Banktrusts, von großen Produktions- und Produktionsverwaltungsorganisationen, die an eine zunehmende Durchdringung durch einen allgegenwärtig werdenden Staatsapparat gebunden sind – mit einem Wort: Die Errichtung eines staatsmonopolistischen Kapitalismus und seiner weltweiten Verknüpfungen bewirkt direkt eine fortschreitende Konzentration von großen Bevölkerungsmassen in den Metropolen und die Bildung riesiger Kollektive, die das Alltagsleben entsprechend der Arbeitskräftekonzentration organisieren. Wenn dieser Prozess auch sehr deutlich mit dem Beginn der kapitalistischen Industrialisierung eingeleitet wurde, so beinhaltet die derzeitige Phase doch Charakteristika, die ihr als Ursprung von Widersprüchen eine besondere Bedeutung verleihen.

² Vorsicht! Es geht nicht darum zu leugnen, dass es »städtische Probleme« und »gesellschaftliche Bewegungen« auch in den so genannten sozialistischen Städten gibt. Unserer Meinung nach handelt es sich um eine ganz anders gelagerte Problematik, die zahlreiche vorgängige Spezifizierungen erforderte. Wir »beschränken« uns in dieser Arbeit darauf, neue Formen des Gesellschaftskonfliktes zu beschreiben, die in den derzeitigen kapitalistischen Gesellschaften auftauchen, und zwar auf den verschiedenen Ebenen der wirtschaftlichen Entwicklung und unter den unterschiedlichsten politischen Verhältnissen.

Der Einfluss des Alltagslebens auf die Produktivität und auf das Arbeitsleben überhaupt wird immer entscheidender: für die hoch qualifizierte Handarbeit aufgrund der direkten Beziehung zwischen der Lebensweise und der intellektuellen Komponenten der neuen Aufgabe – für die Masse der unterqualifizierten Arbeiter in den Niedriglohngruppen, weil der Produktionsapparat so kompliziert und die Fließbandorganisation derart ausgeklügelt sind, dass die Produktion die Sprunghaftigkeit eines Alltags außerhalb der Arbeitswelt nicht verkraften kann; dieser Alltag muss also ebenso sorgfältig reguliert werden. Aber um was für eine »Regulierung« handelt es sich dabei? Unter diesen Gesichtspunkt zählt nicht die Bedürfnisbefriedigung der Bevölkerung, sondern nur das reibungslose Funktionieren des Produktionsapparates – *mit all seinen Konsequenzen für das Leben der Arbeiter*: Es ist also z.B. wesentlich, dass die städtischen Verkehrsmittel eine ausreichende Anzahl von Einpendlern rechtzeitig in die verschiedenen Industriegebiete bringen, auch wenn diese Arbeiter zusammengepfercht ankommen und täglich zwei Stunden ihrer Freizeit verlieren.

Trotz allem kann aber eine solche Logik nicht bis zur letzten Konsequenz verfolgt werden, denn unsere Gesellschaft ist keine reine Entfaltung eines logischen Systems, sondern Ausdruck der Machtverhältnisse zwischen gesellschaftlichen Klassen und ihren jeweiligen Interessen. Der Kapitalismus hat sich parallel zur Arbeiterbewegung und zur Demokratisierungsbewegung entwickelt, und mit dem Sieg der letzteren wurden – zumindest in einigen Ländern – politische Freiheiten und soziale Garantien für den Lebensstandard erlangt. So kommt man zu historisch bestimmten gesellschaftlichen Ansprüchen auf eine Reihe von Lebensrechten (Wohnung, öffentliche Dienste, Gesundheit, Kultur usw.), die man der Bourgeoisie und dem Staatsapparat abgetrotzt hat. Ihre gesellschaftliche Nutzung wird immer kollektiver und interdependenter. Hier liegt die Basis eines grundsätzlichen Widerspruchs, denn all diese »kollektiven Bedürfnisse« nehmen mit der gesellschaftlichen Entwicklung immer mehr zu (sowohl infolge ökonomischer Vorgänge wie als Resultat des Klassenkampfes), obwohl es sich um einen Bereich handelt, der im Allgemeinen für eine kapitalistische Investition nicht rentabel ist; diese ist konsumorientiert und hat dabei den individuellen Konsum im Auge, weil in diesem Bereich die voraussichtliche kaufkräftige Nachfrage viel besser zu manipulieren ist. *Der kollektive Konsum* (Wohnung, Lebensstandard, Verkehr usw.)

wird damit zugleich unumgängliches funktionelles Element, ständiger Gegenstand von Forderungen und defizitärer Sektor in einer kapitalistischen Wirtschaft.

Aber der Prozess des kollektiven Konsums bringt noch einen anderen Widerspruch zum Vorschein, nämlich denjenigen zwischen der Art und Weise der individuellen Aneignung der Lebensbedingungen («jeder lebt sein eigenes Leben») und der Art und Weise der kollektiven Verwaltung dieses Prozesses, insofern die Organisation einer Stadt ein Ganzes bildet. Es ist unmöglich, die Wohnungsprobleme unabhängig von denen des Verkehrs zu behandeln oder beide unabhängig vom Problem der Gründung neuer Zentren. Aber diese objektiv kollektivierte Verwaltung einer Stadt wird durchkreuzt einerseits durch den privaten und vereinzelt Charakter der ökonomischen Kräfte, die in diesen Prozess eingreifen, andererseits durch die Kluft zwischen der Allgemeingültigkeit der Probleme und der Organisationsform der Verwaltungsdienststellen, die den Wohnvierteln zugeordnet und auf einer allgemein-politischen Ebene nur ungleichmäßig vertreten sind.

Diese beiden Widersprüche in der Behandlung und Verwaltung der städtischen Probleme führen notwendigerweise zu massiven Interventionen des Staates, der sowohl auf ökonomischem Gebiet als Investor, wie auch auf technischem und politischem Gebiet als Verwalter auftritt. Auf diesem Umweg *spielt der Staat die Rolle des wahren »Managers« des Alltagslebens der Massen, und unter dem Deckmantel der »Organisierung des Raumes« geht es tatsächlich darum, das Leben im Voraus zu determinieren.* Indem nun die Widersprüche in den Städten verallgemeinert werden und die Verwaltung sie auf allen Ebenen systematisch in die Hand nimmt, wird das städtische Problem ganz direkt politisiert und zu einem Angelpunkt der Gesellschaftsordnung. Angesichts der Entwicklung des neuen Widerspruchsfeldes versucht nun der Staatsapparat, diese Probleme im Voraus zu erkennen und zu verwalten, und zwar durch eine Reihe von Maßnahmen, Einrichtungen und Handlungen, die man zusammengenommen als das *»Stadtplanungssystem«* bezeichnen könnte. Der Staatsapparat behauptet, mit ihrer Hilfe die Engpässe beseitigen, die Widersprüche überwinden, die Konflikte dämpfen und im Namen einer technischen Rationalität die divergierenden sozialen Interessen in Übereinstimmung bringen zu können. Mehr noch: Es handelt sich um eine relativ neuartige Problematik, bei der sich die Klassegegensätze oft nur indirekt ausdrücken, um eine

Problematik, die als unvermeidliche Folge der wachsenden Komplexität des modernen Lebens erscheint (die Verstädterung wird als ein scheinbar natürlicher Vorgang aufgefasst ...). Daher kann man die allgemeine Tendenz beobachten, alle möglichen Probleme und Konflikte als »städtische« hinstellen (von der »Kriminalität bis hin zum Aufstand der rassischen Minderheiten), und zwar mit dem Ziel, sie mit »technischen, neutralen, kalkulierbaren« Mitteln anzugehen, wie es von den städtischen Planungsorganisationen angestrebt wird.

Wenn nun das »Städtische« als verdichteter Ausdruck modernen Lebens erscheint und wenn in der Stadtplanung die geeignete Methode liegt, um die Widersprüche zu umgehen, dann folgt aus der Entwicklung dieser Logik, eben die Stadtplanung als bevorzugtes Mittel für den gesellschaftlichen Wandel einzusetzen: Die Beeinflussung der gebauten Umwelt und der Verkehrsführung erscheint dann als das richtige Mittel, um nach den allerschönsten Vorstellungen und in einer konkreten und unpolitischen Weise die Zukunft der Menschen zu errichten.

Nun stellt man aber im Allgemeinen durch konkrete Analysen der stadtplanerischen Operationen und des Städtebaus fest, dass es unmöglich ist, Pläne zu verwirklichen, wenn sie gegen die derzeitigen gesellschaftlichen Zustände oder gegen die Verwirklichung spezifischer ökonomischer, politischer oder ideologischer Interessen einer Klasse oder einer Fraktion der unter den jeweiligen historischen Bedingungen herrschenden Gesellschaftsschichten gerichtet sind³ – was die grundsätzliche Wahrheit in die Erinnerung zurückruft, dass es außerhalb der konkreten Geschichte keine technische Vernunft gibt und dass jeder Eingriff des Staates in die Organisation des gesellschaftlichen Lebens nur eine Folge der bestehenden gesellschaftlichen Machtverhältnisse ist. Wenn es weiterhin richtig ist, dass der Staat *in letzter Instanz und durch alle Vermittlungen hindurch* die Gesamtinteressen aller herrschenden Klassen wahrnimmt, dann kann die Stadtplanung kein Instrument der Gesellschaftsveränderung sein, sondern nur ein Instrument der Herrschaft, der Integration und der *Regulierung von Widersprüchen*. Die Ergebnisse sind vom Gesichtspunkt der Gesellschaft aus zu untersuchen und nicht unter Bezug auf die Chimäre »Raumordnung«.

³ Vgl. zu diesem Gegenstand die Arbeiten über die Stadtplanungssoziologie, die in den beiden Sondernummern von »Sociologie du travail« (»Arbeitssoziologie«), April 1969, April 1970 veröffentlicht wurden.

Eine solche Analyse darf sich nicht mit einer reinen Kritik am »Fehlen einer Planungsbeteiligung« bei stadtplanerischen Entscheidungen vermengen. Die Technokraten der Stadtplanung hindert an sich nichts daran, das Planungssystem mit einem »Partizipationssystem« zu verbinden, bei dem die braven Bürger untereinander Anwendungsdetails der allgemeinen Normen diskutieren oder bei dem sie versuchen, minimale Planungsmöglichkeiten in Krisenfällen zu erhalten – vorausgesetzt, sie handeln immer »vernünftig« und bleiben von der höheren Vernunft des technischen Imperativs überzeugt, den man ihnen als unauflösbar darstellt.

Wenn sich andererseits auf der Grundlage dieser Themen eine Volksbewegung bildet, wenn gesellschaftliche Interessen zu politischem Willen werden und wenn sich Organisationsformen des kollektiven Konsums herausbilden, die im Gegensatz zur herrschenden sozialen Logik stehen, dann beginnt ein Prozess des gesellschaftlichen Wandels, der von diesem neuen Widerspruchsfeld in den Städten ausgeht. *Dann werden die sozialen Bewegungen in den Städten und nicht die Planungsinstitutionen zum wirklichen Ursprung des Wandels und der Erneuerung einer Stadt.* Es bleibt zu untersuchen, ob der Wandel einer Stadt unabhängig vom globalen, also politischen Wandel einer Gesellschaft möglich ist. Diese Frage kann weder allgemein noch als einheitlicher Block behandelt werden. Stattdessen muss man die Eingliederung der von der Produktion abhängigen gesellschaftlichen Bewegungen, der gesellschaftlichen Bewegungen in den Städten und der politischen Bewegungen in ihrer Entwicklung studieren. Wenn es auch keine tief greifende Veränderung einer gesellschaftlichen Logik geben kann ohne eine Umwandlung der Klassenherrschaft und konsequenterweise auch der politischen Machtzusammenhänge, so können doch während des allgemeinen Umwandlungsprozesses (der jedoch nicht mit der Machtergreifung endet) Phasen oder bestimmte Einzelkämpfe auftreten, die imstande sind, die allgemeine Logik der städtischen Organisation zu verändern, allerdings in einer Weise, die immer unbeständig und unvollkommen bleibt.

Die gesellschaftlichen Bewegungen in den Städten besitzen also eine zweifache Problematik: Einerseits muss man die sozialen Veränderungsprozesse des kollektiven Konsumverhaltens analysieren, die sich in den städtischen Organisationsformen ausdrücken; andererseits muss man untersuchen, welche Verfahren anwendbar sind, um die neuen so-

zialen Widersprüche in den kapitalistischen Industriestaaten und die wirtschaftlichen und politischen Widersprüche an der Basis eben dieser Sozialstruktur miteinander zu verbinden.

Doch obwohl alle darin übereinstimmen, dass die aufgeworfenen Fragen wichtig und aktuell sind, befassen sich die »Sozialwissenschaften« kaum mit diesen Problemen. Da sie von politischen Institutionen und ökonomischen Interessen abhängig sind, interessieren sie sich vor allem dafür, technische Rezepte für die Planer zu entwickeln oder »menschliche Probleme« zu analysieren, die sich bei der Integration von Personen mit abweichendem Verhalten in die Gesellschaft ergeben oder bei Reaktionen, die schlicht als »Widerstand gegen jeglichen Wandel« vonseiten Ewig-Gestriger interpretiert werden ... In dieser Mischung aus Technokratie und Sozialhilfe blieb für eine politische Problematisierung wenig Raum. Institutionen, Seminare und Forschungsinstitute werfen sich vereint auf die Frage des »urbanen Managements«. Revolten, Proteste, politischer Kampf und kollektiver Konsum werden nicht beobachtet und analysiert, bleiben unbeachtet oder werden als reines Ergebnis, als Sensationsnachricht, als sinnlose Reaktion angesehen. Man nimmt an, dass man sich ihrer bald entledigen kann (die Polizei ist ja da), um das Feld dann den Stadtplanern zu überlassen, die immer glauben, »die Macht befinde sich in der Bleistiftspitze«. Sobald man nun von der Hypothese ausgeht, dass die Städte von Menschen, d.h. von gesellschaftlichen Klassen erbaut wurden – auch wenn dies im Rahmen von Prozessen vor sich ging, die gesellschaftlich bestimmt sind –, dann befindet man sich folglich sogleich vor einer totalen Leere theoretischer Empfehlungen oder wissenschaftlicher Forschung. Und man wird von einer Welle voll Leben und Wärme fortgerissen, von einer wahren Flut von Kämpfen und Situationen, die als solche eine Zusammenfassung und Erklärung, einen Erfahrungsaustausch und eine Analyse erfordern, die es erlaubten, sie auf eine höhere Bewusstseinsstufe zu heben.

Damit würde vielleicht unsere Vorgehensweise erklärt. Statt Theorien und Arbeiten zu analysieren, die gemäß unserer These gar nicht existieren, muss man von der gesellschaftlichen Praxis ausgehen, von den derzeitigen Beispielen für Volksbewegung, die städtische Probleme aufgreifen, muss man immer wieder versuchen, die Wirkungslinien der beobachteten Entwicklung aufzuzeigen und ihre Reichweite zu generalisieren. Das könnte der Anfang einer theoretischen Analyse sein.

Weil wir dies leisten wollten, haben wir es vorgezogen, uns auf eine vertiefte Analyse einiger signifikanter Erfahrungen zu konzentrieren, statt eine Bilanz der jetzigen Kämpfe in der Welt zu ziehen, eine Bilanz, die in jedem Fall unvollständig und bruchstückhaft bliebe.

Die Auswahl der dargestellten Situationen entspricht jedoch einer gewissen theoretischen Absicht, die erklärt werden muss. Denn da wir selbst die vier Fälle unmittelbar kennen – aufgrund genauer Recherchen, umfangreicher Erfahrungen, manchmal auch aufgrund der Beteiligung an den Kämpfen –, geben sie uns die Möglichkeit, in exemplarischer Weise die Beziehungen zwischen dem Kampf in den Städten, dem politischen Kampf und der mythischen Problematik der Stadt zu studieren. So bleibt der Kampf gegen die Sanierung von Paris ein spezifisch städtischer Kampf, obwohl er von radikalen Politikern geführt wurde. Das gestattet es, sowohl die Anatomie einer gesellschaftlichen Bewegung in den Städten zu studieren als auch die Grenzen einer derart spezifischen Stoßrichtung. Die geschichtliche Erfahrung der Bürgerkomitees von Quebec ist genau entgegengesetzt: Von politischen Gruppen aufgesogen und übernommen, verliert der Kampf in der Stadt seine Autonomie und wird in entscheidendem Maße kennzeichnend für die hier engagierte politische Bewegung. Andererseits ist die Umweltschutzbewegung in den USA das Beispiel für eine Bewegung, die sich auf einer mit der herrschenden Ideologie unmittelbar verbundenen Grundlage entwickelt und sich, obwohl sie sich auf wirklich wichtige Fragen bezieht, in der Untersuchung eines Pseudo-Gegensatzes verliert, was im vorliegenden Fall zu einer reinen Spiegelfechterei führt. In Chile wurde zur Zeit der Volksfront im Herzen der »Bewegung der *Pobladores*« die Verbindung geschaffen zwischen Klassenkampf, Kampf in den Städten und politischem Kampf, und zwar in den mannigfaltigsten Situationen; ihre Fülle erlaubt es, Hypothesen über die gesellschaftlichen Bedingungen aufzustellen, unter denen verschiedene Widerspruchsfelder miteinander verknüpft werden können.

So sind Paris, Montreal, die USA und Chile keine »Fälle«, über die man einen Bericht anlegt, sondern bestimmter historischer Ausdruck eines Prozesses, der zugleich allgemein und komplex ist: durch den sich der Klassenkampf und die Probleme einer Stadt so eng miteinander verbinden, dass sie neue gesellschaftliche Widersprüche erzeugen, die mitten in unserem Alltag angesiedelt sind.

2. Die innere Struktur einer gesellschaftlichen Bewegung in der Stadt: Der Kampf gegen die »Renovierungs-Deportation« in der Stadt Paris

Paris, das Volk und die Verkäufer von Städten

Paris ist nicht mehr Paris. Große Wohnkomplexe, hastig auf der grünen Wiese errichtet, von wo aus die Arbeitsplätze nur in endlosen Fahrten zu erreichen sind, Einfamilienhaussiedlungen am Stadtrand ohne Gemeinschaftseinrichtungen, Arbeitervororte aus Regen, Rauch und Pflastersteinen – das ist der Rahmen, in dem mehr als zwei Drittel von den – einige zehn Millionen zählenden – Einwohnern der Pariser Region tatsächlich leben. Und trotzdem: Die Stadt Paris, das Ballungszentrum, zeigt stets Boulevards voll Leben, lädt zu den besten Filmen der Welt ein, zu Tausenden von Bistros, zu den schönsten Prostituierten, zu allen möglichen Aufführungen, zu öffentlichen Büchereien (vielleicht auch zu Kunst- und Geschichtsmuseen). Vor allem aber findet man Kontakt zu den Spaziergängern und zu diesem erstaunlichen Kulturgemisch – zum Snob wie zum Gastarbeiter, zu Hippie-Lehrlingen, zu Studenten und zu dem alten Rentner, der seinen Hund ausführt. Es ist richtig, dass es in dieser Lichtstadt weniger als zwei Quadratmeter Grünfläche pro Person gibt (New York: 19 qm), dass die öffentlichen Busse mit 9 km/h fahren und dass die Wohnverhältnisse zu den schlechtesten aller europäischen Großstädte gehören. Es ist auch richtig, dass die Tage voll anstrengender Arbeit, das Leben im Rhythmus »métro-boulot-dodo« (U-Bahn-Schaffen-Pennen) gar keine Zeit mehr zum Flanieren lässt. Schließlich aber unterliegt der Pariser Ballungsraum nicht demselben Zerstörungsprozess wie die amerikanischen Stadtzentren; er stellt einen durch seinen symbolischen Gehalt (historisch und kulturell) aufgewerteten sozialen Raum dar und zugleich einen Raum, in dem Geschäfte, Gewerbe und Freizeiteinrichtungen konzentriert sind, und zwar nicht nur solche der Region, sondern – bei bestimmten Tätigkeiten – solche von ganz Frankreich und selbst von Europa. In Paris drücken sich die städtische Entflechtung und die un-

terschiedlichen Zugangsmöglichkeiten zu den Einrichtungen der kollektiven Konsumtion als Gegensatz von zentraler Stadt (relativ besser ausgestattet) und Stadtrand (unterversorgt) aus. Somit wird das Wohnen in Paris zu einem Privileg. Infolgedessen gibt es ein übergroßes Angebot an alten und aufgrund mangelnder Instandhaltung durch die Eigentümer weitgehend heruntergekommenen Wohnungen, denn das Interesse der Hausbesitzer ist vor allem darauf gerichtet, auf Kosten der Rechte der Mieter an die Immobiliengesellschaften zu verkaufen.

Aber in einer Klassengesellschaft nützt die Ausübung eines Privilegs den Privilegierten, in einer kapitalistischen Gesellschaft also denen, die aufgrund ihrer gesellschaftlichen Stellung über ein hohes Einkommen verfügen. Diese Logik des Geldes stößt jedoch auf geschichtlich ableitbare Bedingungen, und zwar im Falle der Stadt Paris auf die Tatsache, dass große Bereiche des Stadtgebietes von einer Arbeiterbevölkerung bewohnt werden. Diese ist im Durchschnitt älter als die Bevölkerung anderer Gebiete und sehr häufig dadurch geschützt, dass sie schon lange in diesen Gegenden wohnt. Dank des Gesetzes über die Begrenzung der Mieten, das 1948 unter dem Druck der Massen in Kraft gesetzt wurde, brauchen sie nur eine relativ niedrige Miete zu bezahlen.

Nun unterliegt dieser zentrale Bereich aber noch anderen und weit- aus mächtigeren Ansprüchen. Paris ist schließlich nicht nur ein Ort des Vergnügens, sondern auch Steuerungszentrum der Wirtschaft und Hauptsitz einer unaufhörlich wachsenden Verwaltung. In immer schnellerem Rhythmus treten Büros an die Stelle von Industrien und Wohnungen. Dieser gegenwärtige Trend trifft dabei immer wieder auf dasselbe Problem. Die neuen Bauten können nicht auf freien Flächen errichtet werden (außer in den seltenen Fällen der Freigabe von Industriegelände), sondern auf bebauten Flächen mit einer sehr hohen Bevölkerungsdichte (32.000 Einwohner je km²). Also?

Also, dann stellen Sie sich vor, Sie seien ein Grundstücksmakler und hätten die Möglichkeit, für die größten internationalen Firmen (Büros, große Gewerbekomplexe) und für die höchsten Schichten der französischen Gesellschaft (Luxuswohnungen, komfortabel ausgestattete Häuser) eine ganz neue Stadt zu bauen. Stellen Sie sich vor, Ihr Projekt sei völlig durchgeplant und vor Ihrem Verkaufsschalter aus farbigem Kunststoff stünden Millionen Schlange ... Schade! Die so begehrte Baufläche ist besetzt, vollgestopft, getränkt von einer Magma aus der Vergangenheit: Arbeiter, kleine Läden, billige Kaffees, Alte,

Kinder, die auf der Straße Fußball spielen, alle im Dreck herumlatschend – einfache Menschen; Bilder aus einer Zeit, die ungültig geworden ist im Zeitalter des Profits, der durch die Heldentaten der Technik geädelt wird. Mehr noch: In den Ritzen dieser verfallenden Welt haben sich die neuen Parias eingenistet, die ausländischen Arbeiter, die getetzten »Verstoßenen dieser Stadt«. Unfähig zu verstehen und unverständlicherweise halten sie sich in ihren Löchern auf, in denen sie erschöpft ihre Nächte verbringen, jene Steine noch mehr beschmutzend, die getränkt sind von der Geschichte eines Volkes und vor allem so voll von Versprechungen für eine goldene Zukunft ...

Also, wenn Sie Unternehmer sind, folglich Bankier, folglich Finanzmann, denken Sie: Planierdraht! Und sogleich könnte ein neues Paris entstehen. Zu Ihrem Pech stehen die Dinge nicht so einfach: So mächtig Sie auch sind, Herr Finanzier, es gibt eine Reihe von rechtlichen Gegebenheiten, die der Staatsapparat beachten muss, sonst stets bemüht, Ihre dominierende Rolle im Rahmen des gesellschaftlichen Gleichgewichts zu sichern. Außerdem sind die Tragweite des Projekts und die damit verbundenen Kosten (Entschädigungen, Abbruch, Erschließung) derart groß, dass Privatinitiative bei diesem Unternehmen der »Modernisierung um jeden Preis« durch die Verwaltung gestützt werden muss.

Obwohl nun die Pariser Stadtverwaltung wesentlich an der Vorausplanung, an der Urheberschaft und an der gesamten Entwicklung der Pariser Stadtstruktur beteiligt ist, hat sie ihrerseits besondere Probleme: Zum Beispiel macht die beschleunigte Umwandlung des Pariser Raumes eine rechtzeitige Organisation der öffentlichen Dienste, des Transportwesens und der Baugenehmigungsverfahren erforderlich. Die Arbeiten müssen auf verschiedene Bereiche und Sektoren verteilt werden usw. Da nun die Stadt Paris Sitz der französischen Regierung und seit der Commune von 1871 die einzige französische Stadt ohne lokale Autonomie ist, sind politische Interessen im Spiel: Hier soll eine Bevölkerung angesiedelt werden, die der Regierung als Wählerschicht zugutekommt (denn die U.D.R.⁴, seit 1958 Sieger in den Parlamentswahlen, ist bei ihren Versuchen, eine feste lokale Basis zu organisieren, immer wieder gescheitert) und die neue revolutionäre Bewegung ins Abseits drängt. Diese im Mai 1968 entstandene Bewegung findet zur-

⁴ Union pour la Défense de la République – die Partei der »Gaullisten«; A.d.Ü.

zeit in den Ballungsgebieten und in den Straßen von Paris den einzigen organisierten und einheitlichen Ausdruck ihrer potenziellen Stärke.

Wo also Tendenzen zur räumlichen Organisation innerhalb einer entwickelten kapitalistischen Wirtschaft, Finanzinteressen der Immobiliengesellschaften und ideologisch-politische Interessen des Staatsapparates zusammentrafen, dort entstand das große öffentliche Sanierungsprogramm; es trägt den bezeichnenden Titel: »Reconquête urbaine de Paris« (»Städtebauliche Wiedergewinnung/Rückeroberung von Paris«). Das Programm lief nach 1956 langsam an, erreichte zwischen 1964 und 1970 seinen Höhepunkt und überließ schließlich den von der Verwaltung unterstützten privaten Unternehmen das Feld. Die »Reconquête urbaine« trat unter dem Deckmantel an, die Bruchbuden ausmerzen zu wollen. In Wirklichkeit war dem nicht so: Die am stärksten beschädigten Viertel wurden nicht saniert. Stattdessen wurden diejenigen saniert, in denen die einheimischen und ausländischen Arbeiter den Hauptteil der Bevölkerung ausmachten und in denen der Bau von Büros und Luxuswohnungen den größten Gewinn versprach. Hier wurde ein neuer Komfort geschaffen – aber für eine neue Bevölkerung. Die ursprünglichen Bewohner wurden an den unterversorgten Stadtrand abgedrängt. So sieht die »Rückgewinnung« von Paris aus; es ist die »Rückgewinnung« des Paris der kleinen Leute durch die neue Bourgeoisie der Führungskräfte, durch ihre Arbeits- und Vergnügungsstätten. Unter Ausnutzung der Vorrechte der öffentlichen Hand bei Enteignungen und unter Subventionierung der notwendigen Infrastrukturmaßnahmen aus öffentlichen Mitteln dient die Sanierung als Speerspitze für die Umwandlung von Paris, für die Umwandlung in eine Verwaltungsstadt und in ein internationales Getto für Führungskräfte, die sich an allem Modernen berauschen und eine Geschichte konsumieren, die man in ein Museum verwandelt hat, das man abriegelt, damit man samstags abends darin spazieren gehen kann (den Riegel stellt das Preisniveau dar).⁵

⁵ Diese Behauptungen sind keine bloßen Eindrücke. Sie sind nachgewiesen in einer umfassenden soziologischen Studie über die Pariser Stadtsanierungsprogramme bis zum 1. Januar 1970. Die Ergebnisse wurden in einer Gemeinschaftsarbeit vorgelegt: F. Godard, M. Castells, H. Delayre, C. Dessane, Ch. O'Callaghan, »La Rénovation urbaine à Paris«, Mouton, Paris 1972 (»Die Stadterneuerung in Paris«).

Die Pariser Bevölkerung lässt sich nicht täuschen: Die Sanierungsträger werden »Verkäufer von Städten« genannt. Das Programm selbst erhielt einen anderen Namen, der genauso passend ist wie die Bezeichnung »Rückgewinnung«: »Sanierung-Exmittierung«. Und in einem Paris, das noch von den Grundströmungen durchzogen wird, die in der Bewegung des Mai '68 zutage traten, organisiert man sich und kämpft, ist man bereit, diese Stadt, dieses Viertel, diese Wohnung, dieses Leben zu erhalten. Man lehnt die strukturelle Logik ab, die Rentabilität für wenige, die erzwungene Modernität, die Rationalität des Profits. Und man leistet Widerstand. Wie? Mit welchen Erfolgsaussichten? Mit welchem politischen Ergebnis? Über welche Wege der Mobilisierung? Darauf kann nur eine differenzierte Antwort gegeben werden, die von den gegebenen Verhältnissen und Kampfformen abhängt. Sie ergibt sich aus der konkreten Analyse dieser Kämpfe und der allgemeinen Tendenzen. Den Ausgangspunkt bildet die von uns erstellte Untersuchung der gesellschaftlichen Bedingungen aller beobachteten Prozesse.⁶

Die Planierraupe kommt hier nicht durch!

Während das Sanierungsprogramm trotz der zeitlichen Verschiebung und der gebietsbedingten Unterschiede einheitlich erscheint, sind die gegen seine Auswirkungen gerichteten Kämpfe sehr zersplittert. Sie sind von einem Stadtviertel zum anderen relativ unabhängig voneinander. Es ist ein erstes Merkmal dieser Bewegung, dass man sich des reaktiven Moments der Aktionen bewusst ist. Man kämpft erst dann gegen die Probleme an, wenn sie auftauchen und man sieht überhaupt keine gemeinsame Offensive vor, weder gegen das Sanierungsprogramm

⁶ Es handelt sich um eine Untersuchung, die am Studienzentrum für soziale Bewegungen an der Schule für Höhere Studien in Paris (Centre d'études des mouvements sociaux de l'École pratique des hautes Études de Paris) in Zusammenarbeit mit Françoise Lentin und José Olives durchgeführt wurde. Eine detaillierte Analyse findet sich in: M. Castells, F. Lentin, J. Olives, »La lutte contre la Rénovation urbaine à Paris«, Centre d'études des mouvements sociaux, Paris 1972 (»Der Kampf gegen die Stadtsanierung in Paris«). Die Untersuchung wurde im Jahre 1970 in vier Stadtvierteln durchgeführt, in denen Kämpfe stattfanden. Wir haben jeden genauen Hinweis ausgelassen, der eine Lokalisierung der beobachteten Prozesse erlauben würde.

selbst noch gegen die gesellschaftliche Logik, die es aufrechterhält. Verfolgt man aber den Verlauf dieser Kämpfe durch die aufgerissenen Straßen der verschiedenen Sanierungsabschnitte hindurch (rissige Häuser, grau gewordene Gassen, beherrscht von Türmen aus Glas und Stahl), so werden doch einige Grundzüge recht deutlich. Sie zeigen uns die Wege, auf denen die Menschen kommen (oder auch nicht kommen), um in den Stadtvierteln ihre eigene Geschichte zu machen.

Die »braven Mieter« und die »bösen Linksradikalen« bei der Verteidigung der »Cité du peuple«

Diese großen Züge erscheinen zusammengefasst und verdichtet im Verlauf der Kämpfe, die sich von 1965 bis 1971 im Bereich der »Cité du peuple« ereigneten. Dieses traditionsreiche Arbeiterviertel mit einem hohen Anteil an Gastarbeitern wurde als eines der ersten von der Sanierung erfasst. Je mehr die Sanierungsvorhaben bekannt wurden, desto mehr begannen sich Protestaktionen zu entwickeln angesichts der Aussichtslosigkeit, hinsichtlich Miete und Lage annehmbare Ersatzwohnungen zu erhalten. Die Aktionen gingen von den Arbeitern und den kleinen Händlern aus, die in diesem Gebiet das dynamische Element darstellen. Am Anfang der Aktionen steht die Initiative einer nationalen Mieterorganisation, die in dem Gebiet stark verwurzelt ist und über eine solide politische Unterstützung verfügt, obwohl sie sich in ihren Statuten als unpolitisch bezeichnet und in ihrer Praxis auch versucht, es tatsächlich zu sein. Die nationale Politik dieser Organisation, die ihr Schwergewicht auf eine Steigerung der Anzahl der vom Staat erbauten Sozialwohnungen legt, hat in der »Cité du peuple« ein besonders günstiges Echo gefunden.

Im Rahmen einer gemeinsamen Kampagne, mit der eine Verstärkung des Sozialen Wohnungsbaus (H.L.M.)⁷ erreicht werden sollte, kam es 1965 in der »Cité du peuple« zu einer umfassenden Mobilisierung, bei der die Bebauung freigewordener Industriegelände mit etwa 2.000 Sozialwohnungen gefordert wurde.

(1965 waren 471 Wohnungen erbaut worden, während es 100.000 Familien gab, die in der Obdachlosenkartei (Kartei über die unzureichend Wohnenden) geführt wurden. Auf bereits freigegebenen Grund-

⁷ Habitation à loyer modéré: Entspricht etwa dem »Sozialen Wohnungsbau« in der BRD; A.d.Ü.

stücken der Pariser H.L.M.-Organisation (O.H.L.M.) hätte man mit dem Bau von 6.247 Wohnungen beginnen können.)

Die Forderungen wurden vor allem der Pariser Stadtverwaltung und der Polizeipräfektur vorgetragen; zunächst wollte man einmal erreichen, dass diese Grundstücke für den Bau von Wohnungen reserviert würden. Anschließend wurden die Forderungen der O.H.L.M. vorgebracht, um die notwendigen Kredite freizubekommen. Die Sanierung eines ganzen Baublocks und die direkte Drohung der Vertreibung seiner Bewohner beschleunigten die Bewegung. Petitionen wurden unterzeichnet, Versammlungen organisiert und auf dem Marktplatz wurden sonntags morgens Reden gehalten.

Die Präfektur brachte widersprüchliche Argumente vor: Zunächst sah sie angeblich die Anlage eines Industriegebietes vor, dann führte sie die übermäßige Lärmentwicklung aufgrund einer nahegelegenen Schnellstraße als Hinderungsgrund an.

Vor den Toren der mittlerweile stillgelegten Fabrik, die aber nach wie vor auf dem Gelände stand, wurde eine große Straßendemonstration organisiert. Die Spannung wuchs, und die Polizei bediente sich verschiedener Druckmittel gegenüber den »Rädelsführern«. Dennoch fand die Demonstration, an der sich einige Hundert Bewohner des Stadtviertels beteiligten, ohne Zwischenfälle statt. Im Frühjahr 1966 wird das Gelände in Übereinstimmung mit der Stadt Paris endlich für den Bau von Sozialwohnungen ausgewiesen. Es wird auch zugestanden, dass ein gewisser Prozentsatz der Sozialwohnungen als Ersatzwohnungen für die Bewohner des von den laufenden Sanierungsmaßnahmen am stärksten betroffenen Gebietes vorgesehen wird.

Derzeit sind ungefähr 2.000 Sozialwohnungen an der vorgesehenen Stelle errichtet und bezogen. Auf den ersten Blick ist der Bau von Sozialwohnungen der Erfolg einer breit angelegten Aktion, die mit der Mobilisierung von Arbeitern begann und *anlässlich eines Stadtsanierungsprozesses* die öffentlichen Institutionen (Präfektur, Stadt Paris, O.H.L.M.) angriff, denen der Bau von Geschäften und Wohnungen oblag. Für uns geht es jedoch darum, den Sinn einer solchen Aktion als gesellschaftlichen Prozess bewusst zu machen und folglich die Wirkungen auf die Akteure selbst und auf die Gesamtheit des so in Bewegung gesetzten sozialen Gefüges abzuschätzen.

Tatsächlich liegt der springende Punkt in Folgendem: Die Sozialwohnungen wurden zwar tatsächlich errichtet (nur die Hälfte der wäh-

rend der Kampagne geforderten Zahl), *aber die überwiegende Mehrheit der bedrohten Bevölkerung des Stadtviertels, die auch die Basis der Mobilisierung darstellte, erhielt dort keine Wohnung.* Die Erklärung ist ganz einfach: Sie rührt von dem Mechanismus der verwaltungsmäßigen Verteilung von Sozialwohnungen her.

Im gesamten Bereich der Stadt Paris muss nach einer Warteliste vorgegangen werden. Infolgedessen wurden die aufgrund des Kampfes der Bewohner der »Cité du peuple« errichteten Wohnungen schlecht untergebrachten Familien zugeteilt, die in ganz Paris schon jahrelang auf eine Wohnung warten. Es bildet sich also ein Gegensatz zwischen der Basis der Mobilisierung und der möglichen Antwort auf die Forderungen, weil sich die Verwaltung nicht über Verteilungsvorschriften hinwegsetzen kann. Wenn man auch lokale Aktionen planen kann, die auf eine Gesamtpolitik zielen (etwa in der Art wie Fabrikarbeiter in den Streik treten können, um einen »Stabilisierungsplan«⁸ auf Landesebene zu verhindern), so sollte man sich doch ins Gedächtnis zurückrufen, dass es im vorliegenden Fall darum geht, gerade aus ihren Wohnungen vertriebenen Leuten eine Bleibe zu beschaffen. Diese Situation war ja gerade die Basis, die eine Mobilisierung ermöglichte.

Es gab aber eine geeignete Forderung, die Verbindung zwischen dem Hintergrund des Problems und dem erstrebten Ziel herzustellen: die Forderung nach Vorsorgemaßnahmen im Rahmen aller Sanierungsprogramme; also: Vor dem Abriss der alten Wohnungen sollen Neubauten in der gleichen Gegend errichtet werden, in denen die exmittierten Familien zu annehmbaren Mieten wieder untergebracht werden. Aber eine solche Forderung richtet sich gegen das Fundament der Sanierungsmaßnahmen. Diese zielen vor allem darauf ab, das Stadtviertel in sozialer Hinsicht zu verändern, eine große Konsumtionsdynamik (was eine größere Kaufkraft erfordert) und eine symbolische Bedeutungszuweisung zu erreichen (die dem gesellschaftlichen Status der künftigen Bewohner entspricht). Durch dieses Vorgehen haben die von der Vertreibung bedrohten Bewohner mit der mächtigen Maschinerie des Stadt-sanierungsprogramms für Paris zu kämpfen.

⁸ Bei dem Begriff »Stabilisierungsplan« (»plan de stabilisation«) handelt es sich um einen Begriff, der von de Gaulle bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Juli 1968 im Wahlkampf gegen Gaston Defferre geprägt wurde: Eine »Politik des Wachstums ohne Inflation« auf Kosten der Arbeiter; A.d.Ü.

Diese Frage spielte im oben beschriebenen Forderungskatalog der Kampagne eine wichtige Rolle. Da er seinem Wesen nach aber mehr war als die einfache Forderung nach dem Bau von Sozialwohnungen (was das Sanierungsprogramm selbst gar nicht berührt hätte), war das zur Erreichung des Zieles notwendige Kampfniveau weitaus höher. War es unrealisierbar? Wie dem auch sei – eine neue Problematik im Kernpunkt unserer Analyse beginnt, sich abzuzeichnen. Was geschieht mit dieser Protestbewegung der Massen, die selbst plötzlich in der Luft hängt?

Da keine Gesamtlösung für das Problem gefunden worden ist, die Bevölkerung des Stadtviertels an alter Stelle wieder anzusiedeln, beginnt eine Bewegung der politischen Demobilisierung und der Selbsthilfe bei der Behandlung des Problems. Das führt zur fortschreitenden Vernachlässigung der Gebäude, und zwar meistens unter den vom Sanierungswesen erzwungenen Bedingungen, d.h., es kommt zu einer Verdrängung in die Vororte oder zu einer beträchtlichen Mieterhöhung ... für diejenigen, die sich das leisten können. Eine solche Entwicklung nimmt sofort dramatische Formen an (wie bei dem Blinden, der seit vierzig Jahren in dem Straßenzug wohnt, der abgerissen wird, womit auch alle seine täglichen Orientierungspunkte verschwinden). Sie läuft nicht ohne Zusammenstöße ab, die manchmal mit einer ausdauernden persönlichen Widerstandskraft geführt werden. (So hat eine alte Dame ein Jahr lang im letzten Zimmer eines alten Gebäudes mitten im Bauschutt gelebt – bis sie eine Wohnung erhielt). Aber insgesamt gesehen kommt die Planierraupe zügig voran, und die Protestbewegung löst sich auf, weil sie unfähig ist, von rein legalistischen Aktionen abzuweichen. In letzter Zeit aber werden auf die letzten Überlebenden des Stadtviertels einige Interventionsgruppen aufgepfropft, die aus den Strömungen nach dem Mai '68 kommen und die versuchen, den Widerstand gegen die Exmittierung zu organisieren.

Dabei sind zwei Fälle besonders kennzeichnend. Eine erste Aktion wurde von einer Gruppe von Architekturstudenten geleitet, die nicht in dem Stadtviertel wohnten. Sie versuchten, die Bewohner dazu zu bewegen, ihre Wohnungen nicht zu verlassen. Indem sie sich einer ersten Exmittierung mit Gewalt widersetzen und nach Zusammenstoßen mit der Polizei erreichten, dass ein altes Hauswartsehepaar wieder eine Wohnung bekam, gelang es den Studenten, eine erste Welle der Sympathie für ihre Aktion hervorzurufen. Dennoch standen die Bewohner

dem noch weitgehend fremd gegenüber. In der Absicht, diese Bewohner zu organisieren, begannen die Studenten mit einer Doppelstrategie: einerseits mit ideologischer Erklärung der Sanierung und mit der Aufforderung zum revolutionären Kampf – andererseits mit der Absicht, mit dem Träger zu verhandeln, und zwar unter Vorlage einer von den Bewohnern unterzeichneten Petition. Aber die Spanne zwischen den beiden Arbeitsebenen war viel zu groß, zumal die Organisation ziemlich unbürgerlich und vom Lebensrhythmus der Studenten geprägt war. Als nun der Sanierungsträger bereit war, mit jedem *einzelnen* Mieter zu verhandeln, war die Petition noch nicht einmal unterschrieben – und der gesamte lokale Stützpunkt verschwand, ohne dass die ideologische Arbeit wirklich in den Kampf um Reformen eingeordnet worden wäre. Auch die Studentengruppe löste sich nach dieser Niederlage auf, da sie sich nur für diese Aktion zusammengefunden hatte.

Folgende Umstände können das Zerbröckeln dieser Aktion weitgehend erklären: ein Aktionskomitee von außerhalb des Stadtviertels, Dilettantismus, unregelmäßige Wahrnehmung der ständigen Termine. Sieht man sich das Ende der Entwicklung an, dann wird es noch deutlicher: Wenn das Spiel aus ist, sind die Aktivisten weg, die Basis schwach und die Situation, in der gehandelt werden müsste, gerade auf einem Höhepunkt angelangt. Natürlich hätte man genau so gut argumentieren können, dass dies ein günstiger Umstand sei, um einen neuartigen Widerstand gegen die Exmittierung zu organisieren. Was nun gerade als charakteristisch erscheint, ist das Vorhandensein einer sehr konkreten Forderung und eines legalistischen Aktionsstils der Mieter (Petitionen usw.) und daneben gleichzeitig eine offen ideologische Sprache und spektakuläre Aktionen. Das ist ein Hin- und Herschwanken ohne Verbindung zwischen der aufsehenerregenden Handlung gegen die Ungerechtigkeit und der reformerischen Praxis, die das Gesetz achtet; derselben Praxis bedienten sich vordem auch die Mietervereine.

Außerdem ist festzuhalten, dass es keine örtliche Einbindung gibt und dass die Bevölkerung von einer reformistischen Erfahrung ausgeht, die durch die Individualisierung der Probleme erkaufte wurde. Daher war eine Reformaktion, die nur über geringe Mittel verfügte und bereit war, Tätigkeiten außenstehender Minoritäten zuzulassen, neben dem ideologischen Streit aufgrund der ihr innewohnenden Logik auch der Repression und vor allem der Gleichgültigkeit ausgesetzt. Das logische Resultat ist das völlige Auseinanderbrechen des Aktionskomitees.

Dem steht eine andere Intervention einer revolutionären Gruppe in einem anderen Teil der »Cité du peuple« gegenüber. Diese Gruppe versteht es, den Widerstand einer Bevölkerung von sehr niedrigem sozialen Niveau gegen die Exmittierung zu organisieren, einer Bevölkerung, die selbst vom nationalen Mieterverein im Stich gelassen worden war. Damit zeigt diese Gruppe zugleich die Möglichkeiten und Grenzen dieser Kampfform auf.

Obwohl es sich unter einem allgemeinen Aspekt um dasselbe handelt, ist hier der Einsatz dramatischer, und zwar einerseits wegen der Bevölkerung, die durch ein deutliches Übergewicht von Facharbeitern und Handwerkern, Gastarbeitern und ethnischen Gruppen gekennzeichnet ist. Andererseits ist das Maß des Verfalls dieses Wohnblocks das höchste der gesamten »Cité du peuple«. Dennoch ist das Sanierungsprogramm deutlich weniger weit fortgeschritten als anderswo: wachsender Widerstand der Bevölkerung? Teilweise schon, da dieses Gebiet seit mehreren Jahren an der Spitze des reformistischen Kampfes in der ganzen »Cité du peuple« stand. Dort wurde die Sanierung begrüßt, *vorausgesetzt, sie wird zum Wohle der Bevölkerung durchgeführt*. Man muss auch die Tatsache berücksichtigen, dass es sich hier um sehr bescheidene Bevölkerungsschichten handelt, die gegenüber Diskriminierungen sehr empfindlich sind. Sie befürchten, in einer neuen Umgebung, über die sie keinerlei Kontrolle hätten, Gegenstand von Diskriminierungen zu werden. *Vorsorgemaßnahmen* waren also die angemessene Forderung. Unter dieser Zielrichtung gab es eine sehr starke Mobilisierung *eines Teils* der Bewohner – wobei die Gastarbeiter und die ethnischen Gruppen (nordafrikanische Juden) sich zunächst nicht beteiligten.

Lange Zeit fanden Zusammenkünfte und Versammlungen statt. Bewohner widersetzten sich der drohenden Exmittierung, Petitionen wurden geschlossen unterzeichnet. Abordnungen legten diese Forderungen der Pariser Stadtverwaltung und der Präfektur vor. Die Antwort musste aber in Wirklichkeit von der O.H.L.M. und vom Sanierungsträger kommen. Für die O.H.L.M. gab es keinerlei rechtliche Verpflichtung, die Bewohner dieser »Halbinsel« bei der Unterbringung in Sozialwohnungen des Verwaltungsbezirkes zu bevorzugen. Für den Sanierungsträger kann die Antwort nur »anderweitige Unterbringung« lauten, denn am hiesigen Standort sieht der Baumassenplan nur 150 Sozialwohnungen vor. Obleich es um 2.500 Wohnungen geht,

die hier ersetzt werden müssten, ist das alles, was man nach dieser Mobilisierung erreichen konnte.

Der Zusammenstoß ist unvermeidlich. Die Bewohner sind zunächst entschlossen zu bleiben. Der Sanierungsträger setzt alles daran, den einzigen ernst zu nehmenden Widerstand zu brechen, der sich im gesamten Verwaltungsbezirk gebildet hat.

Es ist müßig, das gesamte Arsenal der im Einzelnen angewandten Einschüchterungsmaßnahmen zu beschreiben: Fensteröffnungen werden zugemauert, sobald die Bewohner ausgezogen sind, Einbrüche (oder Einbruchversuche), mangelhafte Unterhaltung der öffentlichen Straßen (außer nach energischen Beschwerden), Drohung mit wachsenden Schwierigkeiten bei der Beschaffung einer neuen geeigneten Wohnung usw., vor allem aber ein stufenweises Vorgehen, das darauf abzielt, jeden Fall gesondert zu behandeln und die Widerstände zu brechen, indem sie zeitlich und räumlich auseinandergerissen werden.

Der Auszug beginnt. In wenigen Monaten sind mehr als 100 Wohnungen verlassen – dank persönlicher Absprachen. Manchmal wurden sie mit der moralischen und juristischen Unterstützung des Komitees ausgehandelt. Aber die Verhandlungen sind immer unvorteilhaft. Die Zurückgebliebenen glauben nicht, in unmittelbarer Gefahr zu sein (es handelt sich um einen beträchtlichen Teil des Stadtviertels, der erst in der zweiten Stufe der Maßnahmen betroffen sein wird). Die anderen sind nur einige wenige Aktive, die nicht die Möglichkeit haben, umzuziehen und die das Problem hoffnungslos macht.

In der vorliegenden hoffnungslosen Situation ergibt sich unter diesen Umständen eine neuartige Interventionsmöglichkeit bei den Hilfsarbeitern, Gastarbeitern und nordafrikanischen Juden, die in Bruchbuden hausen. Das »Notunterkunfts-Komitee« ist hier kaum verwurzelt – hauptsächlich wegen der kulturellen Schranken. Andererseits sind die Wohnverhältnisse noch schlimmer als anderswo. Die Bewohner sind unmittelbar von der Exmittierung bedroht. Sie wollen weg. Wie sollten sie auch nicht, wenn sie schon seit 10, 15 oder 20 Jahren hier wohnen? Aber aufgrund welcher Umstände auch immer – außer in einigen Fällen haben sie sich geweigert wegzugehen. Sie wollen in Paris bleiben. Zudem geht es der jüdischen Gemeinde darum, *zusammenzubleiben*. Aus Tunesien stammend, halten es diese Juden für wichtig, ein Stadtviertel nicht zu verlassen, wenn Arbeitsstelle und Wohnsitz es erlauben, unter Juden zu bleiben. (Die Arbeitgeber gehören im

Allgemeinen der Achkenaze-Gemeinschaft an, die seit den 1930er Jahren hier ist und die Bindungen innerhalb der Gruppe aufrechterhält.) Doch weil ihre finanziellen Mittel äußerst beschränkt sind, haben sie weniger Erfolgsaussichten als andere, sich der Abdrängung in die Vororte zu widersetzen. Also bleiben sie – wie die Alten, wie die Familien der jugoslawischen Hilfsarbeiter, wie die zahlreichen Familien benachteiligter Facharbeiter. Und sie müssen erleben, dass ihnen Sozialwohnungen verweigert werden, weil eine Untersuchung erbracht hat, »dass sie nicht sauber sind«.

Unter diesen Bedingungen formt sich die Interventionsmöglichkeit einer neuen Organisation, die mittelbar den politischen Protest zum Ziel hat und sich den Bewohnern auch so darstellt. Zusammengesetzt aus jungen Arbeitern und proletarisierten, *im Stadtviertel wohnenden Studenten* ist sie bestrebt, einen täglichen Kontakt mit den Bewohnern aufrechtzuerhalten.

Zum Beispiel hilft sie bei der Ausführung von Reparaturen, organisiert Spiele für die Kinder, die die beste Werbung für das Komitee sind, oder regt an, aus einem schlammigen, brachliegenden Grundstück einen Spielplatz zu machen. Von diesem Kontakt ausgehend, der durch wiederholte Hausbesuche und eine tägliche Präsenz unterhalten wird, organisiert sie ein Mieterschutzkomitee. Ziel ist: *Wohnungen im gleichen Stadtviertel zu annehmbaren Mieten*. Bis dahin schlägt die Gruppe den Bewohnern vor, Reparaturen auszuführen, Dienstleistungsbetriebe an Ort und Stelle ins Leben zu rufen (im Nachbarviertel hält sie einen Platz besetzt und versucht, eine Kindertagesstätte einzurichten) und sich gegen die Exmittierung und die Einschüchterungsversuche zu wehren. Sie verbindet diese Forderungen direkt mit dem allgemeinen politischen Kampf:

Was heißt Sanierung?

Das heißt, sich in der Nähe der Parks luxuriöse Wohnungen zu bauen. Und die Armen, die hier in alten zerfallenen Häusern leben, wollen sie an den Stadtrand drängen. Aber weil der Zorn schon offensichtlich ist, wollen sie einige Sozialwohnungen bauen (2.500 exmittierte Familien – und vorgesehen ist der Bau von 150 Sozialwohnungen). Sie werden so viel Personen wie möglich auf jeden Quadratmeter packen, denn je höher die »Ausnutzungsziffer des Grundstücks« desto höher die Profitrate der Unternehmer.

Und die öffentliche Gesundheitspflege?

Und der Umweltschutz?

Und die Kindertagesstätten? Und die Grünflächen?

Die Sportanlagen?

Nein! Hier bestimmt der Kies!

Tausende von ausländischen Arbeitern, die die Bosse nach Frankreich kommen lassen, sind in Barackensiedlungen, in alten und schmutzigen Räumen zusammengepfercht Sie werden durch Hungerlöhne ausgebeutet oder in die Arbeitslosigkeit gezwungen.

Das ist unerträglich!

TEUER BEZAHLTES LEBEN ... SKLAVENDASEIN ... ES REICHT! *Wir fordern für die Bevölkerung ein luftiges Viertel mit neuen Wohnungen! Im Kampf und durch den Kampf werden wir unsere Ketten zerreißen! GEMEINSAM WERDEN WIR DIE BOURGEOISIE BESIEGEN!*

Der Sanierungsträger beschleunigt das Tempo in der »Rue de la Boue«. Squatter, neu angekommene jugoslawische Arbeiter, deren Anwesenheit die Nachbarn beunruhigt, lassen sich in einige der leeren Wohnungen einweisen. Eines Tages kommt eine Kolonne, um das Wasser abzustellen. Allgemeiner Aufruhr. Die Aktiven sind zur Stelle. Aber alle Hausfrauen aus der Straße sind ebenfalls zur Stelle. Und die Kinder schlagen im Viertel Alarm. Das Wasser wird nicht abgestellt. Die Polizei lehnt ein Eingreifen ab.

Eine sofortige Untersuchung bei den Mietern offenbart die Unterstützung und die Sympathie für die Mitglieder des Komitees, »obwohl« sie ihre politische Zugehörigkeit offen gezeigt hatten.

Auch wenn sich die Leute die Handlungen des Komitees nicht voll zu eigen machen, so fühlen sie sich durch diese Aktion doch unterstützt, denn die Verwaltungen und die Dienststellen, mit denen sie zu tun gehabt hatten, ließen sie hängen und brachten ihnen offene Feindschaft entgegen.

Aber die Forderung des Komitees (*Sanierung zugunsten der Bewohner des Stadtviertels*) steht im Missverhältnis zur Schwäche der Widerstandsgruppe, die sich gebildet hatte. Von Mal zu Mal lässt die Energie nach. Eine Zusammenkunft, die zur Besprechung weiterer Aktionen einberufen wurde, scheitert, weil nur wenige Leute kommen (obwohl das Treffen von den Mietern während der Hausbesuche befürwortet

worden war.) Die Kinder werden von der Polizei eingeschüchtert: »Du kommst für Dein Lebtage ins Gefängnis, wenn Du mit den Leuten da spielst!« Auf Teilgebieten beginnt man nachzugeben. Die Unsicherheit wächst allgemein. Immer mehr Leute ziehen aus. Innerhalb kürzester Zeit wird die Exmittierung nach individuellen Rezepten und nach den Wünschen des Sanierungsträgers unvermeidlich sein. Die Aktivisten wissen das. Für sie ging es nicht darum, eine Schlacht um Reformen zu gewinnen, deren Umfang ihre Kräfte überforderte: »Die Hauptsache ist, dass sich in den *Köpfen der Leute* etwas ändert.« Der Misserfolg einer Reformbewegung führt demnach zur politischen Radikalisierung. Stimmt das?

Bei den Kämpfen, die in der »Cité du peuple« geführt wurden, erreicht man eine reformerische Massenmobilisierung, die allerdings zu kurz greift. Um nämlich gegen eine Sache wie das Sanierungsprogramm vorgehen zu können, muss sie den unpolitischen und legalen Rahmen sprengen, mit dem sie sich umgibt. Andererseits erreicht man ein Nebeneinander von Ideologien und punktuellen Forderungen, die aber keine Wurzeln schlagen können. Schließlich kommt es doch zu einer politischen und reformerischen Stabilisierung, die aber eher punktuell und derart auf das Lumpenproletariat zugeschnitten bleibt, dass keine Hoffnung auf eine Verallgemeinerung besteht. *Für die Leute* bleibt es eine Kampferfahrung, die ohne reale Beziehung zur Stadtstruktur oder zu den Beziehungen zwischen den Widerstandskernen bleibt.

Ein langer Marsch in den Stadtkampf

Diese Tendenzen werden im »Quartier du Midi« noch verstärkt, in dem das Sanierungsprogramm weit umfangreicher ist. Hier sind Maßnahmen von großer Tragweite vorgesehen, die aus dieser Zone bis zum Jahre 2000 eines der Ballungszentren machen sollen. In diesem Gebiet, das über eine große Tradition in der linken Politik verfügt, ist der nationale Mieterverband sehr stark. Aber es gelingt ihm nicht, die Mieter tatsächlich gegen die Exmittierung zu mobilisieren. Seine allgemeine politische Strategie besteht vornehmlich in dem Versuch, jeden einzelnen Fall juristisch zu behandeln. Das bringt ihn in eine sehr schwache Position gegenüber der riesigen Sanierungsmaschinerie. Zudem versucht er, die Unzufriedenheit lokal-politisch in Richtung auf die Stadtratswahlen zu kanalisieren. Da Paris aber keine lokale Autonomie besitzt, weiß die Bevölkerung, dass sie den Entscheidungsprozess selbst

dann nicht beeinflussen kann, wenn sie die Vertreter der Linken wiederwählt. Konsequenterweise wird die Sanierung weitergehen und der Auszug unumgänglich sein. Genauso unumgänglich sind die Demobilisierung und die Veränderung der sozialen Basis des Mietervereins, der sich nun vor allem aus Neuankömmlingen zusammensetzen wird, die die neuen Wohnungen erhalten, die in den Abrissgebieten errichtet wurden ...

Auch hier, wo ein Problem existiert, das die Bevölkerung unmittelbar berührt, dessen politische Behandlung aber in der Sackgasse und in der Demobilisierung endet, greift eine revolutionäre Gruppe ein, die sich aus jungen Arbeitern und aus *Studenten* zusammensetzt, *die im Stadtviertel wohnen*. Aufgrund früherer Erfahrungen suchen sie nach einem Mittel, um einen so mächtigen Gegner wie das Sanierungsprogramm angreifen zu können. Sie wissen auch, dass es letztlich um eine politische Konfrontation mit dem Staatsapparat geht. Das verlangt eine klare Einsicht in die Sache, die nur von einer politischen Organisation (der ihren) und einer gesellschaftlichen Kraft kommen kann, die bei einer Reihe von Forderungen ansetzt, die von den Bewohnern selbst direkt aufgegriffen werden. Die Organisation eines solchen Prozesses geht ziemlich langsam. Im Unterschied zu den Vorgängen in anderen Vierteln versucht diese Gruppe auch nicht, einen spontanen Widerstand in den Gebieten zu erreichen, die schon von der Exmittierung betroffen sind: Sie studiert den Zeitpunkt der Sanierung und beschließt, sich in den Wohnungen einzurichten, die erst in zwei Jahren abgerissen werden sollen. Dabei geht die Gruppe von Forderungen aus, die sich auf die jetzigen Wohnungen beziehen (Miete, Reparaturen usw.). Das erste Jahr ihres Eingreifens ist erfolgreich: Ein Komitee des Stadtviertels wird unter Beteiligung vieler Einwohner gegründet, Delegierte der einzelnen Wohnblocks werden benannt, ein Bericht wird veröffentlicht, Mietstreiks verlaufen erfolgreich ...

Aber eine so langfristige Aktion benötigt einen beträchtlichen aktiven Einsatz, und das zu einer Zeit, in der überall in Frankreich soziale Kämpfe ausbrechen. Die wenigen revolutionären Zellen mit ihren schwachen Kräften müssen sich an den aus politischer Sicht signifikantesten Punkten schlagen. Die Landesleitung der Organisation beschließt zusammen mit dem Komitee, die Kräfte an der Arbeitskämpffront zu konzentrieren: Derzeit kann die Organisation nicht alle Kämpfe leiten, in die sie an sich eingreifen könnte. Das Stadtkomitee

verliert seine aktive Zelle, die zu einer anderen Stelle versetzt wird. Die Zurückgebliebenen können nicht gleichzeitig die Reformaktionen verfolgen und die politische Schulung zur Auseinandersetzung mit der Pariser Stadtverwaltung leisten. Als die Sanierung das Gebiet erreicht, trifft sie auch hier auf Fatalismus, auf Selbsthilfe, auf ohnmächtige Wut – d.h. auf all das, was sie gewohnt ist wegzufegen, bevor sie »die Zukunft« baut ... Hier rührt man an ein grundsätzliches Problem, nämlich die wesentliche Rolle der Organisation bei der Bildung einer gesellschaftlichen Bewegung in der Stadt und die gleichzeitige Abhängigkeit dieser Rolle von den allgemeinen Bindungen der Organisation und nicht etwa von Phänomenen, die mit der Praxis des Kampfes in den Städten verknüpft ist. Angesichts des Umfangs der Interessen, die hinter den Sanierungsprojekten stehen, wurden Gegenangriffe gestartet, die von einem Klassenbündnis bis zur Wahrnehmung der direkten Interessen der Stadtteilbevölkerung reichten. Zum Beispiel bildete sich in einem historischen Viertel der »rive gauche« (linkes Seine-Ufer) eine Vereinigung, die den Verbleib der Bevölkerung des Viertels (Arbeiter und Studenten) verteidigen wollte. Da das Viertel gerade zu einer Gegend wird, in der man abnorme Sub-Kulturen konsumieren kann, die der Gegend das besondere Gepräge geben und damit ihre Rentabilität beeinflussen, braucht man auch diese Bevölkerung, die schließlich einen Teil des »sozialen Umfeldes« darstellt. Indem man so Ästhetiker, Intellektuelle und die Bevölkerung des Stadtviertels unter derselben Zielsetzung vereint – obwohl durchaus verschiedenartige Interessen damit verteidigt werden sollten –, werden gewisse Teilerfolge erreicht. Vor allem konnte man aus der Tatsache Gewinn schlagen, dass bestimmte Merkmale des Viertels ein Sanierungsprogramm großen Ausmaßes verhindern: Es handelt sich nämlich um Privatunternehmen, die im Allgemeinen mehrere Eisen im Feuer haben. Das erlaubt es ihnen, auf ein Projekt zu verzichten, ohne den gesamten Prozess infrage zu stellen.

Wenn es sich aber darum handelt, die Logik der Sanierung umzustoßen, so gelingt es selbst einem breiten Interessenbündnis und einer Mobilisierung der öffentlichen Meinung nicht, die Maschinerie zu stoppen. Das war beispielsweise der Fall beim Abriss der »Halles« mitten in Paris: Einige Hallen von großem künstlerischem Wert waren ihres ursprünglichen Zweckes entfremdet und immer mehr für kulturelle Veranstaltungen genutzt worden: Ausstellungen, Theatervorstellungen und Filmvorführungen, Veranstaltungen der Universi-

tät usw. Sie wurden zu einem wirklichen Knotenpunkt der Innovation und des Austauschs. In der Furcht, dieser Raum könne sich der ihm zugedachten Bestimmung als Wirtschafts- und Kongresszentrum entziehen, beschleunigte die Verwaltung die Arbeiten und befahl 1971 den Abriss der Hallen. Mehrere Gruppen von Jugendlichen parierten schnell und organisierten ein Fest, das zwei Wochen lang dauerte – mit Spielmannszügen, Attraktionen, Tanzveranstaltungen usw. –, das aber auch ständig von Hundertschaften der Polizei umstellt war. Aber schließlich, kurz vor den Sommerferien im Juli 1971, stillten die Planierarbeiten ihren Appetit.

Diejenigen, die Widerstand leisten

Muss man daraus folgern, dass Maßnahmen wie die Stadtsanierung von Paris eine unumstößliche Logik besitzen, die sich durch nichts aufhalten lässt? Ist die Revolte vielleicht nur eine romantische Geste? Ist denn keine andere Schlacht gegen die strukturalisierende Logik des Systems möglich als nur die immer wieder aufgeschobene Entscheidungsschlacht?

Die Analyse der Kämpfe im »Quartier de la Cité d'Aliarte«, in dem sehr bedeutende Sanierungsprojekte durchgeführt werden, beweisen das Gegenteil. Gegen die Sanierungslogik kann angegangen werden, die Exmittierungen können gestoppt werden – zumindest für eine gewisse Zeit, für die Zeit nämlich, in der ein gewisser Zusammenhalt aller Kräfte aufrechterhalten werden kann.

Es handelt sich um eine Reihe von Aktionen mit dem Ziel, für mehrere Haushalte von ausländischen Arbeitern den Verbleib in der Gegend oder die Zusicherung einer anständigen Wohnung zu garantieren; Haushalte, die weder eine Entschädigung (Wohngeld) noch eine neue Wohnung vor dem Abriss der Häuser erhalten. Unterstützt durch die revolutionären Schüler des Gymnasiums im Stadtteil und durch eine linke Partei, haben die exmittierten Arbeiter die sieben zum Abriss freigegebenen Wohnungen besetzt und allen Einschüchterungsversuchen und Unterdrückungsmanövern widerstanden, sowohl der Sperrung von Gas und Wasser und dem Teilabriss usw. als auch den Angriffen der Polizei. Um standhalten zu können, haben sie vor allem an die Solidarität des Viertels appelliert, hauptsächlich an die französische Arbeiterschaft, haben Abendversammlungen und Kundgebungen organisiert und die Bevölkerung mündlich und schriftlich aufgeklärt. Als

sie schließlich durch die Polizei aus einer Wohnung vertrieben wurden, konterten sie, besetzten eine leere Wohnung und richteten sich dort ein. Aufgrund des Umfangs des Widerstandes und der Anteilnahme der gesamten Pariser Bevölkerung an diesem Kampf wurden die Exmittierungen – für den Augenblick – gestoppt. Der Erfolg ist umso auffallender, als im selben Stadtviertel und in derselben Zeit gewaltsam der Versuch niedergeschlagen wurde, durch Besetzung eines leer stehenden Cafés ein »Maison du peuple sauvage« (»Haus des freien Menschen«) einzurichten: Zerstörung des Lokals nach der Eroberung durch die Polizei.

Was also ist das Geheimnis einer solchen Entwicklung? Zunächst einmal müssen sich anscheinend drei grundsätzliche Elemente decken:

1. Ein eindeutiger *gesellschaftlicher Anlass*, bei dem sich die vorhandenen Interessen unmittelbar gegenüberstehen: auf der einen Seite die Ziele des Sanierungsprogramms, auf der anderen Seite das Recht auf ein Dach über dem Kopf für Menschen (ausländische Arbeiter), die noch nicht einmal die ohnehin schon bescheidenen Rechte eines Mieters besitzen. Hier ist also keine Verhandlung möglich.
2. Eine homogene *gesellschaftliche Basis* (ausländische Arbeiter, in der Hauptsache Afrikaner), die schon gleich zu Anfang begreift, dass sie sich nur auf sich selbst verlassen kann. Das erlaubt einen sehr hohen Mobilisierungsgrad.
3. Eine *politische Organisation*, deren aktive Mitglieder im Stadtteil wohnen und die Koordinierung und Erklärung der Kämpfe übernehmen. Dabei müssen sie sich aber eng mit der Basis der Ausländer verbinden, um mit ihnen zusammen eine *gesellschaftliche Macht* darzustellen.

Weiterhin verstärken sich das Ergebnis im Stadtviertel (Verbleib in der Gegend, Reparaturen) und das politische Ergebnis (Mobilisierung und Organisierung der Selbstverwaltung der Stadtteilbewohner) gegenseitig. Umgekehrt entschärfen sie sich gemäß einer Dialektik, die man nicht nur in der »Cité d'Alarte« beobachten konnte, sondern in ganz Paris. Daher kann man eine Regelmäßigkeit bei der Erzeugung eines politischen Ergebnisses feststellen, die von der Befriedigung oder der Verwerfung der stadtplanerischen Forderungen,⁹ vom Mobilisierungs-

⁹ Der Ausdruck »revendication urbaine« wird mit »stadtplanerischen Forderungen« übersetzt. In einzelnen Fällen empfiehlt es sich, den reformerischen Charakter dieser Forderungen hervorzuheben. Dann wird im Sinne von Reform-

grad und von der politischen Richtung der eingreifenden Organisation abhängig ist.

Das folgende Schema fasst diese Zuordnungen zusammen, um verständlich zu machen, wie verschiedene politische Ergebnisse gerade durch die Bedingungen des Kampfes gegen die Pariser Stadtsanierung herbeigeführt werden können.

Gesellschaftlicher Prozess zur Erzeugung eines politischen Ergebnisses durch Stadtkampf, nach Beobachtung der Kämpfe gegen die Pariser Stadtsanierung

Stadtplanerisches Ergebnis	Mobilisierung	Organisation Aktionsform	Politisches Ergebnis	
ERFÜLLTE FORDERUNG	+	Forderungen	Weiterführung der Reformaktion (keine Politisierung des Kampfes)	1
		Forderungen + Politik	Unterhält die Bindung Forderung – Politik (höhere Ebene der Politisierung des Kampfes)	2
	-	Forderungen	Gesellschaftliche Integration (Bevormundung)	3
		Forderungen + Politik	Politischer Zerfall (gesetzmäßige politische Integration)	4
UNERFÜLLTE FORDERUNG	+	Forderungen	Entmutigung	5
		Politik	Entmobilisierung	
			Radikalisierung	
	Politische Unterdrückung		6	
	-	Forderungen	individuelle Anpassung	7
Politik				

Quelle: Schema von José Olives nach seinen direkten Untersuchungen.

Forderungen oder reformerischer Forderung mit »Reform im städtischen bzw. kommunalen Bereich« übersetzt. Der Ausdruck »lutte revendicative« wird mit »Kampf um Reformen« übersetzt; A.d.Ü.

Die Grundlage des Kampfes: Warum man gewinnt, warum man verliert, oder: »Wie man Geschichte macht«

Die Analyse der Kämpfe, die durch die Bevölkerung der Pariser Stadtteile gegen die Veränderung des sozialen und funktionalen Gehalts der Stadt zum Nachteil ihrer Interessen geführt wurden, erlauben es, die innere Struktur einer gesellschaftlichen Bewegung in einer Stadt in ihrer Dynamik zu verstehen.

Zunächst ist die Bewegung durch einen *Anlass* bestimmt, durch den Ausdruck eines gesellschaftlichen Widerspruchs also, der unterschiedliche Interessen gegeneinanderstellt. Dieser Anlass ist damit im beobachteten Prozess besonders wichtig. Es geht dabei einerseits um die Interessen, die vom Finanzkapital (über die Immobilienunternehmer) abhängig und den politischen Absichten der Regierung hinsichtlich der Pariser Projekte unterworfen sind.

Andererseits geht es um die Verteidigung der eigenen Wohnung und all dessen, was das Leben in Paris ausmacht: Versorgung, Nähe des Arbeitsplatzes, Lebensqualität. Der Anlass lässt keine Verhandlungen zu, was von Anfang an eine gewisse Spannung in den gesamten Kampfablauf bringt. Es genügt, über den Einsatz nachzudenken, den ein Mietstreik gegen einen Hauseigentümer darstellen würde. Dann versteht man, dass die erste notwendige Charakterisierung einer sozialen Bewegung in einer Stadt darin bestehen muss, den gesellschaftlichen Auftrag in seiner Struktur zu entwickeln, der die Basis des ganzen Vorhabens darstellt.

Von einer solchen Charakterisierung aus kann man die Besonderheiten des Prozesses begreifen. Dazu muss man den Inhalt der gesellschaftlichen Kräfte studieren, die jeweils von der Verteidigung des einen oder des anderen Pols dieses Widerspruchspaares betroffen sind. So muss man einerseits die Merkmale der Bevölkerung feststellen, die von dem Anlass (*gesellschaftliche Basis*) betroffen ist – und man muss diese Merkmale unterscheiden von denjenigen des Teils der Bevölkerung, der wirklich mobilisiert ist (*gesellschaftliche Kraft*). Andererseits erlaubt die Charakterisierung des *Gegners* – als dem Träger der Interessen, die der gesellschaftlichen Kraft entgegengesetzt sind –, die spezifischen Ergebnisse dieses Prozesses zu verstehen: Wenn z.B. die Stadt-sanierung vollkommen privat durchgeführt wird, der Gegner also ein Unternehmer ist und nicht gleichzeitig die Pariser Stadtverwaltung, so

wird die Mobilisierung für bestimmte Forderungen heftiger und wirksamer, die politische Mobilisierung aber schwieriger.

Weiterhin entpuppen sich die politisch-ideologische Ausrichtung und der Typ einer Organisation, die die Mobilisierung übernimmt, als ein bestimmendes Element der gesellschaftlichen Bewegung. Aber die Organisation ist nicht der Ursprung der Bewegung. Sie setzt an einem Anlass oder Konflikt an und beeinflusst diesen gemäß einer bestimmten Generallinie, deren impliziter oder expliziter Ausdruck sie selbst ist. Ob eine Aktion richtig ist, kann also nur gemessen werden unter Bezug auf die derzeitigen Interessen und die allgemeine Strategie der Organisation.

Auch die Art, wie eine Aktion durchgeführt wird, und die Formen des Kampfes erklären in ihrem Zusammenhang betrachtet einige der vorhandenen Lösungen der Stadtproblematik: Während z.B. die Petitionen unwirksam bleiben, die an Büros der Stadtverwaltung ohne jede Machtbefugnis gerichtet werden, zwingt die massive Opposition der Hausfrauen aber gleichzeitig – bei der Sperrung des Wassers – die Obrigkeiten, notwendige Reparaturen durchzuführen. Letzten Endes führt der gesamte Prozess sowohl zu einem stadtplanerischen Ergebnis, das sich auf die kollektiven Bedingungen des Alltagslebens bezieht, als auch zu einem *politischen Ergebnis*, das von dem – unter den gegenwärtigen Bedingungen vorhandenen – Kräfteverhältnis zwischen den sozialen Gruppen abhängig ist. Diese beiden Ergebnisse sind durch eine komplexe Dialektik miteinander verknüpft, die wir im Falle der Kämpfe gegen die Stadtsanierung feststellen konnten.

Demzufolge drückt sich die gesellschaftliche Behandlung eines durch den Widerspruch von Interessen in seiner Struktur bestimmten *Anlasses* in der Art und Weise der *Aktion* aus. Dies wird vermittelt über die konfliktuelle Dialektik zwischen der *sozialen Basis*, die durch das Eingreifen einer *Organisation* zur *gesellschaftlichen Kraft* geworden ist, und ihrem *Gegner*. Diese gesellschaftliche Behandlung des Anlasses führt zu einer gegliederten Gesamtheit von *städtischen und politischen Auswirkungen*. Städtische Sozialbewegungen sind also solche gesellschaftlichen Prozesse, die – über all ihre Vermittlungsstufen hinweg – an einem städtischen Anlass ansetzen, um von hier aus eine qualitative Veränderung der Gesellschaftsstruktur herbeizuführen. Die Beobachtung der Kämpfe in den Pariser Stadtteilen hat es uns ermöglicht, durch die Analyse der verschiedenen Bewegungen unter den verschie-

denen Umständen die Gründe für den Misserfolg der meisten Kämpfe und die Bedingungen für einige Teilerfolge herauszufinden.

Daraus ergibt sich die wesentliche Einsicht, dass eine Bewegung, die Forderungen hinsichtlich der städtischen Verhältnisse aufstellt und dabei grundsätzliche (und einander ausschließende) gesellschaftliche Interessen berührt – wie diese bei der Stadterneuerung in Paris der Fall ist –, nur dann Erfolg haben kann, wenn sie sich in eine gesellschaftliche Bewegung umwandelt; als solche kann sie sich wiederum nur herausbilden, wenn sie sich unmittelbar mit dem allgemeinen politischen Kampf verbindet. Die Grenzen dieser Kämpfe gegen die Sanierung resultieren einerseits aus der politischen Isolierung und der lokalen Begrenztheit der Aktionen, andererseits aus der unpolitischen, die Legalität wählenden Haltung. 1971 und 1972 hat sich eine andere Aktionsform immer mehr herausgebildet: die Besetzung leerer Häuser durch die Exmittierten. Es handelt sich hierbei um eine offensive Aktionsform, die das Problem der Wohnungspolitik insgesamt aufwirft. Sie kann von der Gesamtheit der Massen begriffen werden, die von der Wohnungskrise betroffen sind, und braucht nicht mehr auf einige Widerstandsgruppen beschränkt zu bleiben innerhalb einer vielfach fraktionierten Opposition gegen die riesige Sanierungsmaschinerie. Aber diese sehr spontane Bewegung muss ihrerseits von der politischen Mobilisierung unterstützt werden, soll sie nicht zum Schweigen verurteilt, isoliert und schließlich von polizeilicher Gewalt zerstört werden. Im Februar 1972 haben Tausende in Paris demonstriert und gerufen: »Wir haben das Recht, leere Wohnungen zu besetzen!« Mehr noch: Am Vorabend war ein maoistischer Arbeiter von der Werkspolizei der Renault-Werke ermordet worden, und die Demonstranten mischten unter ihre Forderungen nach Verbesserung der städtischen Verhältnisse Rufe nach Rache und revolutionäre Lieder.

So zeigt der Kampf gegen die Pariser Stadtsanierung in exemplarischer Weise die innere Struktur einer gesellschaftlichen Bewegung in den Städten; er zeigt gleichzeitig auch die Notwendigkeit, diesen Kampf mit den politischen Prozessen zu verbinden, wenn er eine weitgehende Bedeutung erlangen soll.

Für die Arbeiter und die Jugendlichen, die in den Stadtvierteln kämpfen, geht es nicht darum, für Paris zu sterben, sondern darum, ihr Leben zu verteidigen, so wie sie es schon immer im Betrieb getan haben. Sie werden es immer mehr auch in diesem tagtäglichen und unsichtbaren Aufstand gegen die Herrschaft einer Klasse versuchen.

3. Reform im städtischen Bereich und politische Aktion in den Bürgerkomitees von Montreal

Von der Sozialhilfe zum Kampf um Reformen

Vielleicht lag der lange Marsch vom Unterhalt der Bürgersteige bis zur Veränderung der Gesellschaft schon in der Freude der Bevölkerung und im guten Willen der Bürger begründet, die sich mit vereinten Kräften gegen die Mächte des Bösen und des Geldes wandten ...

Wegen alltäglicher Probleme in den Stadtvierteln sind seit 1963 in Quebec und vor allem in Montreal *Bürgerkomitees* entstanden. Zu Beginn waren sie der wirkliche Ausdruck dieser eigenartigen und leidenschaftlichen Bevölkerung, die in Quebec zu finden ist. Diese Bevölkerung schöpft ihre Ansichten aus einer alten christlichen Gemeinschaftsvorstellung und aus der politischen Naivität des nord-amerikanischen Liberalismus, aus der Fähigkeit zur sozialen Anteilnahme und zur Mobilisierung von »anständigen Leuten«, wenn sie mit offensichtlichen Ungerechtigkeiten konfrontiert werden.

Folgendes sind die tatsächlichen historischen Wurzeln einer der wichtigsten Bewegungen der letzten Jahre im Bereich der Stadtteilkämpfe: armselige und verfallene Stadtviertel, Sozialarbeiter im Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Krankheit und der Mangel an öffentlichen Einrichtungen – alles als Folge der liberalen Politik des »Laissez-faire«. Sozialarbeiter, die von der Stadt Montreal (Rat für öffentliche Aufgaben) bezahlt werden, damit sie sich als Bedürfnis-Manipulatoren betätigen, versuchen zum Ursprung der Probleme zu gelangen. Einige Mitglieder der »Gemeinschaft junger Kanadier«, einem Organ der öffentlichen Fürsorge auf Landesebene, gelangen Schritt für Schritt von der institutionellen Hilfeleistung zu politischem Bewusstsein ...

Die ganze Inszenierung einer groß angelegten Weihnachtserzählung stand bereits fest, sogar mit Schnee. Aber die Entwicklung der Forderungen nach Reformen im Stadtbereich war Teil eines Gesamtprozesses: Verschärfung der strukturellen Widersprüche, Auftauchen

gesellschaftlicher Bewegungen nach der »Stillen Revolution«¹⁰ in Quebec, Übergang zu einer neuen Phase der ökonomischen Entwicklung, die durch die verstärkte Einbeziehung Quebecs in den Einflussbereich nordamerikanischer Konzerne gekennzeichnet ist. Aus diesen Gründen beginnen die Bürgerkomitees, sich in ihrer Praxis verschiedenen neuen Widersprüchen zu widersetzen:

- Die Krise des Quebecer Kleinbürgertums und seine politische Radikalisierung, die sich in der Entwicklung der nationalistischen Unabhängigkeitsbewegung mit all ihren Schattierungen ausdrückt. Das geht vom individuellen Terror bis zur proamerikanischen Separatistenbewegung unter der Führung der großen »Partei von Quebec«, die verschiedene bürgerliche und kleinbürgerliche Gruppierungen aufgesogen hatte, die im Zuge des erwachenden Nationalismus entstanden waren.
- Die wachsende Politisierung der Studenten und die Entstehung von nationalistischen und Marxismus-freundlichen Strömungen bei ihnen. So wie ihre zahlenmäßige Bedeutung wächst, verschlechtern sich ihre beruflichen Möglichkeiten.
- Der »Links-Ruck« der Gewerkschaften von Quebec, vor allem der ehemaligen christlichen Gewerkschaft C.S.N.,¹¹ aber auch der F.T.Q.¹² Das war gleichzeitig die Folge einer allgemeinen politischen Krise und einer stagnierenden Wirtschaft, was eine wachsende Arbeitslosigkeit zur Folge hatte. Diese Entwicklung stellt sich direkt bei der C.S.N. dar. Dort wurde im Bereich der Konsumtion und des Lebensstandards eine »zweite Front« eröffnet, indem man die Zahl der ständig politisch Aktiven erhöhte und sie mit dem mächtigen Ge-

¹⁰ Mit dem Ausdruck »Stille Revolution« wurde der Wahlsieg bezeichnet, den 1960 die »Liberale Partei«, die die Interessen des anglo-amerikanischen Bürgertums vertritt, über die »Union nationale« errang. Die »Union nationale« ist die Partei des Diktators Duplessis, der mit Unterstützung der ländlichen Bevölkerung, des Kleinbürgertums, Quebec an die amerikanischen Bergbaugesellschaften ausgeliefert hatte. Wir verweisen auf den Text von Luc Racine und Roch Denis, »La conjoncture politique québécoise depuis 1960« (»Die politischen Verhältnisse in Quebec seit 1960«), der im »Socialisme québécois« Nr. 21/22, Montreal, April 1971, erschienen ist.

¹¹ Confédération des syndicats nationaux – der nationale Gewerkschaftsbund; A.d.Ü.

¹² Fédération des travailleurs de Québec – der Arbeiterverein von Quebec, Landesverband Quebec der A.F.L./C.I.O. – American Federation of Labour/Congress of Industrial Organisations – Amerikanischer Arbeiterverein/Kongress der Industrieorganisationen (Dachverband der Gewerkschaften der USA); A.d.Ü.

werkschaftsapparat unterstützte. Das erlaubte erstmals das Auftreten politisierter Arbeiter-Aktivisten in Quebec, die sich nicht an die Spielregeln des Wahlmechanismus hielten.

An dieser allgemeinen Bewegung waren auch die Bürgerkomitees beteiligt. Sie gingen von Hilfeleistungen zu Forderungen über. In ihrer Zusammensetzung (es gab immer mehr politisierte Studenten, die »unter das Volk« gehen wollten) und hinsichtlich ihrer Zielrichtung veränderten sich die Kader in fortschrittlicher Weise: Die Politik schien ihnen die logische Fortsetzung der vereinzelt Kämpfe in den Stadtteilen zu sein.

Dieses Aufflackern hat prompt eine Bewegung zur »Koordinierung der Erfahrungen« entstehen lassen: Am 19. Mai 1968 haben sich die Vertreter von etwa 20 Bürgerkomitees aus ganz Quebec in Montreal getroffen und den Prozess eingeleitet, von lokalen Forderungen zu einer Verallgemeinerung und Politisierung ihrer Aktion überzugehen. Die gleiche Tendenz trat auch bei den Kämpfen zutage: Die Kampagne der Bewohner des Stadtteils Petite-Bourgogne gegen die Stadtsanierung, durch die sie, ohne angemessene Ersatzwohnungen zu erhalten, vertrieben wurden, führte Anfang 1969 zu einem ungeheuren Krawall, als der kanadische Premierminister das Sanierungsgebiet besuchte.

Der Skandal der Stadt Montreal

Diese Verhärtung wurde nicht nur durch die wachsenden sozialen Spannungen in Quebec bedingt, sondern vor allem auch durch die Bedingungen, denen die Forderungen im städtischen Bereich von Montreal unterlagen. Die Wohnsituation und diejenige der Gemeinschaftseinrichtungen verschlechterten sich allgemein: Mehr als ein Viertel der städtischen Wohnungen waren Bruchbuden und ein Drittel der Familien wohnten in Notunterkünften. 75% der Einwohner von Montreal waren Mieter; in Toronto betrug der Anteil nur 33%. Diese Mieter mussten aber 25% ihres Haushaltseinkommens für die Wohnung aufbringen. Das ist einer der höchsten Sätze in der Welt. Bei diesem Stand der Dinge gab es nicht nur fast keinen sozialen Wohnungsbau (die Ausgaben für Wohnungen machten 0,4% des städtischen Haushalts aus), sondern man riss auch jedes Jahr 2.000 Wohnungen ersatzlos ab. Stattdessen förderte man die Projekte der Stadtsanierung und

den Bau von Luxuswohnungen. Zudem gibt es keine Gesundheitsfürsorge in den Unterschichts-Vierteln von Montreal und nur 10% der Schulkinder sind ausreichend medizinisch versorgt (die Ausgaben für das Gesundheitswesen machen 1,5% des städtischen Haushalts aus). Auf dem Gebiet des Verkehrswesens begegnet man im Allgemeinen einem völligen Desinteresse. Man begünstigt das Auto, während der Start des U-Bahn-Baus eine Prestigemaßnahme ohne Erweiterung des Bahnnetzes blieb; die Tarife stiegen in zwei Jahren um 66%.

Auf der anderen Seite verfolgte die Stadtverwaltung eine großsprecherische Politik mit der Errichtung von Prestigeprojekten und mit Organisierung der Weltausstellung von 1967, beides in direkter Zusammenarbeit mit den großen Finanzierungsgesellschaften. Die Stadtverwaltung von Montreal, seit Langem unmittelbar durch den Lokalboss Jean Drapeau und seine »Bürgerpartei« (eine schlichte Wählerclique im Dienste ihres Chefs) kontrolliert, war zu einem rein technischen Ausführungsorgan der Interessen des Montrealer Großbürgertums verkommen. Es gab im Stadtrat keine Möglichkeit zur Opposition, und die Verwaltung betrieb eine terroristische Unterdrückungspolitik gegenüber den schwachen Versuchen einer Mobilisierung in den Stadtteilen. So kommt es, dass das städtische Exekutivkomitee die Landesorganisation für Sozialfürsorge, die »Gemeinschaft junger Kanadier«, als ein Instrument zur revolutionären Unterwanderung denunzieren kann.

Ein Politisierungsvorgang in der Stadt: Die F.R.A.P. und ihre Zwiespältigkeit

Eine solche Haltung des systematischen Desinteresses förderte trotz einiger Maßnahmen mit bevormundendem Charakter (z.B. die Einrichtung einer Sportbetreuung für Kinder aus den ärmlichen Vierteln) die Radikalisierung der Bürgerkomitees in einem Maße, das Verhandlungen unmöglich machte. Von einem sehr niedrigen Politisierungsgrad ausgehend, begannen schließlich die Bewohner der ärmlichen Viertel, die energischer werdenden Standpunkte der »Gemeinwesenarbeiter« zu unterstützen und Mittel zur *Erzwingung* ihrer Forderungen in Betracht zu ziehen. Aber als der Einsatz gewagt wurde (völlige Veränderung der gesamten Stadtpolitik bezüglich der gemeinschaftlichen Kon-

sumption), fehlten ihnen die notwendigen Mittel zur Stärkung ihrer Position gegenüber den Finanzierungsinteressen und dem bürokratischen Apparat der Stadt. So kam der Gedanke auf, mittels einer breiten Mobilisierung auf Landesebene und einer gesellschaftlichen Agitation Ende 1969 die Verflechtung der Bürgerkomitees zu verstärken und die Stadtteilkämpfe ins Feld der Kommunalpolitik hinein auszudehnen. Nun nahten aber die Kommunalwahlen: Sie waren für den Herbst 1970 angesetzt und boten die Gelegenheit, eine Kampagne zu starten, die den Zweck hatte, die bis dahin zersplittert geführten Kämpfe einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen. Die Gelegenheit war schon deshalb günstig, weil die Gewerkschaftsorganisationen, die diesen Komitees zunächst misstrauten, da sie sich zu oft an das Lumpenproletariat wandten, sich entschlossen hatten, ihrer Politik der zweiten Front eine wirklich gegliederte Struktur zu verleihen. Außerdem fanden sie an der Arbeitsteilung zwischen der Produktionsseite und der Seite der Konsumtion und Politik Gefallen, was, abgesehen von einigen »linken« Anwandlungen, nicht ihrem traditionellen Einsatzfeld entsprach. So wurde 1970 auf der Basis eines Zusammenschlusses der wichtigsten Bürgerkomitees und der politisch Aktiven aus den Gewerkschaften die F.R.A.P.¹³ gegründet. Von Anfang an war eine grundlegende Zweideutigkeit bei mehreren gesellschaftspolitischen Projekten vorhanden:

- Aus der Sicht der gesellschaftlichen Basis der Bürgerkomitees und einer gewissen Anzahl der Gemeinwesenarbeiter handelte es sich darum, ein Werkzeug zu erhalten, mit dem man durch dauernden Druck auf die Verwaltung Forderungen durchsetzen konnte.
- Aus der Sicht der Gewerkschaften war die F.R.A.P. gleichzeitig der Beginn einer Gewerkschaftsbewegung im Konsumtionsbereich und ein Versuch zur Bildung einer Arbeiterpartei, die der institutionelle Ausdruck der spezifischen Interessen der Lohnabhängigen sein sollte.
- Aus der Sicht einiger Aktivisten, vor allem der Studenten und einer Minderheit der Mitglieder der Bürgerkomitees, sollte die F.R.A.P. die Möglichkeit bieten, eine Massenbewegung zu schaffen, in deren Schoß sich eine vom kleinbürgerlichen Nationalismus befreite revolutionäre Strömung bilden und entwickeln könnte.

¹³ Front d'action politique – Politische Aktionsfront; A.d.Ü.

Die sicherlich allen bekannten Zwiespältigkeiten drückten sich unmittelbar in den Zielen und im Verlauf der Wahlkampagne aus. Für die erste Richtung ging es darum, einen Wahlerfolg zu erringen und im Aufwind der Fortschritte der Separatisten bei den Landeswahlen 1970 einige Kandidaten durchzubringen. Für die stärker Politisierten lag das Ziel vor allem darin, von der Kampagne zu profitieren und eine politisch-ideologische Agitation zu entfalten, die die »Frevel« des Alltags auf die strukturelle Logik des Kapitalismus zurückführt. Alle politischen Parteien in Quebec sind notwendigerweise von dieser Logik abhängig, da es eben bürgerliche Parteien sind. Das Wahlprogramm der F.R.A.P.¹⁴ drückte diese doppelte Tendenz aus: Es wurde eine scharfe Anklageschrift über die Lebensbedingungen in den Stadtteilen von Montreal verfasst, die die Abhängigkeiten von den Ausbeutungsmechanismen gut herausstellte, um dann aber geeignete Hilfsmittel vorzuschlagen ... ausgehend von einem neuen Stadtverwaltungsprogramm! Auch die Organisationsstruktur wies einen Doppelaspekt auf: Sie war von den politischen Aktionskomitees (C.A.P.)¹⁵ auf Stadtbasis gegründet worden und erweiterte sowohl die gebietsbedingten Richtungen als auch die Tendenzen, die auf unmittelbare Forderungen der Bürgerkomitees gerichtet waren. Gleichzeitig baute man einen zentralen Apparat mit mehreren Kommissionen und einem ständigen Sekretariat auf, das einige zentrale politische Vorstöße koordinieren und auslösen sollte. Eine entsprechende Kluft zwischen diesen beiden Ebenen und eine dauernde Spannung zwischen dem Sekretariat und der lokalen C.A.P. weisen, solange die F.R.A.P. bestand, auf das zerbrechliche Gleichgewicht zwischen voneinander abweichenden bzw. einander direkt widersprechenden Forderungen.

Aber aufgrund der Praxis gab es in der ersten Phase des Fußfassens eine Übereinstimmung zwischen den verschiedenen Tendenzen. Es wurde notwendig, eine wirkliche Volksbewegung aufzubauen, die sowohl hinsichtlich der Forderungen als auch in politischen Dingen von einem niedrigen Bewusstseinsstand ausgehen musste, obwohl die in den Stadtvierteln geführten Kämpfe zeitweilig sehr heftig waren: der Kampf gegen die Sanierung von Milton Parc, die von privaten Immobiliengesellschaften ausging, die Forderung, in Saint-Henri ein Kran-

¹⁴ Vgl. die Schrift »Les salariés au pouvoir«, F.R.A.P., Montreal 1970 (»Die Lohnabhängigen an die Macht«).

¹⁵ Comité d'action politique; A.d.Ü.

kenhaus zu bauen, der Kampf für ein Gemeinschaftszentrum in Maisonneuve usw.

Die politische Krise in Quebec und die Volksbewegung

Nun veränderte aber die schwere politische Krise, die Quebec im Herbst 1970 erfasste, völlig die Eingriffsmöglichkeiten in die Wahl und zwang die F.R.A.P., sich offen gegen die bestehende Gesellschaftsordnung zu bekennen.¹⁶ Der Bürgermeister Drapeau hielt im Fernsehen eine Ansprache, in der er eine bedrohliche Situation heraufbeschwor, »in der das Blut in Strömen durch die Straßen fließen würde«, falls die F.R.A.P. die Wahl gewinnen sollte. Während der Wahlkampagne folgten Polizeiwagen den Kandidaten bei ihren Hausbesuchen in den Stadtvierteln. In einem solchen Klima des Terrors führten die Wahlen schließlich zum Zusammenbruch der F.R.A.P., die in den Gebieten, in denen sie Kandidaten aufgestellt hatte, im Durchschnitt nur 17% der Stimmen erhielt. Außer in zwei oder drei Stadtvierteln – vor allem in Saint-Jacques, wo es schon seit Langem eine Sozialhilfe gab – wurde die Unterstützung der F.R.A.P. durch die Bevölkerung durch die plötzliche Politisierung des Einsatzes zerfasert. Man war in die eigene Falle gegangen: Stadtverwaltung im Interesse der braven Bürger. Die F.R.A.P. war unfähig, mit andersartigen politischen Argumenten zurückzuschlagen und musste zusehen, wie sich binnen weniger Tage die organisatorische Arbeit für die Wahlen ebenso auflöste wie die objektive Basis einer gemeinsamen, aber unterschiedlich ausgerichteten Kampffront.

¹⁶ Rufen wir uns die großen Züge dieser Krise ins Gedächtnis: Mitglieder der F.L.Q. (»Front de Libération du Québec« – »Befreiungsfront von Quebec« – separatistische Bewegung; A.d.Ü.) entführten einen englischen Beamten und einen Minister des Landes Quebec, um politische Gefangene zu befreien. Infolge der starren Haltung der Verwaltung wurde der Arbeitsminister hingerichtet, über Quebec wurde der Kriegszustand verhängt. Die Armee besetzte Montreal. Hunderte von Personen wurden verhaftet, alle Bevölkerungsorganisationen zerschlagen und die Pressezensur eingeführt. Der Bürgermeister von Montreal nutzte die Krise, um die F.R.A.P. der Unterstützung der Befreiungsfront von Quebec zu bezichtigen. Nach einer Manipulationskampagne erzielte er einen »triumphalen Wahlerfolg« (vgl. »Québec occupé« – »Die Besetzung von Quebec« – Parti prix, Montreal 1971, 246 5.).

Die Krise innerhalb der F.R.A.P. nach der Wahlniederlage war schwer: Der Präsident (der ja ein Vertreter der Arbeitergewerkschaft war) legte sein Amt aus Protest gegen eine als »linksradikal« verurteilte Politisierung nieder. Die verschiedenen Komitees der Stadtteile stellten ihre Tätigkeit ein, ohne zu wissen, an welche allgemeine Zielrichtung man sich halten sollte. Das Sekretariat verbrachte seine Zeit mit der Suche nach organisatorischen Kompromissen, die den zerbrechlichen Apparat zusammenhalten sollten. Mit den grundlegenden politischen Problemen beschäftigte es sich aber ebenfalls nicht. So ging die F.R.A.P. auf Sparflamme, und man musste den »Neuorientierungskongress« im März 1971 abwarten, um klarer zu sehen und neue Aktionen zu beschließen.

Auch wenn man die Wahlniederlage noch durch das unglückliche Zusammentreffen repressiver Umstände erklären kann, so ist es weniger einfach zu verstehen, warum eigentlich die Organisation selbst betroffen wurde, da doch niemand wirklich ernsthaft mit der tatsächlichen Machtübernahme in der Stadt gerechnet hatte.¹⁷ Wenn es also zu einer Krise innerhalb der F.R.A.P., zwischen den Komitees und den Massen in den Stadtteilen kam, so hängt das mit der schon zu Beginn zwiespältigen Strategie der F.R.A.P. zusammen. Die Frage war, ob die stadtplanerischen Forderungen und die Wahlplattform nun als politisches Mittel zur Agitation benutzt werden sollten oder das Ziel an sich darstellten. Dieser politische Opportunismus schlug nun von dem Augenblick an auf die Komitees zurück, als die allgemeinen politischen Verhältnisse Fragen auslösten, denen man nicht ausweichen konnte. Es scheint tatsächlich so zu sein, dass der *direkte* Ausdruck stadtplanerischer Forderungen auf politischem Gebiet in eine Art »Konsumptionssyndikalismus« (»trade-unionisme de la consommation«) mündet, wenn keine qualitative Umwandlung dieser Forderungen in Zielpunkte eines wirklich politischen Kampfes erfolgt. Manchmal kommt es sogar zu echten Initiativgruppen (»pressure-groups«), die aber nur dann Erfolgchancen haben, wenn sie sich voll auf Organisationen und Kader stützen können, die unmittelbar auf die Verteidigung von Gemeinschaftseinrichtungen bezogen sind. Die Verbindung zwischen stadtplanerischen Forderungen und politischem Kampf entsteht nicht von selbst: Es bedarf eines organisierten Eingriffs, der beides mit der

¹⁷ Vgl. den ausgezeichneten Text von Emilio de Ipda, »Le F.R.A.P. devant la crise«, in »Québec occupé«, Montreal 1971 (»Die F.R.A.P. in der Krise«).

politischen Praxis der Massen zu verbinden versteht. Praktisch aber wurde in den Bürgerkomitees keine Verbindung zwischen den Bereichen »Stadt« und »Politik« hergestellt. Diese Verbindung wurde durch den Aufbau der F.R.A.P. zwar ausgedrückt, aber diese Organisation fasste die stadtplanerischen Forderungen nur unter einem politischen Programm zusammen, ohne sie mit einer Strategie der Machtübernahme zu verknüpfen. Tatsächlich bestand das gesteckte Ziel im Aufbau einer legalen Vertretung, mit der man Druck ausüben konnte, damit die »alltäglichen konkreten Probleme« gelöst würden. Das »Städtische« – wenn man es als Forderung auf gesetzmäßiger politischer Ebene und nicht als Ansatzpunkt zur Politisierung der Massen versteht – bildet die objektive Grundlage zur Sammlung einer Initiativgruppe, die innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung bessere Lebensbedingungen für die Unterprivilegierten erreichen will. Allein an dieser Perspektive, die auch der Entwicklung der F.R.A.P. entsprach, liegt es, dass die Kommunalpolitik zu einem bestimmenden Thema wird. Das steht wohlgernekt im Widerspruch zur subjektiven Meinung und zur Ideologie der aktivsten Kader. Sie hatten in den letzten Jahren im Gefolge der heftigen Kämpfe der Bevölkerung einen Prozess der Radikalisierung durchgemacht. Also versuchten sie, sich auf diesem Wege eine Basis in der Bevölkerung zu sichern, auf der man eine links-extreme, auf die Arbeiterklasse ausgerichtete Bewegung hätte aufbauen können. In dem Maße, als die F.R.A.P. durch die Krise gezwungen wurde, statt kurzfristiger Ziele eine Strategie zu entwickeln, brach der Konflikt aus. Er bestand nicht nur zwischen den verschiedenen Richtungen der Organisation selbst, sondern auch hinsichtlich unterschiedlicher Praktiken im Stadtteilkampf. Infolgedessen stellte sich das Problem, wie man den Kampf in den Städten und den politischen Kampf miteinander verbinden oder voneinander trennen könnte. Angesichts des Standes der Mobilisierung und der durch die Massen in den Stadtteilen erreichten Machtverhältnisse stellte sich zudem die Frage, welche Wirkung das Übergewicht einer Aktion über eine andere haben würde.

Zwischen Barmherzigkeit und Ideologie

Gezwungen, die politische Aktion als Ziel der sozialen Klasse zu bestimmen, gab es bei den politischen Aktionskomitees und den Bürgerräten gegensätzliche Reaktionen: Einerseits auf Früheres zurückkommen, sich hinter den unmittelbaren Zielen verschanzen, die Lebensbedingungen in den Stadtvierteln verteidigen, und dass alles in wirksamer Weise – andererseits einen Sprung nach vorn machen, eine langfristige revolutionäre Arbeit frei von Zwiespältigkeit aufnehmen und zu diesem Zweck eine gründliche Kampagne zur ideologischen Schulung einleiten. Die beste Veranschaulichung der ersten Richtung zeigt die Entwicklung des C.A.P. Sainte-Anne, diejenige der zweiten das Komitee des Stadtteils St.-Jacques. Es scheint uns nützlich zu sein, ihre Praktiken zu analysieren insofern beide für die Dialektik zwischen dem Problem Stadt und dem Problem Politik stehen.

Das C.A.P. von Sainte-Anne hatte als hauptsächliches Einsatzgebiet ein altes Kleine-Leute-Viertel am Sankt-Lorenz-Strom (die »Pointe Saint-Charles«), das in außerordentlich hohem Maße von Empfängern von Sozialunterstützung (40%) und saisonalen Arbeitslosen (20%) bewohnt war, die in wahren Bruchbuden hausten. Es war schon immer ein von der Sozialhilfe »bevorzugtes« Gebiet: Hier wucherten alle möglichen Komitees (für Wohnungen, Dienstleistungseinrichtungen, Gesundheit). Für die Organisation C.A.P. war das Feld gut vorbereitet. Auch die Wahlergebnisse waren nicht ganz so enttäuschend. Aber nach der »Krise« sind die Aktiven bei Gemeinschaftsaktionen des Stadtteils nicht mehr so willkommen und müssen sich an unverständlichen und völlig unpolitischen Initiativen beteiligen: als lokaler Transmissionsriemen der öffentlichen Hilfsorganisationen, Kreditinstitute, Produktionsgenossenschaften, usw. Die Aktiven versuchen, das Feld zu behaupten, aber bald wird der Gegensatz offenbar zwischen den »Leuten aus dem Viertel«, die sich einzig und allein mit dem Problem der Versorgung beschäftigen, und den »auswärtigen« Aktiven¹⁸ (die oft nur einen Kilometer entfernt wohnen), die vor allem versuchen, jede Aktion zu politisieren. Diese Spaltung überschneidet sich mit derjenigen zwischen der alten Basis des Bürgerkomitees und den politisch Aktiven,

¹⁸ Es dürfte klar sein, dass der Begriff »Auswärtigkeit« die Klassenherkunft betrifft.

Anteil des Bundeshaushaltes für den Umweltschutz

Jahr	Haushaltsanteil in %
1965	2,3
1966	2,2
1967	2,0
1968	1,9
1969	1,9
1970	1,8

Quelle: Barry WEISBERG, »The Politics of Ecology« (»Umweltschutzpolitik«), Liberation Magazine, Januar 1970.

die direkt mit der F.R.A.P. verbunden sind. Unter diesen Bedingungen kommt es zu keiner einzigen dauerhaften und selbstständigen Aktion: Das C.A.P. widmet sich ganz der Thesendiskussion, der Vorbereitung des F.R.A.P.-Kongresses, danach der Diskussion neuer Richtlinien ... Nach einjähriger Arbeit führt das zum völligen Zerfall des Komitees und zu seinem Verschwinden. Dennoch bestehen einige Bürgerkomitees fort und führen als »Initiativgruppen der Armen« den täglichen Kleinkrieg weiter.

In einer vom C.A.P. Sainte-Anne verfassten Analyse heißt es: »Der Misserfolg ist auf das Problem des Übergangs von ungegliederten, extrem zweckgebundene Ziele verfolgenden Bürgerkomitees zu einer stärker strukturierten, breiteren und eher politische Ziele verfolgenden Organisation der Werktätigen zurückzuführen.« Wenn dem so wäre, dann müsste man sich fragen, warum dieser Übergang nicht bis zur Verbindung der beiden für jeden Mobilisierungsprozess wichtigen Elemente (Aktive und Stadtteilbevölkerung) gefestigt werden konnte. Bei der Antwort muss man wohl differenzieren: Einerseits ist die gesellschaftliche Basis – das Subproletariat – ein beliebtes Einsatzfeld für die mildtätigen Unternehmungen; sie muss einen sehr langen Weg antreten, der von der täglichen Unterdrückung zum politischen Bewusstsein führt. Andererseits war man bei der Aufstellung von Forderungen, die in den Rahmen der sozialen Fürsorge passten, nie den Machtverhältnissen auf den Grund gegangen, was teilweise eine Folge der besonderen Merkmale des Stadtteils war. Letztlich scheint dem C.A.P. (das von früheren Sozialarbeitern geleitet wurde) eine Masselinie gefehlt zu haben: Es schwankte zwischen Forderungen, an denen man festhielt und die nicht diskutiert wurden, weil sie ganz einfach

»von den Leuten kamen« – und dem Verbannen jeder nicht unmittelbar politischen Aktion ins zweite Glied. Also blieben an der »Pointe Saint-Charles« die braven Bürger unter sich, während die verbliebenen Aktivisten versuchten, ein allgemeines Koordinationsorgan (den Rat des Viertels) ins Leben zu rufen, um »einen Transmissionsriemen zwischen den Bürgerkomitees und einer stärker strukturierten Arbeiterorganisation« bereitzuhaben ... wenn eines Tages diese Organisation Wirklichkeit werden sollte ...

Im Stadtteil Saint-Jacques liegen die gleichen sozialen Merkmale vor (40% Arbeitslose), und die Problematik ist mit der in Pointe Saint-Charles identisch. Aber die sich daraus ergebenden Leitlinien und die politische Praxis sind grundsätzlich verschieden. Zu Beginn findet man beim C.A.P. Saint-Jacques soziale Fürsorgemaßnahmen von solcher Sachlichkeit, dass sie hier sogar besonders wirksam werden: Zunächst baut man eine Genossenschaft auf, dann eine von den Bürgern tatsächlich selbst verwaltete Stadtteilklinik. Das Komitee konnte so die Wertschätzung breiter Teile der Bevölkerung erlangen, was ihm einen verhältnismäßigen Wahlerfolg (fast 30% der Stimmen) und eine Menge von recht wichtigen örtlichen Aktiven brachte. Das C.A.P. Saint-Jacques – weitaus politisierter als die anderen Aktionskomitees der »Politischen Aktionsfront«, schon länger bestehend und von den christlichen Sozialarbeitern weniger beeinflusst – wird zum politischen Gewissen der F.R.A.P. (manche nannten es das »schlechte Gewissen«). Es sieht in der Krise von 1970 das schlagende Beispiel für die Schwäche eines politisch nicht definierten Standpunktes. Da es die Notwendigkeit einer festen marxistischen Linie und folglich von organisierten Aktivisten betonte, entschied das C.A.P., alle seine Kräfte auf die Bildung eines »mehr qualitativen als quantitativen« Kerns zu konzentrieren. Damit bereitete es in Bezug auf Linie und Organisation eine wirkliche revolutionäre Partei vor, deren Hauptarbeit auf die Arbeiterklasse ausgerichtet ist. Es ging also darum, die örtliche Basis, die man durch die Praxis der Reformforderungen im Stadtteil gewonnen hatte, zu nutzen, um einen Kern aktiver Vorkämpfer heranzubilden. Unter diesen Umständen versteht man die beiden Hauptforderungen des C.A.P. Saint-Jacques an die »Politische Aktionsfront«: volle Autonomie der Basiskomitees, denn das Sekretariat wurde als treibendes Element einer sozialdemokratischen Linie angesehen; Verlagerung des Akzentes auf die Organisation von Aktivisten und auf die Förderung

der ideologischen Propaganda, weil man die zurückgelegte Etappe nur als Vorbereitungsphase auffasste. So wurde das C.A.P. Saint-Jacques zu einem ideologischen Kern, der einerseits auch in der konkreten Untersuchungs- und Propagandaarbeit sehr stabil und dynamisch war, andererseits aber die Forderungen nach Verbesserungen in den Städten in dem Maße aus seiner Praxis ausklammerte, als er seine Kräfte auf den Hauptwiderspruch (den Arbeiterkampf) und auf den wichtigsten Aspekt dieses Widerspruchs konzentrieren musste (auf die Bildung einer ideologischen, vom Komitee Saint-Jacques ausgehenden Avantgarde für die gesamte Bevölkerung von Quebec).

Die Verbindung zwischen dem Kampf in den Städten und dem politischen Kampf

Die beiden Erfahrungen mündeten auf unterschiedlichen Wegen in eine Negation des Ausgangsprojektes der F.R.A.P.: der Gründung einer Volkspartei, die von lokalen Erfahrungen mit dem Kampf in den Städten ausgeht. Es versteht sich also von selbst, dass sich die anderen Basiskomitees zu dieser Problematik äußern mussten und dass einige von ihnen versuchten, zu einer zugleich reformerischen und politischen Praxis zurückzukehren, die beide Aspekte aus der täglichen Erfahrung ableitet. Dieser Versuch war mit besonders großem Einsatz in zwei anderen lehrreichen Ansätzen unternommen worden.

Das sehr stark politisierte C.A.P. von »Côte-de-Neiges«, das aber über keine Erfahrungen aus der Arbeit in Bürgerkomitees verfügte (es setzte sich im Wesentlichen aus Studenten und Professoren der Universität Montreal zusammen), dieses C.A.P. befasste sich mit einem sehr kleinbürgerlichen Stadtviertel. Es versuchte, am dort vorhandenen Bewusstseinsstand anzuknüpfen, ohne den Mut zu verlieren und ohne das langfristige Ziel für früher erreichbar zu halten als nach dem Ende einer sehr konkreten Reformkampagne. Zwei »Schlachten« wurden geschlagen: Die Wahl der Themen war ganz auf die sozialen Besonderheiten der Bevölkerung zugeschnitten. Da war zunächst die Demokratisierung der Leitung einer Sparkasse; später ging es darum, zum ersten Mal in diesem Stadtviertel einen Mieterverein auf die Beine zu stellen. Man musste aber einsehen, dass zwischen der revolutionären Absicht der Aktivisten und den Vorstößen der Hauptversammlung, mit

denen die Rechte der Aktionäre bezüglich der Verwaltung ihrer persönlichen Ersparnisse vertreten werden sollten, eine zu große Kluft bestand, als dass eine Verbindung hätte hergestellt werden können. Ebenso brachte die Absicht, für den Mieterverein nützlich und erfolgreich zu sein, das C.A.P. dazu, sich viel Mühe mit der Organisation eines außerordentlich schwerfälligen Verwaltungsdienstes zu geben. Er funktionierte wie ein richtiges Schiedsgericht, und zwar vor allem mithilfe eines telefonischen Beratungsdienstes. Nachdem das Komitee sich mit Erfolg einiges Gehör verschafft und ein paar Dutzend Mieter zusammengesammelt hatte, lehnten diese (»das Volk«) es ab, den Verein selbst in die Hand zu nehmen oder auch nur Vertreter für das Büro zu wählen: Wozu sollte das gut sein, wo doch diese jungen Leute die (kostenlosen!) Dienstleistungen so fachmännisch erledigten? ... Die Enttäuschung des C.A.P. von Côte-de-Neiges führte zur Selbstkritik: Es wäre notwendig gewesen, von Anfang an jeden Eingriff zu politisieren, ohne dabei die vorliegenden konkreten Probleme zu vernachlässigen. Das Arbeitskomitee aber hing aufgrund seiner örtlichen Basis, einer kleinbürgerlichen Schicht von ansteigender Mobilität, in der Luft. Der neue Arbeitsstil beinhaltete den Abbau örtlicher Bindungen und den Vorstoß in Richtung auf eine zentrale Koordinierung bei der F.R.A.P. Der einstweilige Misserfolg führte schließlich zu einem Grundsatzbeschluss: Man hätte den Kampf durch Vorstöße verbinden sollen, die zwar als Strategie vereinheitlicht, sonst aber immer nach Ort und Thematik den *jeweiligen Umständen angepasst* sind.

Eine derartige Situation entstand tatsächlich im Verlauf der vom C.A.P. des Stadtviertels Hochelaga-Maisonneuve geleiteten Mobilisierung gegen das Projekt einer Ost-West-Autobahn, das den Abriss von mehreren Tausend Wohnungen erfordern würde. Dort waren alle Voraussetzungen vorhanden, die zu der so angestrebten Verbindung der Kämpfe hätten führen können. Das Gebiet wird in der Mehrzahl von Arbeitern bewohnt, von denen viele gewerkschaftlich organisiert sind. Es handelt sich also um ein dynamisches »Volksviertel«. Bereits seit Langem bestand ein Bürgerkomitee, das sich anlässlich einer langen und harten Schlacht um die Errichtung eines Gemeinschaftszentrums weithin Gehör verschafft hatte, ein Projekt, das auf die Ablehnung der Verwaltung stieß. Die Bewohner waren also gesellschaftlich mobil und auch vor der sozialen Bevormundung durch die städtischen Behörden gewarnt.

Auch der Anlass selbst war exemplarisch, auf den das Komitee angesetzt war. Er betraf ganz konkret die Bevölkerung (Häuserabriss, einschneidende Veränderungen des Stadtviertels, Lärm und Luftverschmutzung in weiten Teilen der Stadt). Es kam zu sehr raffinierten finanziellen Absprachen zwischen der Landesregierung von Quebec und der kanadischen Bundesregierung, als es um die vorgesehene Verkehrsachse ging, die nur im Rahmen einer städtischen Planung sinnvoll war, die gezielt den öffentlichen Verkehr vernachlässigte. Die Anfang 1971 gestartete Kampagne wurde sowohl im Stadtviertel als auch in ganz Montreal mit großer Ernsthaftigkeit geführt. Es wurde eine Organisationsfront gebildet, die Gewerkschaften und Organisationen der Bevölkerung einschloss und bei der Quebecker Partei im Landesparlament Unterstützung fand. Informationsbroschüren wurden verteilt, Versammlungen abgehalten. In einer von-Haus-zu-Haus-Aktion wurde von Tausenden von Personen eine Petition unterschrieben. Massendemonstrationen wurden organisiert, eine davon als Autokorso entlang der vorgesehenen Autobahntrasse.

Doch das Projekt wurde weiterverfolgt, die Unterstützung nahm ab, die Bevölkerung des Stadtviertels wurde der Sache leid: Schließlich stand das Komitee allein da und konnte sich nur noch schwer gegen den ungeheuren finanziellen und politischen Apparat wehren, der den »Sachzwängen des städtischen Verkehrswesens« unterlag. Obwohl man unbeirrt an den Reform-Parolen festhielt, musste man doch den völligen Misserfolg der Kampagne einsehen, als sich schließlich die Maschinen wieder in Bewegung setzten. Wie kommt es zu einem solchen Ende, obwohl doch alle Bedingungen vorhanden waren, die oben aufgezählt worden sind? Gerade wegen der Bedeutung des Anlasses! Wenn es auch völlig richtig war, einen Kampf zu beginnen, der angesichts der mächtigen Interessen notwendigerweise *von der Durchsetzung lokaler Forderungen zum politischen Kampf führen musste*, so hätte man auch die Mittel dazu gebraucht. Aber nur das Komitee (und damit die F.R.A.P.) war – über eine mehr oder minder ehrerbietige Opposition hinaus – zum Kampf bereit. Die innere Krise richtete die F.R.A.P. zugrunde. Die verschiedenen Richtungen einerseits und die Ziele der Sozialhilfe andererseits führten zur Zersplitterung. Damit wirkte sich die Ohnmacht der zentralen Organisation, die *durch Fehler bei lokalen Vorstößen entstanden war*, gegen die Kämpfe in den Stadtteilen aus. So wurde verhindert, dass sich der teilweise unter hervorra-

genden Bedingungen begonnene Kampf der Massen um Reformen auf einer höheren politischen Ebene zum Träger grundsätzlicher Widersprüche entwickeln konnte. Die Praxis wies also auf die notwendige dialektische Verbindung hin zwischen der Zentralisierung der Kräfte und der lokalen Konzentration der Kämpfe, die in der Tat eine politische Tragweite hatten. Aber diese Einsicht wurde nur um den Preis einer erneuten Niederlage erkaufte. Sie konnte nur eine Bilanz der Erfahrungen vor einem neuen Start darstellen.

Durch die Links-Abspaltung des Aktionskomitees von Saint-Jacques, durch die gleichzeitige Abspaltung der Sozialarbeiter-Bewegung und die Auflösung mehrerer Aktionskomitees infolge ihrer Misserfolge geschwächt, musste sich die F.R.A.P. wandeln.

Nachdem der »Neuorientierungskongress« von 1971 nur bestätigte, dass die lokale Autonomie eine Zersplitterung einleitet, versucht die F.R.A.P. ab 1972 auf den Trümmern der alten Aktionskomitees, eine völlige Umstellung einzuleiten. Sie beginnt mit einer stark gegliederten zentralen Initiative. Diese hat die Errichtung einer Volkspartei zum Ziel, in der die städtischen Probleme nur ein Thema unter vielen Forderungen sein sollten. Indem sie die Notwendigkeit einer politischen Organisation der Arbeiterklasse als wesentliches Werkzeug im Kampf gegen die Kapitalistenklasse voranstellt – »mit dem Gedanken, dass sich diese Organisation gegen den Staat und die Staatsmacht wenden müsse«¹⁹ – handelt es sich um eine neue F.R.A.P., die sich hier aufzubauen versucht. Unter diesen Gesichtspunkten werden seit 1972 neue Initiativen gestartet, in der Hauptsache die Bildung einer Front politischer und gewerkschaftlicher Organisationen, des »Arbeiterrates für Transportwesen«, unter Leitung der F.R.A.P. Damit will man sich einem neuen Gesetz für das öffentliche Verkehrswesen widersetzen. Man befürwortet eine Neuordnung des öffentlichen Verkehrswesens und weist den Griff der Finanzgruppen nach den öffentlichen Diensten zurück, insbesondere nach den Taxis. Die Erfolge, die man im Verlauf der kraftvollen Kampagne verzeichnen kann, scheinen sich auf die Praxis einer Massenlinie durch die Aktivistenzellen zurückführen zu lassen, die durch die dauernden Krisen der politischen Aktionsgruppen abgehärtet worden waren.

¹⁹ Vgl. »Document de travail pour le développement de l'unité des militants« (»Arbeitspapier zur Herstellung der Einheit unter den Aktivisten«), Sekretariat der F.R.A.P., Januar 1972.

Aber die neue Organisation, die so den Kampf wieder aufnehmen will, berücksichtigt die früheren Misserfolge bei ihrem Versuch, stadtplanerische Forderungen mit der politischen Mobilisierung zu verknüpfen. Und die Aktivisten wissen jetzt, dass man das Feld der Eingriffe – die konkreten Bedingungen für die Verbindung mit den Massen beim Kampf – und die politischen Grundlagen für die Gründung einer Organisation nicht vermengen darf. Einfacher ausgedrückt: Sie wissen, dass man bei dem Versuch, durch direkte Verallgemeinerung der städtischen Reformbewegung eine revolutionäre Partei aufzubauen, in Gefahr läuft, nur eine Rathausrevolte zu bewirken ...

Die Informationen, auf die sich die vorliegende Analyse stützt, stammen aus verschiedenen Quellen:

- Persönliche Erfahrungen, vor allem in der »Kommunalpolitischen Aktionsbewegung« (Mouvement d'action politique municipale), während meines Aufenthalts in Montreal 1969.
- Arbeiten von Studenten aus Quebec im Rahmen meiner Seminare über Kommunalpolitik, Universität Montreal 1969, Universität von Paris 1970 und 1971.
- Ausführliche Gespräche mit einem der Leiter der »Politischen Aktionsfront« (F.R.A.P.) im Jahre 1971.
- Diskussionen mit Evelyne Dumas, die eine Artikelserie über dieses Thema für »The Montreal Star« geschrieben hat.
- Ständiger Informations- und Ideenaustausch mit Ginette Truesdell, einer Soziologin aus Quebec, die eine Untersuchung über dieses Thema verfasst hat.
- Erklärungen, Traktate, Veröffentlichungen und interne Berichte der F.R.A.P. und der Bürgerinitiativen in Montreal.

Es versteht sich von selbst, dass keine dieser Personen oder Quellen für Fehler und Äußerungen verantwortlich sind, die ich festgehalten habe. Diese sind eher in den gelieferten Informationen und den durchgeführten Untersuchungen zu finden. In diesem Kapitel habe ich weder die Ortsnamen noch die Umstände oder Ereignisse geändert, da sie aufgrund der besonderen Merkmale von Quebec alle bekannt und veröffentlicht sind ...

Schließlich enthalten wir uns, im strengen Sinne, auch jeder politischen Wertung dieser Vorgänge: Die Entscheidung liegt allein bei den Massen von Quebec und ihren Aktivisten.

4. Ideologische Mystifizierung und gesellschaftliche Widersprüche: Die Umweltschutzbewegung in den USA

Es gab Blumen und spielende Kinder, Liebespaare und Hippiekommunen mit einer für Kalifornien ungewöhnlichen Rassenzusammensetzung. Es gab Bäume und Tiergeschrei. Es gab einen Garten, wo sich noch wenige Wochen vorher ein einsames, eingezäuntes Grundstück ausdehnte, ein verlassener Park, der für ein unbestimmtes Erweiterungsprojekt der Berkeley-Universität, Kalifornien, bestimmt war. Die Studenten hatten anders entschieden: Es sollte ein »People's Park«, ein Volkspark werden. Nachdem freiwillige Arbeitskolonnen ihn von heute auf morgen hergerichtet hatten, suchten tatsächlich Tausende hier Entspannung und spielten in der Frühlingssonne. Das Büro der Universitätsverwaltung leitete jedoch Maßnahmen ein. Der Faschist Ronald Reagan forderte lautstark, man müsse die Besitzverhältnisse im öffentlichen Bereich respektieren. Polizei wurde eingesetzt. Am frühen Morgen des 19. Mai 1969 besetzte sie den Park, zerstörte die Einrichtungen und vertrieb die Lagernden. Als das Volk seinen Park wieder in Besitz nehmen wollte, war er zur Festung für 3.000 Nationalgardisten mit Bajonetten am Gewehr geworden. Sie schossen. Mehr als hundert Personen wurden verletzt. Der Student James Rector blieb liegen. Nach einem Tag Menschenjagd wurde die Ruhe des Parks wiederhergestellt, und man erwartete die Maschinen, die ihn dem nützlichen Dienst an der Gesellschaft zuführen sollten.

Nun sprach Präsident Nixon, der Mann, der tonnenweise Bomben auf die Bevölkerung von Vietnam werfen ließ, die nie vergolten wurden, 1969 von grandiosen, neuen Perspektiven, die sich der amerikanischen Bevölkerung eröffnen würden:

»Die Hauptsorge wird im letzten Drittel unseres Jahrhunderts, so glaube ich, das Streben nach Glück sein ... In unseren künftigen Anstrengungen um das Glück für alle wird es voraussichtlich kein wichtigeres Ziel geben als das der Verbesserung unserer Umwelt ... Wenn wir in den kommenden Monaten und Jahren unsere Umwelt in materi-

eller Hinsicht verbessern wollen, dann muss sich unser ganzes Volk in diesem Bemühen vereinen. Es bedarf einer festen Vorgehensweise vonseiten der Regierung auf Bundesebene, auf Landes- und auf lokaler Ebene. Persönlich engagierte Bürger und Gruppen von Freiwilligen müssen sich in diesem Kreuzzug vereinen; ebenso wie die Geschäftswelt der Industrie, die Arbeiter und landwirtschaftlichen Organisationen, die Lehre, die Wissenschaft und alle anderen Gesellschaftsgruppen ... Oft haben die unvorhersehbaren Konsequenzen unserer Technologie unsere Umwelt geschädigt. Wir müssen also an diese Technologie appellieren, die Umwelt wiederherzustellen und zu schützen. Wenn ich das verwirklichen kann, werden die zehn nächsten Jahre nicht nur der Anfang des dritten Jahrhunderts unserer Nation sein, sondern auch das Jahrhundert der Erneuerung der amerikanischen Nation mit unbeschränkten Möglichkeiten.«²⁰

So also besingt man die Rückkehr zu den Blumen und tötet diejenigen, die den Aufruf befolgen – nur eben auf ihre Art.

Was folgt daraus? Stellt die Liebe zur Natur, die Erhaltung der Umwelt eine neue mystifizierende Ideologie des amerikanischen *Establishments* dar? Oder ist es eine neue, mit revolutionärer Spannung beladene Forderung des Volkes? Und wenn es sich um ein Thema handelte, das beides beinhaltet, wie sollte man es erklären? Mehr noch: Aufgrund welcher Bedingungen und durch welche Entwicklung der Umweltschutzbewegungen werden sie zum Mittel der Integration oder der Auseinandersetzung?

Man kann eine Tatsache nicht leugnen, nämlich die mobilisierende Kraft dieser Probleme bei einem großen Teil der amerikanischen Jugend und die Ermutigung, die der Bewegung vonseiten der politischen Einrichtungen und der Finanzzentren zuteilwird.

²⁰ »Statement from President Nixon, *Fortune, The Environment*« (»Stellungnahme Präsident Nixons zu Volksvermögen und Umweltschutz«), Harper and Row, New York 1969.

Die Umweltschutzaktion: Von vergangenheitsbezogenen Eliten zur Protestbewegung

Vereinigungen zum Schutz der Natur hat es in den Vereinigten Staaten schon immer gegeben. Sie sind stark an die führenden Schichten gebunden und im wahrsten Sinne des Wortes auf die Bewahrung ausgerichtet. Die bekannteste dieser Vereinigungen, der »Sierra Club«, wurde 1892 gegründet und hat sich seitdem fortentwickelt. Um Naturlandschaften zu erhalten, führte er – stets gemäßigte – Kampagnen zur Errichtung von Nationalparks. Konservativ-bewahrend blieben die Mitglieder auch im gesellschaftlichen Bereich, selbst in ihrer *Hochburg* Kalifornien. Der Kreis von Los Angeles weigerte sich bis 1959, Schwarze zuzulassen ... Zu Anfang des Jahrhunderts wurde in Florida eine andere große Schutzvereinigung, »The Audukou Society«, gegründet, um die wilden Tierarten der »Everglades« zu schützen. Was den großen Propheten der Ökologie, Henry David Thoreau, angeht, so war er lange Zeit nur ein zweitrangiger Rousseau-Anhänger, der durch einige Schriften und sein Beispiel predigte, zum unberührten Urzustand zurückzukehren. Damit fand er in einem Amerika wenig Gehör, das sich in eine übertriebene Industrialisierung stürzte und die Gründung großer Weltwirtschaftskonzerne verfolgte.

Doch sollten diese recht ruhigen alten Vereine und die Themen, die in den Schaukelstühlen einer in ihrer Zeit stehen gebliebenen Elite vergessen worden waren, zum Sprungbrett für einen wahren Sturm von Diskussionen, Organisationen und Aktionen werden. Zunächst schützelte er die großen Universitäten des Landes, um sich schließlich auf umfangreiche Bevölkerungsteile auszudehnen, was zum ersten Mal zu einer Verbindung zwischen studentischen Aktivisten und dem schlafenden Amerika der Vororte der Mittelschicht führte. Die ersten Initiativen gingen im Allgemeinen von Studentenführern aus, die enttäuscht waren vom verhältnismäßigen Misserfolg der Protestbewegung nach einer frühen ansteigenden Phase.

Tatsächlich hatte der Kampf um die Bürgerrechte die Grenze der Thesen der Black-Power-Bewegung aufgezeigt und auch der Entscheidung der schwarzen Aktivisten, sich auf die eigene Kraft zu verlassen. Die Kampagne gegen den Vietnamkrieg besaß seit dem Augenblick weniger Angriffsfläche, als Nixon unter dem Druck des vietnamesischen Volkes gezwungen wurde, ein Disengagement des Expeditions-

korps einzuleiten und einen andersartigen Krieg zu führen, der das amerikanische Volk nicht so unmittelbar berührte. Die »Free Speech-Bewegung« und die neuen Erfordernisse einer formierten Demokratie wurden gerade von den liberalen Universitäten mit Leichtigkeit verdaut. Die Versuche die Politisierung zu institutionalisieren (die Mac-Carthy-Kampagne und der Konvent der Demokratischen Partei im Jahr 1968), begannen angesichts des Apparats der etablierten Parteien kurzzutreten. Zwangsläufig machte die Studentenbewegung eine sehr schwere Krise durch, die 1969 im Zerschlagen der einzigen revolutionären Landesorganisation, des S.D.S. (»Society for Democratic Students«; A.d.Ü.), bei dem Chicagoer Konvent ihren bezeichnendsten Ausdruck fand. Es begann eine Massenabwanderung großer Teile der Protestler in Landkommunen, in denen sie vergeblich versuchten, Subkulturen aufzubauen, die sich selbst genügen sollten.

In dieser Situation gründete Cliff Humphrey, ein Studentenfürher aus Berkeley, der alle Illusionen verloren hatte, 1968 zusammen mit seiner Frau und einem befreundeten Paar in dieser Universität die erste Gruppe der »Ecology Action« (Umweltschutzaktion). Außerdem begannen einige Führer der »World International Party« (einer linken Gruppierung), einen Pressedienst einzurichten, die E.R.O. (Earth read-out), um zu zeigen, wie »Ideologie entstanden ist«, usw. Die Entwicklung verallgemeinerte sich. Das begann immer mit der Bildung einer überzeugten Zelle, die ganz betroffen davon war, wie sehr doch ihre Thesen den Tatsachen entsprachen. Sie sorgte zunächst für eine Verbreitung der Themen durch Filmvorführungen, Organisierung von Versammlungen und Verbreitung von Schriftmaterial. Man muss zugeben, dass die Umweltschutzbewegung von Programmen ausging, die von den Aktivisten vorher ausgearbeitet worden waren, während bei früheren Mobilisierungsanlässen – Minderheiten, Vietnam usw. – die Wortführung verworrenere aber gleichzeitig kollektiver gewesen war.

Diese Thesen sind im Grunde einfach und sie sind zugleich außerordentlich detailliert hinsichtlich der Beispiele und der konkreten Maßnahmen, die als Beweis dienen. Die Bewegung benutzt oft eine dramatische und erhabene Sprache und ruft an der Schwelle der Zerstörung der Welt zur Rückkehr zu den Ursprüngen auf. Tausendjähriges Reich in Nuklearstil und Angstreflex einer Supermacht, die sich in Schwierigkeiten befindet – die ökologischen Thesen sind Variationen von Aussagen wie diesen.

»Die ökologischen Tatsachen unseres Lebens sind bedrohlich. Das Überleben aller Lebewesen – einschließlich des Menschen – hängt davon ab, ob die vielgestaltigen Netze der biologischen Phänomene unversehrt bleiben, zu denen das ökologische System dieser Erde gehört. Was der Mensch jedoch auf dieser Erde tut, vergewaltigt dieses Grundgesetz des menschlichen Daseins. Denn die modernen Technologien beeinflussen das ökologische System, das uns erhält, sodass seine Beständigkeit bedroht wird. Mit tragischer Perversität haben wir einen großen Teil unserer erzeugenden Wirtschaft an eine Technologie gebunden, die in ökologischer Hinsicht eindeutig zerstörerisch wirkt. Diese engen und tiefen Beziehungen haben uns in einen Kreislauf der Selbstzerstörung eingeschlossen. Wenn wir diesen selbstmörderischen Weg verlassen wollen, müssen wir anfangen, die Tatsachen unserer Umwelt zu erkennen.«²¹

Die Einrichtungen der Universität unterstützten diese vorläufige Belehrung und Information stark. Im Gegensatz zu dem, was sich bei früheren Mobilisierungen ereignete, öffneten sie den Verfechtern des Umweltschutzes ihre Pforten. Sie machten ihnen ihre Quellen zugänglich, veranstalteten Seminare zu diesen Themen und begannen zu forschen.

Was konkrete Maßnahmen angeht, so orientierte sich die Bewegung vor allem an der Erhaltung der Natur und des »natürlichen Gleichgewichts«; sie griff folglich alle Ursachen an, die die Naturelemente verschmutzen, die Luft, das Wasser, das Meer, die ländliche Ruhe, die Nahrung usw. Die Autos wurden verurteilt (Rauch- und Lärm-entwicklung), die Fabriken (Luftverschmutzung), die Atombomben (Ursprung der Radioaktivität), der Vietnamkrieg (Benutzung von Chemikalien, um die Wälder zu entlauben). Einerseits wurden die Vorstellungen dadurch stark beeinflusst, dass es unzerstörbaren Abfall gab, in der Hauptsache unvernichtbare Kunststoffe und Autos, andererseits durch die unkontrollierte Benutzung von Chemikalien, z.B. von D.D.T., deren schädliche Wirkungen auf den Organismus offenbar bewiesen sind. Die städtischen Probleme dagegen wurden nicht als solche behandelt. Die Städte wurden vielmehr allgemein verurteilt als Mit-

²¹ Barry Commoner, »Backgroundpaper for the 13th National Conference of the U.S. National Commission for U.N.E.S.C.O.«, 1969 (»Arbeitspapier zur 13. Nationalversammlung der Landeskommission der Vereinigten Staaten in der U.N.E.S.C.O.«)

telpunkt eines künstlichen Lebens (und nicht natürlichen). Wenn sich die Natur auch um die Stadt nicht zu kümmern braucht, so ist deren Problematik doch eng mit der Bevölkerungsexplosion verknüpft. Deshalb ist die strenge Geburtenkontrolle eine der härtesten Forderungen der Verfechter des natürlichen Gleichgewichts.

Eine der am tiefsten verwurzelten Organisationen ist die »Zero Population Growth«, die den totalen Stop des Bevölkerungszuwachses für die USA ab 1980 predigt, für die restliche Welt ab 1990. Ihr Präsident Ehrlich ist Autor des Bestsellers »The Population Bomb« (»Die Bevölkerungsbombe«), der die Überbevölkerung für alle Übel verantwortlich macht, die unsere Welt heimsuchen. Um dem ein Ende zu setzen, schlägt er eine Reihe energischer Maßnahmen vor. Unter anderem – vor allem in den »unterentwickelten Ländern« – die Einleitung von Sterilisationsmitteln in die Wasserleitungen der Großstädte, die Besteuerung der Kinder und die Erhebung einer Luxussteuer auf Produkte für Kleinkinder ...

Es geht in der Tat darum, keine ständig wachsende Anzahl von diesen größten aller Umweltverschmutzern in die Welt zu setzen, den Menschen, die die Natur zerstören, die doch der Ursprung allen Lebens ist.

Die gesellschaftliche Basis einer solchen Bewegung ist gut zu bestimmen: Sie setzt sich aus einem Vortrupp von Studenten und Jugendklubs zusammen und fußt sodann auf der Unterstützung eines weiten Teils der weißen Mittelschicht, die bis dahin gesellschaftlichen und ideologischen Bewegungen ferngeblieben ist. So ist auch diese Umweltschutzbewegung in Verbindung zu sehen mit der Aktion, die Ralph Nader und seine »American Trial Lawyers Association« seit einigen Jahren unternimmt, um die Verbraucher durch spektakuläre Gerichtsverfahren gegen die Allmacht der großen Gesellschaften zu schützen. Die wichtigsten Prozesse waren die, in denen die Verantwortung der Konstrukteure für die Sicherheit von Automobilen festgestellt wurde. Man weiß, dass sich die Ideologie von Ralph Nader und der Verbrauchergemeinschaften darauf beschränkt, Monopole anzugreifen und gleichzeitig aber die liberalen Forderungen nach freiem Wettbewerb und die Regeln der freien und persönlichen Wahl zu respektieren.

Bei dem Thema »Umwelt« geht es um einen doppelten Schritt rückwärts: in Richtung auf einen primitiven Naturzustand und auf eine Wirtschaft ohne Monopole ...

Naders Art des Eingreifens hat auch die ökologische Bewegung geprägt: Das Wesen seiner Aktionen bestand darin, Kampagnen zur Meinungsbildung zu organisieren, die entweder auf Gerichtsverfahren gegen diese oder jene Entscheidung hinausliefen, die die Natur beeinträchtigte, oder die öffentliche Verkündung entsprechender Gesetze erreichen sollten. Gewiss gab es in den Universitäten eine ganze Reihe von spektakulären Aktionen (Beerdigung von Automotoren, Mülltransporte, Protestmarsch gegen die Umweltverschmutzung usw.), aber das waren vor allem Propagandamittel, um auf die Institutionen Druck ausüben zu können. Hauptangelpunkt: Es handelt sich bei all diesen Kämpfen um Forderungen, deren Berechtigung auf allgemein ideologischer Ebene von den Führungsschichten wie von den Massenmedien anerkannt wird. Andererseits kann man aber sagen, – dass sie bei Minderheiten, Schwarzen, Puerto Ricanern, Chicanos, Indianern – kein Gehör fanden außer im Sinne einer reinen Taktik, um bestimmte Forderungen zu rechtfertigen, mit denen andere Ziele erreicht werden sollten.

Eines der Hauptmerkmale der ökologischen Bewegung liegt im Verwischen der ideologischen Grenzen. Vielleicht erklärt das die wachsende politische Radikalisierung dieser Minderheiten. Die amerikanischen Pressebeobachter haben es mit Genugtuung zur Kenntnis genommen: Man findet die Faschisten der »John Birch Society« Seite an Seite mit den Linken vom S.D.S. Man sagt, dass sich angesichts des biologischen Überlebensproblems alle Menschen zu einem einzigen Heer von Pfadfindern vereinen, die bereit sind, jenseits aller Klassen und politischen Regierungsformen die Natur gegen die Technik zu verteidigen. Für diese Ideologen mag es ein Unglück sein, aber eine kurze Betrachtung zeigt deutlich, dass die mobilisierte gesellschaftliche Basis zum allergrößten Teil der weißen Mittelschicht angehört und dass die führenden Eliten aus dem liberalen Lager und der höheren Angestelltenschicht stammen. Die wichtigste Neuheit gegenüber herkömmlichen »middle-class«-Bewegungen besteht im Bündnis dieser Schichten mit dem in den letzten Jahren radikalisierten Teil der Studentenschaft im Rahmen der Umweltschutzbewegung. Diese Situation muss man analysieren und erklären, und zwar umso mehr als der Widersinn auf die Spitze getrieben wird, durch die thematische und organisatorische Übereinstimmung zwischen der neuen »Protest«-Bewegung und der neuen Problematik innerhalb der amerikanischen Führungsschichten.

Die großen Kunstgriffe des »Umwelt-Establishments«

Man weiß, dass die Nixon-Regierung auf Umweltschutz drängt, obwohl den wenigen früheren »Reförmchen« gleichzeitig ein Dämpfer aufgesetzt wurde: Der Kampf gegen die Armut, das »Model Cities Program« (Modellprogramm zur Stadtentwicklung; A.d.Ü.) oder die schüchternen Versuche zur Rassenintegration wurden durch eine Politik ersetzt (man hätte sie gerne überwunden gesehen), die sich als zukunftsorientierte Planung gab, die Grundlagen menschlichen Glücks vor Augen. In den offiziellen Reden und den wenigen, mit großem bürokratischem Aufwand eingeleiteten Maßnahmen, suggerierten diese Leit motive mehr oder weniger das Ende der Geschichte: Nachdem man mit der Technik die Natur besiegt hatte, nachdem man der Katastrophe der Zerstörung von heute auf morgen knapp entgangen war, konnte man mithilfe einer von der hemmungslosen Gier befreiten und in den Grenzen des ökologischen Gleichgewichts gehaltenen Technologie zu einer komfortablen Natur zurückkehren. Dieses natürliche sollte das gesellschaftliche Gleichgewicht nach sich ziehen. In einem Wort: Man setzte dem Kommunismus die Rückkehr zur primitiven Gesellschaft entgegen, eingebettet in ein System des freien Unternehmertums. Die größten amerikanischen Firmen richteten sich danach. Sie gründeten Forschungszentren, bereiteten die Serienherstellung von »natürlichen Produkten« und Umweltschutzsysteme vor, starteten große Werbefeldzüge und unterstützten den Meinungsbildungsprozess, der endlich einmal von dem überholten Gerede von der gesellschaftlichen Ungleichheit wegführte.

Am »Earth Day«, dem 22. April 1970, fand die große Versöhnung zwischen Staat, Monopolen und protestierenden Studenten statt. An diesem Tag nahmen Millionen von Menschen zusammen mit der studentischen Avantgarde in allen Bundesländern an großen öffentlichen Kundgebungen teil. Man predigte den Schutz der Natur durch den Bürgersinn und die Rückkehr zum einfachen Leben. Versammlungen, Märsche »aufrüttelnde Aktionen« folgten einander ...²²

Es war so etwas wie ein Mittelding zwischen den pazifistischen Kundgebungen und den Massenzusammenkünften à la Woodstock.

²² Richard Neuhaus liefert einen ausgezeichneten, recht beißenden Bericht vom Ablauf dieses Tages im Zentrum von New York, und zwar im ersten Kapitel seines Buches: »In Defense of People«, Mc Millan, New York, 1971.

Hinzu kam diese erstaunliche Einmütigkeit der amerikanischen Nation, die endlich ihren Gemeinschaftsgeist wiedergefunden hatte, der in den letzten Jahren durch die neue protestierende Jugend gefährdet gewesen war. Aber diesmal konnte sich die Jugend freuen: Fast überall ergriffen auf den Versammlungen bekannte Persönlichkeiten ersten Ranges das Wort. Der vorbereitende Text diese Tages, »The Environmental Handbook« (»Handbuch zur Umwelt«), erfuhr gleichsam eine offizielle Billigung durch die Ratgeber des Weißen Hauses. Vor allem aber *wurde die Organisation der Tagung durch die großen Konzerne finanziert* (unter ihnen beispielsweise Procter & Gamble, General Electric, Goodrich, Du Pont, Standard Oil of New Jersey, International Paper, Philips Petroleum, Coca-Cola, Chevron Oil, General Motors, Atlantic Richfield). »Verantwortung der Großunternehmen«? Vielleicht ... Wenn man aber die Position und Handlungsweise der Konzerne gegenüber anderen Protestbewegungen kennt, dann muss man sich wundern und nach den Interessen fragen, die einer solchen Einmütigkeit zugrunde liegen – zumal sich doch neben »allen Kindern dieser Erde« auch sehr viele große, böse Wölfe die Hände reichen ...

Die Kritik von links: Die Umweltideologie und die neuen Formen kapitalistischen Profits

Das erklärt die scharfe Kritik, die von der amerikanischen Linken an den Umweltfragen geübt worden war. Sie bezog sich sowohl auf die Ideologie als auch auf die ihr zugrunde liegenden wirtschaftlichen Interessen.

Wenn man sich auf den wirklichen Inhalt der Themen bezieht, die sich mit der Umwelt befassen, so wird offenbar, dass die Ideologie aus gesellschaftlichen Widersprüchen natürliche zu machen versucht. Sie beschränkt Geschichte auf eine Beziehung zwischen dem Menschen und der Natur als der Gesamtheit der vorhandenen Mittel. Man bezieht sich also auf einen metaphysischen Wesensgehalt, auf einen »vorläufigen Zustand« der verloren, verdorben und verschmutzt worden ist, weil er den technischen Sachzwängen unterworfen wurde. Man kommt keinesfalls an diesen Zwängen vorbei, da man dem technischen Fortschritt den Lebensstandard zu verdanken hat. Die konkrete Wirkung dieser Ideologie ist auffallend: Es geht darum, alle Zustände der

Ohnmacht zusammenzufassen, die man »Alltag« nennt; die kollektiven Bedingungen der Konsumtion und der gesellschaftlichen Beziehungen erscheinen also unter einem allgemeinen Etikett, das sie als einen natürlichen (*natürlich technologischen*) Missstand ausweist. Man kann nichts anderes dagegen tun, als aufgeklärte »Menschen, die guten Willens sind« und von ihrer Regierung unterstützt werden, zu mobilisieren. »Unpolitisch«, humanistisch, universal und wissenschaftlich, wie sie sich versteht, formt die Umweltideologie die soziale Ungleichheit in physische Schäden um und verschmilzt die Klassen der Gesellschaft zu einem einzigen Heer von Pfadfindern. Schließlich kennt man die direkte Beziehung zwischen der Suche nach privatem Profit und der Vernachlässigung der »Sozialen Kosten« in einer Wirtschaftlichkeitsberechnung, die zur wichtigsten Norm für alle gesellschaftlichen Vorgänge geworden ist.

Außerdem haben die linken Aktivisten nicht nur die Verantwortung der kapitalistischen Mechanismen für die Umweltverschmutzung ins Licht gerückt,²³ sondern auch die Entstehung eines ganzen Industriezweiges, der Kontrollsysteme für Umweltverschmutzung herstellen und einrichten soll. Sie werden hauptsächlich von jenen großen Unternehmen erstellt, deren Tätigkeit gerade die Quelle für die größten Verschmutzungen darstellt!²⁴ Dieser Herstellungszweig erwartet in den nächsten Jahren eine jährliche Zuwachsrate von 20%. Diese Marke liegt dreimal so hoch wie in der übrigen Großindustrie. Der neue Markt wird mehr und mehr von den Industriegruppen beherrscht, die man als Hauptursache für die Umweltverschmutzung ansehen kann: Daw Chemical, Monsanto Chemical, W.R. Grace, Du Pont, Merck, Nalco, Union Carbide, General Electric, Westinghouse, Combustion Engineering, Honeywell, Beckman Instruments, Alcoa, Universal Oil Products, North American Rockwell, usw. Damit stellt die Linke die Frage nach den Mechanismen der Krise, ohne die Verschlechterung der täglichen Lebensbedingungen zu leugnen. Gleichzeitig aber weigert sie

²³ »To Escape Ecological Disaster: International Socialist Planning«, in: »The Militant«, April 1970 (»Wie einem ökologischen Unglück enttrinnen: Internationale, sozialistische Planung«).

²⁴ Vgl. Martin Gellen, »The Making of a Pollution-Industrial Complex«, in: Ramparts, Mai 1970 (»Die Errichtung eines umweltverschmutzenden Industriekomplexes«).

sich, darin den Hauptwiderspruch der amerikanischen Gesellschaft zu erkennen.

Der theoretischen Kritik an der Umweltideologie und an den ihr zugrunde liegenden Interessen sollte man die praktische Kritik beifügen. Diese praktische Kritik äußert sich durch die besonders aktiven nationalen Minderheiten, ohne dass diese sich äußern: Für Black Panthers, Puerto Ricaner der »Young Lords Party«, Chicanos, Indianer scheinen derartige Reformforderungen wenig zu bedeuten. Sie kümmern sich mehr um die Lebensbedingungen in ihren Gettos, sie sprechen weniger von Umwelt als von Diskriminierung und Unterdrückung wie schon seit mehreren Jahren.²⁵ Sie kämpfen für anständige Wohnungen, für Kinderspielplätze, aber nicht für die Rettung der Natur. Sie kämpfen gegen die spekulierenden Hausbesitzer, gegen die städtischen Behörden, die der Mittelschicht zu Diensten stehen, sie kämpfen gegen die Schikanen der Polizei, die beispielsweise verhindert, dass in den Straßen die Hydranten geöffnet werden, um die Sommerhitze zu dämpfen.

Diese Gleichgültigkeit gegenüber dem Umweltschutz-Kreuzzug vonseiten derer, die trotz aller Krisen immer noch die Speerspitze der amerikanischen Linken darstellen, verstärkt nur die Skepsis, die man gegenüber den Aussichten auf soziale Neuerungen hegt, wie sie die Umweltschutzbewegung anbietet. Sie gibt den Kritikern der Naturideologie recht und warnt vor den Gefahren der Manipulation, der eine politisch unreife, studentische Jugend zum Opfer fällt.

Und dennoch ...

Und dennoch darf man das Vorhandensein und die Tragweite eines Problems nicht mit seiner gesellschaftlichen Behandlung verwechseln. Das heißt: Wenn es auch stimmt, dass sich im Wortschatz der herrschenden Ideologie die Verschlechterung der kollektiven Güter ausdrückt und dass die Konzerne versuchen, selbst daraus Gewinn zu schlagen (wie aus allen Dingen, da im Kapitalismus jeder Gebrauchswert auch einem

²⁵ Vgl. zu diesem Thema die ausgezeichnete Sammlung von Texten und Untersuchungen zur revolutionären Bewegung in Amerika: Bruce Franklin, »From the Movement toward Revolution« (»Von der Bewegung zur Revolution«), Van Nostrand, New York, 1971.

Tauschwert darstellt), so handelt es sich doch um eine Realität, die von den Leuten miterlebt wird. Dies hat natürlich weder »technische« noch »biologische«, sondern gesellschaftliche Ursachen. Sobald man diesen Sachverhalt beleuchtet, geraten ganze Eckpfeiler der kapitalistischen Logik in Gefahr, in sich zusammenzustürzen. Man braucht beispielsweise nur daran zu denken, wie sich ein wirklicher Automobilboykott auf die Automobilindustrie auswirken würde, die im Mittelpunkt des Konzernsystems steht ... Es ist zwar richtig, dass der Elektromotor ein Ausweg wäre. Aber es geht um die Möglichkeit, alles Bestehende abschreiben zu können und vor allem geht es um die mächtigen Interessen der Ölkonzerne. Man konnte beweisen, dass sie die Hauptursache für die Umweltverschmutzungen sind. Aber wer würde es wagen, die Tätigkeit dieser Riesen infrage zu stellen und ihre guten Absichten hinsichtlich der angewandten technischen Verfahren und der Zweckmäßigkeit der Bohrungen und der Ausbeutung von Naturschätzen zu bezweifeln! Es gibt also den »Lieb'-Kind«-Protest und den »bösen Protest«. Was den Umweltschutz und die Schwierigkeit angeht, die Probleme zu behandeln, die durch private Unternehmen entstehen, so konnte man in einigen Fällen und in einigen *Schichten* einen ersten Zweifel säen, ob der berühmte Slogan berechtigt ist: »Was für General Motors gut ist, ist auch für die USA gut«. Das erklärt vielleicht, dass man in offiziellen Kreisen immer mehr daran denkt, die Verantwortung in Sachen Umweltverschmutzung dem Phänomen Stadt anzulasten. Letztlich liegt sie also bei jedem einzelnen Bürger, der ja bei jeder seiner Handlungen die Umwelt verschmutzt. Fazit: Nur durch Bürgersinn und Selbstdisziplin, nur durch eine gute ökologische, biologische und natürlich auch gesellschaftliche Haltung kann man vorwärtskommen ...

Das erklärt auch eine andere Tatsache, die verhältnismäßig wenig bekannt, aber äußerst bezeichnend ist: Auch wenn in sehr vielen offiziellen Reden der Umweltschutz ein wichtiges Leitmotiv geworden ist, *so stagnieren doch die konkreten Maßnahmen der Regierungspolitik und die erreichten Fortschritte im Kampf gegen die Verschmutzung sind praktisch gleich null*. Dementsprechend nimmt auch der Teil des Bundeshaushaltes, der für die Umweltschutzprogramme vorgesehen ist, zwischen 1965 und 1970 gleichmäßig ab:

Andererseits werden die wichtigsten Maßnahmen, die man zum Schutz der Umwelt hätte ergreifen können, entweder gar nicht oder

nur in unwirksamer Weise eingeleitet. Beispielsweise wurden die Schadstoffanteile in der Zusammensetzung verschiedener Brennstoffe nie bestimmt, was praktisch jede Kontrolle willkürlich werden lässt. Gleichzeitig wird über die Ölbohrungen keine Kontrolle ausgeübt: Der Kongress weigerte sich, das Bergwerksgesetz von 1872 aufzuheben, das es jedem erlaubt, ohne jede Einschränkung – außer bei den Eigentumsrechten – Grubenbau und »Grabungen nach Ablagerungen zum Zwecke des Fündigwerdens« vorzunehmen. Kein einziges umfassendes System zur Klärung der Gewässer wurde vorgesehen, um die Tätigkeit der örtlichen Systeme nicht zu behindern (die ohnehin ziemlich wirkungslos sind), die in jeder Stadt alle Arten von wirtschaftlichen und politischen Interessen vertreten.

Wenn man die Geschäftsverbindungen unter den leitenden Angestellten des *Wirtschafts-Establishments* kennt, dann ist dieser Aufschub nicht mehr verwunderlich. Bert S. Cross, von Nixon zum Präsidenten des »Nationalen Kontrollausschusses für industrielle Umweltverschmutzung« (»National Industrial Pollution Control Board«) ernannt, ist gleichzeitig Präsident der »Minnesota Mining and Manufacturing«, einer Gesellschaft, die wegen der Vergiftung des Mississippi mit schwefelhaltigen Produkten verurteilt wurde. John Blatnik ist Vorsitzender des Unterausschusses des »Ausschusses für Häfen und Flüsse« und vertritt gleichzeitig die Interessen der Eisenerzminen, die die Hauptursache für die Verschmutzung des Oberen Sees sind. Selbst der demokratische Senator Muskie, Präsidentschaftskandidat und glühender Anhänger der Umweltschutzbewegung, ist in seiner Eigenschaft als Vertreter der Interessen der Erdölindustrie in seinem Eifer beschränkt: Mitten in seinem Bundesstaat Maine, einem der Naturschutzgebiete, die es als erste zu erhalten gilt, plant er die Errichtung einer durch und durch umweltverschmutzenden Industrieanlage ...

Der Umweltschutz erscheint also als ein riesiges Missverständnis. Die Widersprüche und die Manipulationsversuche sind in eine Dialektik verwickelt, die zwischen der Integration und der Infragestellung besteht. Das verpflichtet dazu, eine Verallgemeinerung der Umweltschutzbewegung zu verwerfen. Man muss den strukturellen Inhalt der angestrebten Ziele und die gesellschaftliche Basis untersuchen, die tatsächlich mobilisiert wurde.

Typologie der Bewegungen zur Verteidigung der Umwelt: Einige Beispiele

Will man die Form einer gesellschaftlichen Bewegung, die so komplex und einmalig ist wie die amerikanische Umweltschutzbewegung auch nur verstehen, geschweige denn beurteilen, dann muss man eine Reihe von Situationen unterscheiden, die von der Beteiligung bis zum Protest reichen. Diese Situationen muss man in ihrer Abhängigkeit von der sozialen Gruppe sehen, die den Eingriff vornimmt, und von dessen Art. Zunächst gibt es zahlreiche Fälle für eine Mobilisierung, bei der die führenden Kreise der Mittelschicht die Initiative ergriffen haben. Es handelt sich dabei oft um einen Gegenstand, bei dem der Einsatz gering ist, soweit die herrschenden, gesellschaftlichen Interessen betroffen sind, eine Volkstümlichkeit jedoch leicht zu erringen ist. Das ist bei einer der gelungensten Aktionen der Umweltschützer der Fall, dem Schutz der Bucht von San Francisco, bei der das Meeresgebiet fortschreitend von der Bebauung überwuchert wird. Es ist festzustellen, dass es sich hier um eine einfache Bodenspekulation zum Vorteil der Immobiliengesellschaften und zum Nachteil der natürlichen Erbfolge an der kalifornischen Küste handelte. Vornehmlich aus der Reihe der Professoren und der führenden Kreise bildet sich ein Komitee, das bei der öffentlichen Meinung Unterstützung sucht und in der herkömmlichen Weise einer Lobby, wie alle einflussreichen Gruppen Amerikas, auf die Provinzialkammer Druck ausübt. Mit einer guten Pressekampagne und mit massiver Unterstützung durch die öffentliche Meinung (200.000 Unterschriften) erreicht das Komitee 1969, dass ein Gesetz verabschiedet wird, aufgrund dessen für jedes neue Projekt, das auf die Bucht vordringt, eine Baugenehmigung erteilt werden muss. Man muss auch darauf hinweisen, dass der Gouverneur vorschlug, für die Küstenbewohner der Bucht eine Sondersteuer einzurichten, um dieses System finanziell abzusichern ... Ein fast kompletter Sieg, eine wahrhaft ehrerbietige Vorgehensweise der Behörde, Ziele, die von allen Gruppen geteilt werden, schwache Interessen (die nur von einigen Immobiliengesellschaften verfolgt werden) – eine solche Aktion ist das direkte Beispiel für diese »konkrete Politik für brave Bürger«, der auch die Umweltideologie unterliegt.

Andererseits erhält die von Führungskräften geleitete Mobilisierung einer homogenen *Gesellschaftsschicht*, der Mittelschicht nämlich, ei-

nen völlig anderen Sinngehalt, wenn der Anlass wichtige Interessen infrage stellt. Das ist bei einer heftigen Kampagne der Fall, die von einer Gruppe von Wissenschaftlern der Cornell Universität geführt wurde. Sie stützten sich auf einen Teil der Bevölkerung und wandten sich gegen den Bau eines Atomkraftwerkes in der Nähe des Carjuga-Sees im Norden des Staates New York. Nachdem ein Komitee der Uferbewohner gegründet und ein wissenschaftlicher Bericht vorgestellt worden war, der die Gefahren beschrieb, die die Bevölkerung bedrohten, gelang es den Verteidigern des Naturfriedens in diesem Gebiet gegen Ende des Jahres 1969, das Projekt einer Privatgesellschaft zu blockieren.²⁶ Hier wurden beträchtliche Interessen infrage gestellt. Sollte eine solche Protestaktion üblich werden, so wäre die künftige Energiepolitik der großen amerikanischen Firmen berührt. Diese Aktionsform war ebenso legal wie die Aktion in der Bucht von San Francisco. Die sachlichen Ergebnisse der Prozesse sahen hier trotzdem anders aus: Hier wandte sich der Gegenstand des Umweltschutzes gegen seine eigenen Ideologen.

Mehr noch: Wenn sich die Umweltschutzaktion unter Studenten entwickelt, die noch nicht bereit sind, ihre revolutionären Anwendungen zu vergessen, dann können äußerst explosive Zusammenhänge sichtbar werden zwischen einer sozial berechtigten Forderung und Analysen, die nicht so rückständig sind wie die der Campingklubs. Damit gibt es neben den Naturwanderungen des »Sierra Clubs« bei anderen Studentengruppen auch eine antikapitalistische Mobilisierung, die zumindest grundsätzlich, wenn nicht sogar in den Methoden von einem breiten Teil der öffentlichen Meinung unterstützt wird. Nachdem die Strände von Santa Barbara in Kalifornien monatelang durch die Tätigkeit von Union Oil verschmutzt worden waren, stürmten die Studenten 1970 den Sitz der »Bank of America«, dem wirklichen Besitzer von Union Oil und brannten ihn nieder. Sie machten zugleich deutlich, dass diese Bank in der Politik der Rassendiskriminierung, in der Jagd auf die Jugend und im Vietnamkrieg eine aktive Rolle gespielt hat. Auf diese Weise wurden die Zusammenhänge zwischen diesen Tatsachen und dem Umweltschutz im wahrsten Sinne des Wortes explo-

²⁶ Vgl. Dorothy Nelkin, »Nuclear Power and its critics, The Carjuga-Lake Controversy« (»Atomkraft und ihre Kritiker – die Carjuga-See-Kontroverse«), in: Cornell University Press, 1972.

siv. Für den großen nicht mobilisierten Teil der Bevölkerung wurden sie besser verständlich.

Dasselbe spielt sich auch bei der Mobilisierung der schwarzen Gettos unter eindeutig städtischen Zielsetzungen ab. *Vorwand* (und nicht Ursache, wie man oft hört) für die Unruhen von 1967 war der Mangel an Gemeinschaftseinrichtungen, vor allem an Grünzonen und Spielplätzen in den ärmlichen Vierteln.²⁷

Der Kampf gegen den im Rahmen der Stadtsanierung geplanten Abriss der Gettos war die Basis für mehrere Massenaufstände gegen die Polizei und die Stadtplaner. Es handelt sich hier um die Verteidigung des Gettos als einer ökologischen Basis für eine soziale und politische Gemeinschaft, die ihre Selbstständigkeit mit Blick auf ihre Befreiung bekräftigt. Der Kampf um Umweltschutz stellt bei gleichzeitiger Verstärkung in einem solchen Fall Klassenkampf dar.²⁸

Damit soll Folgendes ausgedrückt werden: Wenn innerhalb der Umweltschutzbewegung derart verschiedene Situationen und Entwicklungen entstehen, so ist dies das Ergebnis einer sich immerfort ändernden Kombination einer gewissen Anzahl von Grundelementen. Sie erklärt den gesellschaftlichen Inhalt einer Aktion, je nachdem welche Elemente vorherrschen bzw. abhängig sind.

Die inneren Bestandteile der ökologischen Bewegung, oder: »Warum alle Welt einer Meinung zu sein scheint«

Die Mannigfaltigkeit der politisch-ideologischen Register bei der Umweltschutz-Mobilisierung ist eine Folge der Widersprüche und Unterschiede der gesellschaftlichen Zustände, die ihre Grundlagen bilden.

Betrachtet man den Prozess, den die Wirtschaftswissenschaftler *Entwertung des gesellschaftlichen Realeinkommens* nennen und der einen der Grundzüge des derzeitigen Kapitalismus darstellt, so scheint es korrekt zu sein, eine Verbindung zwischen der neuen Umweltschutzindustrie und der Stadtplanung zu sehen. Es geht darum, dass der Staat den tendenziellen Fall der Profitrate anzuhalten versucht, in-

²⁷ Vgl. zu diesem Punkt den »Report of the National Advisory Commission on Civil Disorders«, März 1968.

²⁸ Vgl. Manuel Castells, »La rénovation urbaine aux U.S.A.«, (»Die Stadtsanierung in den Vereinigten Staaten«), in: *Espaces et Sociétés*, I, 1970.

dem er eine wachsende Anzahl nicht gewinnbringender Investitionen übernimmt. Das führt zu neuen Absatzmärkten und erlaubt gleichzeitig, die Gewinnspanne in den privat gebliebenen Bereichen zu erhalten. Die Gesamtheit der öffentlichen Eingriffe im Bereich des Umweltschutzes scheint enorme Entwicklungsmöglichkeiten zu bringen. Das erlaubt es, die massive Benutzung von finanziellen Mitteln zu rechtfertigen, scheinbar ohne die öffentlichen Gelder, also die Steuerzahler zu fordern.

Aber da ist nicht nur die Wirtschaft. Das Thema Umweltschutz greift das klassische Modell der örtlichen Beteiligung auf, erweitert und erneuert es. In diesem Modell liegt das politische Leben Amerikas begründet. Wie soll man nun den Atem der »community action«, der Basis selbst des Liberalismus erhalten, wenn das Wachstum der Städte und der Großstädte den alltäglichen Raum platzen lässt und die örtlichen Behörden kaum noch Macht auf Entscheidungen ausüben können, die die wesentlichen Probleme des Alltags berühren? Der Umweltschutz-Kreuzzug ist eine Art »supercommunity«, die sich auf die ganze Nation ausdehnt. Dabei entfernt er sich nicht vom »familiären« Stil des politischen Eingriffs und vom politischen Modell der Mittelschichten. Zudem steht er unter einem großen Thema, das von allen geteilt und gewürdigt wird. In der Lobby stehen sie den Institutionen höflich gegenüber, anstatt sie infrage zu stellen.

Obwohl sie bei dem Thema Umweltschutz mitmacht, widersetzt sich die neue Gegenkultur der Jugend diesem herkömmlichen Modell. Diese Jugend ist naturliebend und gegen den Konsum eingestellt. Sie lehnt es ab, hinter einem mythischen Erfolg herzurrennen und sie zerstört die produktionsfördernden Werte des Gewinn Denkens an seinen Wurzeln. In diesem Sinne stellt die Umweltschutzbewegung und die Idee der Rückkehr zur Natur, die Ablehnung der Industrialisierung und der Wissenschaft eine wahre *revolutionäre Utopie* dar – mit allen Widersprüchen, die diesen beiden, derart verbundenen Begriffen innewohnen.

Diese Ablehnung der »nach-industriellen Gesellschaft« ist gleichzeitig Ausdruck einer Revolte und Annahme einer Ideologie, nach der das Zeitalter des Überflusses gekommen ist. Man braucht nur noch die (natürlichen) Früchte zu pflücken, die der lange Marsch der Menschheit hervorgebracht hat. Das ist der Gesichtspunkt, unter dem sich den *linken Idealisten* das Thema Umwelt darstellt. Gleichzeitig zeigt es

den Mechanismus auf, wie sich das Thema in die studentische Bewegung einfügt.

Ein viertes Element, das Teil dieser komplexen und vielschichtigen Gesamtheit ist, betrifft die Bedingungen der kollektiven Konsumtion weiter Kreise der Bevölkerung, und zwar hauptsächlich in den großen Metropolen, die allmählich vergreisen. Protestgeschrei und ideologische Flucht – wenn man ihm einen politischen Sinn gibt, dann bedeutet der Ruf nach mehr Natur auch die Ablehnung der alltäglichen Lebensbedingungen, wie sie vom reichsten Land der Erde geboten werden. Kennzeichnend für die Umweltschutzbewegung ist gerade die Verschmelzung dieser Elemente durch eine Redeweise, die die gesellschaftlichen Unterschiede leugnet und die Widersprüche auf den Gegensatz zwischen Natur und Technik beschränkt.

Bei einer solchen Redeweise bedeutet das Thema Umwelt wirklich eine ideologische Irreführung. Die zugrunde liegenden Interessen haben wir aufgezeigt. Aber als gesellschaftliche Praxis, die mit Tendenzen verbunden ist, die ebenso bedeutungsvoll sind wie diejenigen, von denen wir gerade gesprochen haben, lässt die Umweltschutzbewegung wirkliche und von den Massen täglich erlebte gesellschaftliche Widersprüche erkennen. Die Verbindung mit der politischen Praxis, die allein Änderungen in sich birgt, kann aber nur dann vollzogen werden, wenn die revolutionären Elemente, die heute noch der Praxis der Umweltschutzbewegung (der utopischen Gegenkultur und der Forderung nach gemeinschaftlicher Konsumtion) untergeordnet sind, selbst zu Angelpunkten der Mobilisierung werden. Damit wird der Kampf um Umweltschutz in den USA entweder zu einem ausgedehnten Täuschungsmanöver oder zu einem mächtigen Hebel werden, der dann eine Veränderung herbeiführen kann, wenn die politischen Bewegungen fähig sind, die neuen gesellschaftlichen Bewegungen in den Städten zu erkennen und ihnen eine klare Richtung zu geben.

Unsere Analysen über die USA fußen:

- auf der persönlichen Erfahrung während eines mehrmonatigen Aufenthalts in den USA (hauptsächlich in Chicago) und eines kurzen Besuchs von New York im Januar 1972, wo ich anlässlich des »Internationalen Symposiums über Umweltschutz«, das vom »Museum of Modern Art« organisiert worden war, recht gute Informationen erhalten konnte;

- auf Auszügen aus Nachrichten, die laufend von den Zeitungen und amerikanischen Magazinen geliefert werden.
- auf einer Fülle von Literatur, von der wir nur die Titel angeben werden, die zur Einführung in die Gesamtheit des Themas empfehlenswert sind:

Garrett De Bell (Hrsg.), »The Environmental Hand Book«, Ballantine Books, New York 1970 (das »offizielle« Buch), Ramparts – Special Issue »Ecology«, Mai 1970;

James Ridgway, »The Politics of Ecology«, Dutton, New York 1971, (das beste Buch zu diesem Thema, klar und politisch), »Ecotatics«, The Sierra Club, Pocket Books, New York 1970, Charles E. Little, John G. Mitchell (Hrsg. von »Fortune«), »The Environment«, Harper and Row, New York 1970, Robert Disch (Hrsg.), »Space for survival«, Pocket Books, New York 1971.

»The Ecological Conscience«, Frentice Hall, New York 1970.

Eine gute, wenn auch etwas metaphysische Kritik dieser ganzen Ideologie kann man bei Richard Neuhaus nachlesen, in: »In Defense of People«, The Mac Millan Co., New York 1971.

Schließlich wollen wir auf eine gute allgemeine Darstellung des Problems hinweisen, die unter dem Pseudonym »Thoreau« in der internationalen Zeitschrift »Espaces et Societes«, Heft 4, Dezember 1971, erschienen ist.

5. Von der Einnahme der Stadt zur Übernahme der Macht: Stadtkampf und Revolutionärer Kampf der Pobladores-Bewegung in Chile

Santiago de Chile 1971. Die Revolution brandet zu Füßen der Andenkette. Die alte Welt der Oligarchien, die von aufeinanderfolgenden Perioden wirtschaftlicher Unabhängigkeit und politischer Unterdrückung überlagert war, beginnt zu zerfallen – nicht ohne Widerstand zu leisten, nicht schmerzlos und ganz gewiss nicht gewaltlos. Die chilenische Volksbewegung hat mit dem triumphalen Wahlerfolg der »Unidad popular« im September 1970 eine vielleicht entscheidende Breche in das Herrschaftssystem des chilenischen Bürgertums und des Neoimperialismus geschlagen, weil sie revolutionären Kampf und legalen politischen Kampf miteinander verbunden hat. Dabei ist man sich aber bewusst, dass die Reform der Wirtschaftsstruktur, die gleich nach dem Machtantritt der Linken eingeleitet wurde, nur dann den Weg zur wirklichen Veränderung der Gesellschaft öffnen kann, wenn man die politischen Kräfte zusammenfasst, die man aufbauen konnte. Diese Zusammenfassung der Kräfte hängt vor allem von der Möglichkeit ab, das Bündnis der Klassen unter Führung der Arbeiterklasse zu erweitern. Es muss auch eine richtige, politische Linie geben, die es erlaubt, die verschiedenen Kämpfe zu koordinieren und sie systematisch gegen den Herrschaftsapparat der Ausbeuter zu vereinigen. Einheitsfront der Arbeiterklasse, Bündnis mit den armen Bauern, Verbindung mit dem Kleinbürgertum, mit der Studentenbewegung – es gibt viele Arten des politischen Kampfes. Sie alle bestimmen den Ausgang des letzten Angriffs auf den politischen Apparat der Oligarchien und der Klassen, auf die er sich stützt. In Chile kommt noch ein anderes, neues Element hinzu, das ein notwendiger Bestandteil einer jeden revolutionären Bewegung ist. Hier gibt es eine große Volksmasse, deren hauptsächliches Merkmal einerseits darin liegt, dass sie eine wilde, gesetzwidrige Wohnform aufgebaut hat; dass sie andererseits ihren politischen Ausdruck in einer Bewegung findet, deren Organisation auf der Forderung nach Reformen in der Stadt beruht: die *Pobladores*-

Bewegung.²⁹ In dieser Bewegung bestehen mehrere Richtungen nebeneinander, die Abbild der großen politischen Strömungen in Chile sind. Sie reichen von den Christlichen Demokraten über die Volksfront bis zur revolutionären Linken. Man muss sogleich deutlich machen, dass es sich in Chile nicht nur um ein Phänomen handelt, wie man es von den riesigen Obdachlosensiedlungen her kennt, die in den Metropolen der abhängigen kapitalistischen Länder zu finden sind: Die Einmaligkeit und die Wichtigkeit dieses Prozesses sind eng mit der Machtfrage verknüpft. Die Besetzung von Grundstücken der Stadt mit der Absicht, dort Wohnungen zu bauen, die anderswo nicht zu bekommen waren, findet auch in den meisten anderen Ländern unter der Beteiligung von Massenorganisationen statt (in Peru, Kolumbien, Venezuela usw.). Für Chile aber ist die unmittelbare politische Rolle dieser Aktionen charakteristisch. Umgekehrt ist die Bestimmung des politischen Gehaltes solcher Ansiedlungen in den Bedingungen zu suchen, unter denen sie entstehen und in der Richtung und der Strategie der politischen Kräfte, die ihre Grundlage bilden.

Auch wenn sie von einer Strukturkrise des Wohnungsbaus ausgehen, kann man Aktionen wie die illegale Besetzung städtischen Bodens und den Bau wirklicher »Volksviertel«³⁰ außerhalb der bestehenden Ordnung (oder eher gegen sie)³¹ doch nicht als eine mechanische Reaktion auf einen »Mangel« betrachten. Es handelt sich um einen *gesellschaftlichen Prozess*, der eng mit den Beziehungen zwischen den gesellschaftlichen Kräften verbunden ist und stark von der Dialektik zwischen Unterdrückung und Integration durch den Staatsapparat abhängt. Aus dieser Analyse folgt schließlich, dass sich die soziale Be-

²⁹ Pobladores bedeutet nicht nur Siedler. Der Ausdruck hat einen weiteren Sinn, der sich politisch ausdrückt. Welchen? – Das versucht unsere Analyse zu verdeutlichen.

³⁰ Campamentos genannt – (An)Siedlungen.

³¹ Für 7.300.000 Personen fehlten 1960 in Chile 490.000 Wohnungen. 1970 fehlten für 9.300.000 Personen 600.000 Wohnungen. Außerdem erlauben der Verfallszustand der Wohnungen in Stadtmitte und der vollständige Mangel an Versorgungseinrichtungen am Stadtrand, von einer allgemeinen Krise des Wohnungsbaus zu sprechen. Doch ist diese Krise nicht durch die »Unterentwicklung«, sondern durch die Struktur des Wohnungsbaus in Chile bedingt, wo die Unternehmen enorme Gewinne machen und schon immer eine der einflussreichsten Gruppen darstellten, die Druck ausüben. Vgl. E. Santos und S. Seelenberger, »Problemática estructural del sector vivienda«, Universidad Católica de Chile, 1968; in: R. Cheetham, »La Camara Chilena de la Construcción«, EURE Nr. 3, 1971.

deutung der Grundstücksbesetzung und des Siedlungsbaus aus ihrer Verbindung zu den Beziehungen zwischen den Klassen und zu den politischen Strategien ergibt. Darum findet man in der chilenischen *Pobladores*-Bewegung am klarsten die konkrete historische Erfahrung mit den sozialen Voraussetzungen für die Verbindung zu den städtischen Problemen, für das politische und das revolutionäre Moment, d.h. für die Entstehung einer gesellschaftlichen Bewegung in einer Stadt. Um diese Bedingungen kennenzulernen, sollte man sich kurz daran erinnern, wie sich der Klassenkampf und die politischen Strategien in den letzten Jahren entwickelt haben.

Klassenkampf, politische Verhältnisse und die Besetzung städtischen Bodens

Der Zusammenbruch des politischen Systems der alten, chilenischen Oligarchie und der triumphale Wahlerfolg der Christdemokraten im Jahre 1964 waren bekanntlich der Ausgangspunkt für einen ehrgeizigen, volkstümlichen Reformversuch, der auf einem Bündnis zwischen dem dynamischeren Teil des chilenischen Bürgertums, das mit dem internationalen Kapital verbunden ist, und weiten Kreisen der Bevölkerung unter bürgerlicher Führung beruhte. Dieser Versuch fand seinen Ausdruck in einer Agrarreform, in der Einführung eines Sozialhilfeprogramms und in der lokalen Beteiligung auf dem Gebiet des Wohnungsbaus und der städtischen Probleme. Die Initiative war nicht allein auf das Lumpenproletariat gerichtet (das von einer neuen Ideologie »Randständige« getauft wurde), sondern auch auf Bevölkerungsschichten, die von der Wohnungskrise betroffen waren und die sowohl Arbeiter als auch Angestellte und kleine Beamte umfassten. Das städtische Reformprogramm wendet sich zwar an Arbeiter, aber nicht an Arbeiter als solche, sondern in ihrer Eigenschaft als »schlecht Untergebrachte«. Sie sind also aufgrund eines Nebenwiderspruches mobilisiert, für den der Staat Verpflichtungen zu übernehmen versucht in der Erwartung, in diesem Bereich Bedingungen für eine rentable Nutzung schaffen zu können. Zunächst weckt das Programm große Hoffnungen. Wohnungslosen werden Grundstücke zugeteilt; Baumaterialien werden ihnen geliefert. Aber man erkennt schnell die Grenzen eines solchen Unternehmens, das die erzeugenden Mechanismen nicht

angreift³² und das nicht über die notwendigen Mittel verfügt, um sich der unbefriedigten Bedürfnisse anzunehmen. Die Hoffnung wandelt sich in Ungeduld. Die Kommunalwahlen von 1967 schaffen günstige Verhältnisse, um durch Aktionen an die Unterlassung der Regierung zu erinnern: Mehrere Grundstücke am Rande Santiagos werden eingenommen und besetzt, Baracken und Zelte aufgebaut. Diese Besetzung ist jedoch eine gesetzwidrige Handlung, die die Bodenpolitik und den Status quo infrage stellt, der mit den Immobiliengesellschaften angestrebt wird. Da sie nicht in der Lage ist, die gesellschaftlichen Forderungen zu erfüllen, antworten die Christdemokraten (D.C.) mit Polizeigewalt. Damit wird die Bewegung eine Zeit lang gebremst. Aber das Ende der widerspruchsvollen Entwicklung ist schon gekommen: Das Sofortprogramm im Wohnungsbau (»Operación Sitio«) ist ein Misserfolg. Der deutliche Rückgang im Sozialen Wohnungsbau verstärkt die Reformströmung nur, die sich einem Unterdrückungsapparat gegenüber sieht, der nun den ohnmächtigen Apparat zur Eingliederung in die Gesellschaft ersetzt.

In die so geschlagene Bresche springen zwei verschiedene politische Strategien, die beide im Gegensatz zu dem populären Projekt stehen. Auf der einen Seite versuchen die Arbeiterparteien (P.C., P.S.), den politischen Kampf auf dem gleichen Feld wie die Christdemokraten zu führen. Dabei weisen sie auf das Unvermögen der Regierung hin, die Probleme zu lösen und bereiten so den Wahlkampf von 1970 mit vor. Auf der anderen Seite findet die revolutionäre Linke, die mit dem bewaffneten Kampf begonnen hat, in der explosiven Situation ihre Thesen bestätigt; sie sieht Möglichkeiten eines Massenaufstandes gegen den Unterdrückungsapparat der Bourgeoisie.

Solcherart doppelt angetrieben, entwickeln sich die Besetzungen der städtischen Grundstücke, bilden sich Siedlungen. Unabhängig von der politischen Zielrichtung ist der Prozess dieses Siedlungsbaus immer derselbe: Eine politische Organisation (die einmal mit einer Gewerkschaftsgruppe, einmal mit einer bestimmten, kulturellen Umgebung verbunden ist) baut innerhalb einer gewissen Zeit ein Obdachlosenkomitee auf, bezogen auf einen Stadtteil, eine Berufsart oder einen Arbeitsplatz. Wenn die gesetzwidrige Besetzung eines Grundstücks, auf

³² Vor allem wird es nie zur Entstehung eines öffentlichen Unternehmens für den Sozialen Wohnungsbau kommen, dem unerlässlichen Element eines wirklichen Reformprogramms.

dem Unterkünfte gebaut werden sollen, einmal beschlossen ist, vereinigt man mehrere Komitees mit ungefähr gleicher politischer Richtung und bestimmt eine Aktionsgruppe, die die Besetzung vorbereitet und eine polizeiliche Überwachung vereitelt. Eines Nachts wird dann die Parole ausgegeben. Die Familien strömen mit ihren Habseligkeiten herbei, Zelte werden im Kreise aufgestellt, ein Schutzwall wird errichtet und die chilenische Fahne gehisst, während sich die Aktivisten mit der Polizei auseinandersetzen. Manchmal versuchen linke Persönlichkeiten des politischen Lebens mit den schnellstens herbeigeeilten »Spezial-Einsatzkommandos« zu verhandeln ... Ist die Besetzung erfolgreich, dann eilen in den folgenden Tagen neue Familien herbei, und zwar so viele, wie das Lagerkomitee, das sofort sein Amt antritt, zuzulassen bereit ist. Nach mehreren Wochen ist ein neuer Mittelpunkt des Lebens entstanden.

Damit ist die städtische Problematik zu einem der Angelpunkte des gesellschaftlichen Kampfes in Chile der Zeit vor den Wahlen von 1970 geworden, der manchmal auf einer höheren Ebene als der Arbeitskampf angesiedelt war. Dieses Paradox kann mit der Übereinstimmung in der Taktik der drei politischen Hauptströmungen erklärt werden, die aus diesem zweitrangigen Widerspruch einen augenblicksbedingten Hauptwiderspruch macht. Diese Annäherung verdeckt aber völlig, dass für jeden Fall verschiedene Gründe gelten.

Wenn unsere Behauptung zutrifft, dass die Christdemokraten ein zugleich populäres, mobilisierendes und Klassen übergreifendes Ziel brauchten, wie es die Wohnungsfrage darstellte, dann musste auch die Volksfront³³ daran interessiert sein, die Forderungen zu erweitern, die den Kapitalismus nicht *direkt* infrage stellten (d.h. eher auf die Art der Güterverteilung zielten als auf die Produktionsverhältnisse selbst). Ihre Strategie hatte das Ziel, die »Regierungsmacht« durch Wahlen zu gewinnen, um hinterher die Struktur der wirtschaftlichen Zusammenhänge zu verändern. Die revolutionäre Linke, die vor allem mit dem Parteiaufbau beschäftigt war, sah ihrerseits im reformerischen Stadtkampf einen taktischen Vorteil, da ihr so ein Weg offenstand, um zur Arbeiterklasse vorzudringen. Das wurde sowohl durch die organisato-

³³ »Unidad popular« (Volksfront; A.d.Ü.) (U.P.): eine Koalition zwischen der Linken (P.C., P.S., Radikale Partei, M.A.P.U., Unabhängige), die die Präsidentschaftswahlen von 1970 gewann und Allende gegen die D.C. (Christdemokraten) und die Rechte unterstützte.

rische Schwäche der Pobladores-Bewegung erleichtert als auch durch die nun entstandene und übermächtig werdende soziale Situation.

Die erste Welle der Grundstücksbesetzungen trifft 1969 auf einen äußerst starken Widerstand der Behörden: Am 9. März erschießt die Polizei mit Maschinengewehren eine Gruppe von Familien in Puerto Montt im Süden Chiles, die gerade dabei war, ein Lager aufzuschlagen. Die Empörung ist allgemein und die Gewaltanwendungen nehmen ab. Die ersten massiven Besetzungen in Santiago Anfang 1970 werden unter sehr heftigen Auseinandersetzungen zwischen revolutionären Aktivistinnen und Spezialeinheiten der Polizei vorgenommen. Aber der Wahlkampf ist eröffnet. Da das Bürgertum ihnen freie Bahn lässt, spielen die Christdemokraten angesichts eines Volksentscheides ihre linken Karten aus, was mit der blutrünstigen Gewaltanwendung gegen eine immer massiver werdende Bewegung unvereinbar ist. Nach einem erneuten Zwischenfall im Juli 1970 stoppt die Regierung jede Aktion, die geeignet wäre, ihr Bild zu trüben: In den Monaten vor den Wahlen im September 1970 besetzen Zehntausende von Personen Grundstücke in Santiago. Um die Basis im Volk nicht ganz zu verlieren, organisiert die D.C. selbst Besetzungen. Allerdings verstärkt sich in den beiden Monaten zwischen dem Triumph der Linken und der offiziellen Einsetzung des neuen Präsidenten die Bewegung noch.

Wenn die Volksfrontregierung die Besetzungen in Santiago auch gebremst hat, indem sie den Sozialen Wohnungsbau ankurbelte, so hat sie letztlich doch zugelassen, dass die erreichten Zustände beibehalten wurden, da sie die Existenz der Siedlungen praktisch legalisiert.

Zu Anfang des Jahres 1971 hatten somit etwa 300.000 Personen in Santiago Siedlungen errichtet, was 10% der Bevölkerung ausmachte. Diese Gruppen waren für die Gesellschaft und die Politik aber noch wichtiger, da die Entwicklung zeit- und räumlich verdichtet und eng mit revolutionären Verhältnissen verbunden war. Eine neue Welt war entstanden: eine Welt aus Boden und Wäldern, eine Welt der Volksmilizen und Arbeiterbrigaden – Diskussionen unter Funktionären und Kinderlächeln unter Regenschauern.

Diese Welt zu prüfen, die Bedeutung ihrer Existenz aufzuzeigen, heißt zwei Fragenkomplexe zu beantworten: Gibt es in diesen Siedlungen eine neue Lebensform und wenn ja, welche? Wie sehen die Neuerungen im sozialen Alltag aus? Andererseits und vor allem: Wie fügt sich die Bewegung aufgrund der Entwicklung des Lebens-, des Ar-

beits- und des politischen Kampfes in andere Bewegungen ein? Letztlich geht es darum, zu wissen, welche bestimmten Wirkungen die gesellschaftlichen Bewegungen in einer Stadt auf die Machtverhältnisse zwischen den Klassen ausüben und wie das revolutionäre Potenzial aussieht.

Soziale Organisation der Siedlungen und die Veränderung der Lebensform

Die Bedingungen, unter denen diese Ansiedlungen entstanden sind, stellen sie ohne Weiteres in objektiven Gegensatz zur gesellschaftlichen Ordnung und verpflichten ihre Bewohner, ihre verschiedenen Alltagsprobleme in Selbstverwaltung zu lösen. Da sie aus einer Forderung nach Wohnungen und Gemeinschaftseinrichtungen entstanden sind, entwickeln sie sich in Richtung auf eine soziale »Normalisierung«, und zwar insofern und insoweit die Gesellschaft auf ihre Anliegen von der linken Regierung wirklich Antwort erhält. Es gibt also keine Mini-Gesellschaft »am Rande« der allgemeinen Gesellschaftsbildung. Dagegen kann man in dieser Phase des Übergangs, in der die Siedlungen eine gewisse Selbstverwaltung erhalten, die Entstehung neuer Kampfformen beobachten, was den Inhalt und die Organisation betrifft, Formen, die vielleicht sogar eine künftige Veränderung der gesellschaftlichen Beziehungen vorwegnehmen, was wiederum von der jeweiligen Entwicklung der revolutionären Prozesse abhängt.

Gibt es tatsächlich Versuche, die eine Veränderung bewirken können? Und wie sehen die entscheidenden Faktoren aus?

Unserer Untersuchung nach sind die bedeutsamsten Änderungen, die eine allgemeine Gesellschaftsbildung betreffen, diejenigen, welche die Fragen *der Sicherheit*, *der Disziplin* und *der Gerichtsbarkeit* berühren. In einer frühen Phase hatte der Umstand, dass die Ansiedlungen gesetzwidrig waren, zur Folge, dass zuallererst ein Verteidigungsapparat gegen die Polizei auf die Beine gestellt wurde. Das führte auch dazu, dass ein System der Vorbeugung und Unterdrückung der Kriminalität zusammen mit einem System der Rechtsprechung in Selbstverwaltung organisiert wurde, um Probleme des Zusammenlebens zu lösen. »Volksmilizen« und »Ordnungskomitees« wurden bereits zu einem frühen Zeitpunkt gebildet. Nach dem Regierungsantritt der »Unidad

popular« wurden sie fortschreitend abgebaut, da die Linksparteien behaupteten, dass es besser sei, die »Polizei der Volksregierung« zu bemühen. Aber die Unzulänglichkeit dieser Polizei bei der Bekämpfung der Kriminalität und ihre feindselige Haltung gegenüber den Siedlern ließen die Organisierung eines selbstverwalteten Sicherheitsdienstes in den Siedlungen vor allem nachts wieder aufleben. Indessen ändert die Existenz eines solchen Dienstes grundsätzlich nichts an der Bedeutung von Gemeinschaftshandlungen in der Siedlung. Hin und wieder konnte man sogar feststellen, dass sie zum Unterdrückungswerkzeug einer kleinen Gruppe werden können. Andererseits werden sie, da sie mit dem Apparat einer autonomen Rechtsprechung verbunden sind, dessen Beschlüssen sie Beachtung verschaffen, zu Organen der Volksmacht. Umgekehrt braucht diese örtliche Rechtsprechung im Namen des Volkes ein Organ, um beachtet zu werden und um zu gewährleisten, dass die Beschlüsse angewendet werden, und zwar so lange, bis bei der großen Masse der Siedler ein fortschreitender Anstieg des Verantwortungsbewusstseins erreicht ist.

Diese *Volksgerichtsbarkeit* bleibt ein auf einige Siedlungen begrenzter Versuch. Sie weist außerdem unterschiedliche Mobilisierungs- und Organisationsniveaus auf: vom Schiedsgericht, dessen Amt von einer moralischen Autorität in der Siedlung (einem Volksführer oder einem verantwortlichen Leitungsausschuss) ausgeübt wird bis zu den Zivilgerichten, die in bestimmten Fällen von der Bevölkerung selbst gestellt werden.

Was wirklich entscheidend zu sein scheint, damit ein System der Volksgerichtsbarkeit bestehen kann, ist der Grad der Mobilisierung und der politischen Organisation, und zwar über bestimmte politische Richtungen hinaus. Dabei ist es gleichgültig, ob diese Mobilisierung nun von der Bedeutung oder der Zusammensetzung der politischen Gruppe ausgeht, die die Siedlung ins Leben gerufen hat, oder von der Erfahrung, die man beim Kampf gegen den Unterdrückungsapparat sammeln konnte, einem Kampf, der gleichsam den Anfang eines neuen Lebens setzt.

Und noch ein Faktor übt einen deutlichen Einfluss aus: Eine örtliche Gerichtsbarkeit außerhalb des Behördensystems besteht nur in den Siedlungen, für die ein starker Anteil von nicht-arbeitslosen Arbeitern kennzeichnend ist – im Gegensatz zu den Siedlungen, in denen das Subproletariat dominiert.

Diese Versuche mit einer Volksgerichtsbarkeit äußern sich nicht nur dadurch, dass neue Einrichtungen geschaffen werden, sondern manchmal auch durch den neuen Inhalt, der damit der Gerichtsbarkeit gegeben wird: Schutz des Gemeinguts und Berücksichtigung von Fragen, die vom bourgeois Gesetz vernachlässigt wurden. Man betrachtet es beispielsweise als Fehler, bei Versammlungen abwesend zu sein oder sich in einer Versammlung schlecht zu benehmen. Vor allem überwacht man das Verhalten innerhalb der Familie. Der Trunksucht wird mit strengen Maßnahmen Einhalt geboten. Alkoholische Getränke sind in zahlreichen Siedlungen verboten und am Eingang ist ein kleines Häuschen errichtet, um die Bewohner, die etwas zu »fröhlich« die Ansiedlung betreten wollen, ausschlafen zu lassen. Diese Maßnahmen werden durch ein Umerziehungsprogramm vervollständigt: Man versucht, die sozialen Ursachen der Trunksucht zu bekämpfen.

Sehr viel schwieriger sind Überlegungen zu neuen Bestrafungsarten angesichts der schwachen Handlungsfähigkeit, über die diese Siedlungen verfügen und der Notwendigkeit einer vorläufigen Veränderung der gesellschaftlichen Beziehungen, damit eine gewaltlose Rechtsprechung auch wirksam sein kann. Wenn die Selbstkritik auch weit verbreitet ist, und es Bestrafungen in der Form gegeben hat, dass die Delinquenten über revolutionäre Texte nachdenken sollten, so hat es doch Festnahmen, Geldstrafen, hin und wieder auch physische Gewaltanwendungen gegeben. Die Höchststrafe besteht in der Ausweisung aus der Siedlung. Schließlich wurden Methoden der Umerziehung erarbeitet. Doch scheinen die am weitesten fortgeschrittenen Versuche ihren Höhepunkt erreicht zu haben: Sie können sich nur dann örtlich entwickeln, wenn sie verallgemeinert werden. Das verlangt eine qualitative Veränderung des Staatsapparates, was wiederum von den derzeitigen Machtverhältnissen abhängt.

Es gibt ein weiteres Gebiet, auf dem die Siedlungen Grundlage für neue Erfahrungen gewesen sind: *die Arbeitslosigkeit*, für die Mehrheit der Bewohner eine Dauerplage. Je nach Mobilisierungsgrad bildeten sich Arbeitslosenkomitees, wurden Gemeinschaftsarbeiten innerhalb der Siedlung verteilt und von den Bewohnern bezahlt, die Arbeit zu vergeben hatten. Selbst »Arbeitsbrigaden« wurden von Arbeitslosen eingerichtet, die den Bau von Sozialwohnungen mit Staatsmitteln übernahmen und somit auf »wilde« Art und Weise das Monopol privater Wohnungsbauunternehmen brachen. Eine wichtige Tatsache ist, dass

die Siedlungen, in denen diese Versuche angestellt wurden, die gleichen Wesensmerkmale besitzen, wie diejenigen, in denen eine Volksgerichtsbarkeit funktioniert. Demnach handelt es sich um eine wechselseitige Stärkung zusammenhängender Tätigkeiten, die von der zugrunde liegenden allgemeinen politischen Fähigkeit bestimmt und von einer Art lokaler Regierung in die Hand genommen werden.

Tatsächlich findet man fast überall *Organe zur Leitung der Siedlung*, die wirkliche Machtbefugnisse besitzen und das Element darstellen, das die außenstehenden Kräfte (staatliche Einrichtungen, politische Organisationen) mit der Behandlung der alltäglichen Probleme der Siedlung verbindet. Diese Organe einer lokalen Regierung können mehrere Formen annehmen: eine gewählte Führung zusammen mit einer Versammlung; eine Führung und eine Versammlung, die mit den ehemaligen Komitees der Obdachlosen, die in den Siedlungen organisiert blieben, in Verbindung stehen. In den entwickeltsten Fällen verbindet sich schließlich eine Organisation pro Häuserblock mit einer Gruppe der Arbeitsaufsicht (»Arbeitsfront«: Gesundheit, Bildung, Straßenreinigung usw.) und mit Abgeordneten zu einer gewählten und absetzbaren Leitung.

Charakteristisch für diese verschiedenen Arten von »lokaler Demokratie« ist, dass die Verwurzelung, die Beständigkeit einer Leitung und ihr Einfluss auf die Bewohner vor allem von ihrer Fähigkeit abhängt, konkrete Probleme zu lösen. Auf diese Weise entwickelt oder schwächt sich der Einfluss einer politischen Richtung: Ausgehend von Aktivistenzellen in der Siedlung mobilisiert die Organisation die Bewohner, um bestimmte Forderungen durchzusetzen. Wenn sie erfolgreich ist, wird sie unterstützt, was neue langfristige Initiativen erlaubt.

Das bedeutet: Wenn die Fähigkeit, Probleme der gemeinschaftlichen Konsumtion (Gesundheit, Bildung, Wohnung, Versorgung usw.) zu lösen, zunächst nur von dem Grad der Mobilisierung und der Organisation der Siedler abhängt, dann würde die Wirksamkeit des staatlichen Eingriffs – selbstverständlich in Wechselbeziehung mit der lokalen Selbstverwaltung – zum bestimmenden Element werden, vor allem dann, wenn sich die Regierung ändern und das Programm der »Unidad Popular« angewendet würde.

Diese Veränderung der Verhältnisse erklärt, warum Neuerungsversuche auf diesem Gebiet praktisch fehlen. Tatsächlich verringert die notwendigerweise gemeinschaftliche Behandlung der Probleme die

Fähigkeit einer Siedlung, eine Organisation zu entwickeln, die sich von der unterscheidet, die dem Sozialisationsprozess des gesamten Landes entspricht. Aus diesem Grunde fanden die Erwachsenenbildungsprogramme keinen Anklang. Der Versuch, eine Schule selbst zu verwalten, wurde mehr dazu benutzt, um bei Forderungen Druck auf den Staat ausüben zu können. Diese Versuche, den herkömmlichen ideologischen Inhalt gewisser Programme zu kontrollieren, hatten die Entlassung der Lehrer zur Folge. Das zwang die Führer der *Pobladores* zum Rückzug usw. Tatsächlich brachte die Entscheidung der Regierung, überall Volksschulen einzurichten, eine wirkliche Veränderung. Zu diesem Zweck benutzte man alte Autobusse, die als Klassenzimmer dienten ... Aber es war eben der Staat, der durch seine neue Politik die Einschulungsquote anheb.

Was das *Gesundheitswesen* betrifft, so konnten auch die »Gesundheitsbrigaden« nur dort wirksam werden, wo die (staatliche) Nationale Gesundheitsbehörde einen Dauerdienst und eine Armenapotheke eingerichtet hatte. Dazu kommt, dass eine Wechselbeziehung zwischen dem Vorhandensein der »Gesundheitsbrigaden« aus der Gegend und dem guten Funktionieren des öffentlichen Gesundheitsdienstes besteht. Das erweist sich sehr gut aus der Tatsache, dass diese sich nicht so sehr dort bilden, wo ein besonderer Mangel herrscht, sondern eher einen Ausdruck der Fähigkeit der jeweiligen Siedlungen darstellen, Reformen durchzusetzen.

Im *Wohnungsbau* und in der *Stadtteilplanung* bastelte die Siedlerinitiative anfangs an den Verhältnissen herum. Danach folgte der massive Eingriff durch ein Sofortprogramm der Volksfront, die im Jahre 1971 die »Winteroperation« einleitete: Genormte Baracken wurden errichtet und in der Mehrzahl der Siedlungen ein Mindestmaß an städtischen Dienstleistungen eingerichtet.

Diese Initiative verbesserte die Lebensbedingungen von Grund auf. Der Plan war in die Gesamtheit der zu jener Zeit eingeleiteten wirtschaftlichen Maßnahmen einbezogen. Da das Verfahren Dringlichkeit besaß, gab es nur eine sehr schwache Beteiligung der Siedlungsbewohner bei der Ausarbeitung der Architekturzeichnungen und der Bebauungspläne, und zwar sowohl bei den provisorischen als auch bei den endgültigen Gebäuden, die errichtet wurden. Wo die Basis möglicherweise hätte eingreifen können, beschränkte sie sich auf Detailverbesserungen, ohne dass es zu irgendwelchen neuen Wohnformen gekom-

men wäre. Überall wünschte man das Einfamilienhaus (und zwar so sehr, dass es als Strafe aufgefasst wurde, in den Wohnblocks untergebracht zu werden). Man verlangte, getrennt vom Nachbarn zu leben und wollte einen Zaun um das Haus haben. All das bestätigte nur, dass die kulturellen Neuerungen hinter den wirtschaftlichen Forderungen und der politischen Mobilisierung herhinken.

Auf dem Gebiet des kulturellen Lebens und der *Freizeitaktivitäten* beobachtet man denn auch die geringste Dynamik und eine große Trägheit, die von der Handlungsunfähigkeit herrührt, wie sie die herrschende Ideologie gelehrt hat: Der Wirkungskreis der Aktivitäten beschränkt sich auf die herkömmlichen Sportveranstaltungen und auf die nicht minder herkömmliche Frauenarbeit in den »Hausfrauenzirkeln«. Nur eine Ausnahme gibt es: Eine revolutionäre Ansiedlung, in der eine Volkstheatergruppe besteht, spielt Stücke über die derzeitigen Arbeitskämpfe und beteiligt sich an der Mobilisierung gegen die Bastionen des konservativen chilenischen Kulturlebens. Allerdings scheint die »Kulturrevolution« gleichzeitig einen hohen politischen Mobilisierungsgrad und eine Reihe tief greifender gesellschaftlicher Veränderungen zu erfordern, die über die engen Grenzen des Siedlungsalltages hinausgehen.

Auch wenn die Siedlungen keine Mittelpunkte der kulturellen Erneuerung im wahrsten Sinne des Wortes darstellen, so sind sie doch in gewissen Fällen und auf bestimmten Gebieten Ursprung einer gesellschaftlichen Veränderung. Das zeigt sich dort noch konkreter, wo die soziale Basis in der Hauptsache aus Arbeitern besteht, bei denen sich eine entschiedene und geschlossene revolutionäre, politische Linie zeigt – wie die revolutionäre Richtung auch aussehen mag, die sich in ihr ausdrückt.

Diese Neuerung ist jedoch nicht allgemein: Sie entwickelt sich nur auf den Gebieten, in denen ein ganz bestimmter Widerspruch in der Gesellschaftsordnung besteht und in denen der Staatsapparat die Lösung der Probleme nicht voll in die Hand nimmt. Das erklärt auch, warum zu einem früheren Zeitpunkt der Bewegung, nämlich vor der Linksregierung in Chile, die gesellschaftserneuernden Handlungen in den Siedlungen sehr viel zahlreicher waren als nach den Wahlen. Von der Einsetzung Allendes als Präsident an gibt es nur noch dort eine wirkliche Mobilisierung, wo die Regierung nicht genügend Macht besitzt, um die strukturelle Logik umzustoßen: bei der Justiz und im

Wohnungsbau (der schon immer dem Privatmonopol der Bauhandwerkskammer Chiles unterworfen war).

Damit gelangt man zu einer ersten bedeutsamen Schlussfolgerung. Es gibt in der sozialen Organisation der Siedlungen dann Neuerungsversuche, wenn drei Grundelemente zusammenkommen: 1) Der jeweilige Widerspruch ist für die Sozialstruktur von Bedeutung. 2) Der Staat verfügt nur über geringe Eingriffsmöglichkeiten in diesem Bereich. 3) Es gibt eine geschlossene und organisierte politische Bewegung, die auf eine Veränderung der Gesellschaft zielt. Objektiv ist damit die Siedlerbewegung einerseits in die Politik der Volksfrontregierung, die die Bedürfnisse der Gemeinschaft befriedigen möchte, einbezogen und andererseits in die gesellschaftliche Mobilisierung, die notwendig ist, um die Zentren der Macht zu erobern, die im Widerspruch zur sozialen Ordnung stehen. Die Vorzeichen hierzu findet man in den Siedlungen.

Die Verbindung zwischen der reformerischen Praxis der Siedler und der Gesamtheit der gesellschaftlichen Widersprüche

Von der Art und dem Umfang der Verbindung der gesellschaftlichen Prozesse in den Siedlungen mit den Prozessen, die von anderen Widersprüchen in der Gesellschaftsstruktur ausgehen, hängt die Möglichkeit ab, durch diese Praxis die Klassenverhältnisse insgesamt zu verändern oder – wenn man so will – ihre tatsächliche Wirksamkeit als soziale Bewegung. Dabei sollte man nicht davon ausgehen, welchen Einfluss die Siedlungen auf die persönliche politische Mobilisierung ihrer Bewohner ausüben können, sondern davon, wie die Siedlerbewegung mit den sozialen Kämpfen verbunden ist, die aufgrund anderer sozialer und politischer Probleme entstehen.

Damit man eine solche Analyse genau durchführen kann, werden wir die verschiedenen Erscheinungen in der Sozialstruktur nacheinander betrachten. In jeder Einzelnen von ihnen suchen wir die Beziehungen heraus, die zwischen der Siedlerbewegung und den Faktoren bestehen, die sie bestimmen.

1. Was die Widersprüche im Bereich der *Produktion* betrifft, so ist die Siedlerbewegung mit den Arbeitskämpfen im Allgemeinen nur schwach oder überhaupt nicht verbunden – außer in zwei Siedlungen, in denen eine revolutionäre Richtung vorherrscht; das gilt vor allem

für eine von ihnen, die ganz bewusst mitten im Industriegebiet errichtet wurde, um sich an den Kämpfen in den Betrieben beteiligen zu können, was auch tatsächlich erfolgte. In beiden Fällen haben die Siedlungen Werksbesetzungen geleitet und unterstützt. Sie wussten, dass die Rolle der Siedler in jede revolutionäre Praxis unmittelbar eingeschlossen ist. In diesen Siedlungen besteht auch eine dauerhafte organische Beziehung zum Arbeitskampf, was sich an der Bildung von Komitees zeigt, in denen Arbeiter und Siedler des gleichen geografischen Bezirks zusammengeschlossen sind.

In den anderen Siedlungen beobachtet man weder eine unmittelbare Beteiligung an Kämpfen noch eine dauerhafte organische Beziehung. Andererseits bestehen dort, wo die großen Arbeiterparteien einen starken Einfluss ausüben, Komitees, die mit führenden Organen der Gewerkschaften zusammenarbeiten.

Demnach kann man folgende Schlussfolgerung ziehen:

- a) Die Siedlungen als solche sind nicht bestrebt, sich mit dem Kampf der Arbeiter zu verbinden – außer wenn eine politische Organisation eingreift.
- b) Für die Arbeiterparteien wird die Zuordnung Siedlerbewegung – Gewerkschaftsbewegung dann Wirklichkeit, wenn sie die Führung innehaben, vor allem wenn die Gewerkschaftsbewegung die Führung besitzt oder in der täglichen politischen Praxis beide Bewegungen innerhalb der Partei laufend zusammenarbeiten.
- c) Die revolutionäre Linke, für die die Siedlungen ein Weg war, um unter die Arbeiter zu kommen, versucht ihrerseits die Bedingungen für eine unmittelbare Verbindung zu schaffen, und zwar in der Organisation und in den Kämpfen der Siedler und der Arbeiter.

2. Auf dem Gebiet der *kollektiven Konsumtion* (Wohnung, Versorgung, Gesundheit usw.) zeigen die Siedlungen eine große Bereitschaft, an außerhalb stattfindenden Demonstrationen für Reformen teilzunehmen. Das ist selbst bei weniger politisierten Siedlungen der Fall, was wiederum beweist, dass eine Übereinstimmung besteht zwischen der Teilnahme an einer städtischen Reformbewegung (z.B. der Siedlerbewegung selbst) und der Bereitschaft, sich spontan in der gleichen Kampffront zu organisieren.

So nahmen die Siedlungen beispielsweise sehr stark an den Mobilisierungen zur Wohnungsfrage, an der Besetzung leer stehender Häuser und der Sperrung von Straßen teil. Man muss darauf hinweisen, dass

sich die wesentlichen Merkmale der aktivsten Siedlungen entsprechend den politischen Verhältnissen völlig veränderten: Seit die Volksfront regierte, waren vor allem die von den Christdemokraten geführten Siedlungen aktiv, während die linken Siedler der Regierung eine Frist einräumten, damit sie ihr Soziales Wohnungsbauprogramm aufbauen konnte.

Andererseits findet man ebenfalls unter der Volksregierung bei einer anderen Art von Aktionen an derselben Kampffront (kollektive Konsumption) revolutionäre Siedlungen Seite an Seite mit gemäßigten. So war es bei Protesten gegen die bürokratische Trägheit und gegen die schlechten öffentlichen Dienstleistungen: Besetzung von Krankenhäusern, Ansturm auf die Büros der Verwaltung, Müllabladungen in den Empfangszimmern der Stadtverwaltung, die sich um die Probleme der Siedlungen nicht kümmerte usw.

Auf diese Möglichkeit, Siedler für Forderungen zu mobilisieren, muss zu einem Zeitpunkt hingewiesen werden, in dem die Volksfrontregierung ihrerseits große Anstrengungen unternimmt, um die Dienstleistungen zu verbessern. Demzufolge werden die Massenaktionen von den Führern der Linken abgeschwächt, die in der Bewegung die Mehrheit besitzt. Das zeigt, dass der von den Siedlern erreichte Grad des Kampfes um Reformen in der kollektiven Konsumption sehr hoch ist. Das bedeutet auch, dass eine Übereinstimmung besteht zwischen der Umschichtung der Siedlungen und der auf Gemeinschaftseinrichtungen bezogenen Mobilisierung.

3. Demgegenüber ist der Beitrag weit weniger deutlich, den die Siedlungen zur Veränderung der *persönlichen Konsumption* geleistet haben, indem sie vor allem die Händler kontrollierten und Verbraucherkomitees organisierten. Während in den anderen »Volksvierteln« von Santiago Ausschüsse gebildet wurden, um die Preise zu überwachen, bestehen solche Einrichtungen in den Siedlungen nicht. Auch die Bestrebung, Genossenschaften zu bilden, erwies sich als Fehlschlag. Die einzige wirksame unter den eingeleiteten Maßnahmen, um die Preise der Händler zu kontrollieren, die sich in den Siedlungen niedergelassen hatten, bestand in einer regelmäßigen Inspektion durch das Leitungskomitee jeder Siedlung. Diese Schwäche der Mobilisierung auf dem Konsumptionssektor beweist nur, dass dieser Kampf hier in Chile keine Tradition besitzt. Das ist verständlich in einem Land, in dem für die Mehrheit der Bevölkerung bis vor Kurzem das Problem nicht

in der Art des Verbrauchs lag; ihr Problem war es, eine Mindestmenge an Konsumgütern zu erhalten.

4. Um die revolutionären Möglichkeiten einer Siedlung zu beurteilen, muss man die Beziehungen zum eigentlichen politischen Kampf untersuchen. Doch verpflichtet eine Analyse der verschiedenen Erfahrungen dazu, zwischen zwei Dimensionen des politischen Kampfes zu unterscheiden: zwischen demjenigen, den wir *politischen Kampf im Rahmen der bestehenden Gesetze* – z.B. die Teilnahme an Wahlkampagnen, die politische Richtung der Stimmabgabe usw. – und demjenigen, den wir *außergesetzlich* nennen werden. Hier bedient man sich anderer Mittel, um dem Volkskampf Ausdruck zu verleihen (offensive Kundgebungen, Besetzungen, Selbstschutz usw.).

Somit kann man eine Typologie des politischen Verhaltens der Siedlungen beobachten, die eng mit einer Reihe bezeichnender Faktoren verbunden ist:

- Siedlungen mit einer *schwachen politischen Beteiligung*: Sie werden eher von einem örtlichen Führer geleitet als von einer politischen Partei. Man muss anmerken, dass es in dieser Gruppe gemäßigte und revolutionäre Siedlungen gibt. Vom Gesichtspunkt des sozialen Zustandes aus gesehen existieren alle Grade. Dennoch scheint der politische Führungsstil die entscheidende Variable zu sein.
- Siedlungen mit einer *gesetzeskonformen politischen Beteiligung mittleren Grades*: Es handelt sich um die Siedlungen, die von einem Konflikt zwischen verschiedenen politischen Richtungen beherrscht werden.
- Siedlungen mit einem *hohen Grad an gesetzeskonformer politischer Beteiligung*: Das sind gleichermaßen jene Siedlungen, die von den Arbeiterparteien der »Unidad popular« geführt werden und jene, die von den politischen Gegnern der »Unidad popular« kontrolliert werden.
- Siedlungen mit einem *niedrigen Grad an gesetzeskonformer Beteiligung* (z.B. keine Teilnahme an Wahlen) und einem *hohen Grad an außergesetzlichem politischem Kampf*: Das sind alle Siedlungen der revolutionären Linken und *nur diese*.
- Siedlungen mit einem *hohen Grad der Beteiligung an beiden Arten des Kampfes*: Für diesen Fall gibt es nur eine Siedlung als Beispiel. Sie ist die Einzige, die von der »Unidad popular« geführt und von einer Richtung der revolutionären Linken beherrscht wird.

Die Gesamtheit dieser Beobachtungen ist systematisch genug, um daraus zu schließen, dass die Art und der Grad der Beziehungen der Siedlungen zum politischen Kampf unmittelbar von den Wesensmerkmalen der beherrschenden politischen Organisation in dieser Siedlung abhängen, was nicht heißt, dass die Partei ein *Deus ex Machina* ist. Ihr Einfluss und ihre Wirksamkeit werden ebenfalls noch erklärt werden müssen. Aber wenn die Partei auch an sich kein ausreichender Faktor für die politische Entwicklung der Siedlung darstellt, so ist doch ihre Gegenwart durchaus notwendig; außerdem wird die Kampfrichtung von ihr geprägt.

5. Schließlich scheint die Verbindung mit dem Prozess der *ideologischen Veränderung* nur sehr schwach zu sein. Auszunehmen sind hiervon einige Siedlungen der revolutionären Linken, in denen die führende politische Organisation versucht, in allen Gemeinden ein neues Wertsystem zu verbreiten. Aber wenn die Lage erst einmal gefestigt ist, treten die Pflichten des Alltags in den Vordergrund. Die Beteiligung an der allgemeinen ideologischen Veränderung scheint sich auf die Entwicklung der Volkskunst und auf einen größeren Vertrieb an marxistischer Literatur zu beschränken. Diese grundsätzliche Schwäche scheint nicht aus der Situation der Siedlungen selbst zu entspringen; sie kommt eher daher, dass es in Chile eine Bewegung zur ideologischen Revolutionierung praktisch nicht gibt, in die sich die Siedlungen einordnen könnten.

So scheint auch das Bündnis mit der Studentenbewegung, einer ausgezeichneten ideologischen Kraft, nur punktuell und vor allem auf die Kampagnen »freiwilliger Arbeitsleistung« beschränkt zu sein, die – wenn sie überhaupt eine ideologische Wirkung haben – eher auf die Studenten als auf die Siedler wirken ...

Nach unseren Analysen der verschiedenen Arten der gesellschaftlichen Widersprüche kann man die grundsätzliche Rolle der politischen Kräfte beurteilen, die sie in jeder Siedlung bei der Orientierung einer Bewegung spielen. Diese Schlussfolgerungen, die durch ähnliche Bemerkungen über die soziale Organisation der Siedlungen noch bestärkt werden, führen zur Frage nach den gesellschaftlichen Bedingungen, die die Entwicklung jeder dieser politischen Richtungen begünstigen oder hemmen. Sie sind das erklärende Element, das seinerseits untersucht werden muss.

Die gesellschaftlichen Faktoren, die den Erfolg der verschiedenen politischen Richtungen in der Siedlerbewegung bestimmen

Die Art und Weise, wie die Siedlungen gesellschaftlich organisiert und wie sie mit den sozialen Kämpfen verbunden sind, scheint also weitgehend von der herrschenden politischen Strategie jeder Siedlung bestimmt zu sein. Der Ursprung der unterschiedlichen Strategie ist klar: Die Grundlage des Bildungsprozesses einer jeden Siedlung bildet immer ein politischer Apparat mit einer bestimmten Richtung. Die Hauptfrage ist aber folgende: Wie wirkt es sich aus, ob diese oder jene politische Richtung übernommen und von den Bewohnern einer Siedlung angewendet wird? Unsere Untersuchung zeigt nun, dass zwischen den Siedlungen einer gleichen politischen Ausrichtung beträchtliche Unterschiede herrschen: Entsprechend den gesellschaftlichen Bedingungen und der Art der angenommenen Entwicklung lässt sich die vorgeschlagene politische Richtung in der Praxis der Massen anwenden oder nicht.

Man kann auf sehr schematische Weise drei große Typen von politischen Richtungen unterscheiden. Um jede Wertung zu vermeiden, wollen wir diese Richtungen nur beschreiben und ihnen keine Namen geben:

- Für die erste Richtung ist der Wille kennzeichnend, den Prozess politisch zu radikalisieren; sie startet mit der Besetzung städtischer Grundstücke einen unmittelbaren Angriff auf die bourgeoise Legalität und versucht danach, die Siedlungen in Basen der Bewegung umzuwandeln, eine Aktion, die mit dem Arbeitskampf und der revolutionären Politik zusammenhängt.
- Die zweite Richtung zielt darauf, die Siedler zu mobilisieren, um gleichzeitig die Erfüllung der Forderungen im Bereich des Wohnungswesens und einen gesetzeskonformen politischen Triumph zu erreichen. Ist dies einmal gelungen, so geht es darum – ausgehend von einem planmäßig gelenkten Eingreifen durch den vom Volk regierten Staat – die Bedingungen zu schaffen für die schnelle Lösung der konkreten Probleme der Siedlung. In der Übergangsphase und in der Erwartung, dass die Siedlungen durch das öffentliche Wohnungsbauprogramm endgültig verschwinden werden, bestimmt die politische Organisation den Ablauf des Alltags in der Siedlung. Auf dieser Grundlage entwickelt sich eine starke gesetzeskonforme po-

litische Mobilisierung. Andererseits fordert man als Höhepunkt die Verbindung mit der Gewerkschaftsbewegung und ihrer Führung.

- Die dritte Richtung ist entweder *bevormundend* oder *reformerisch* und *ständisch*: Das hängt davon ab, ob sie die öffentlichen Einrichtungen der Sozialfürsorge einsetzt oder nicht, was seinerseits von den politischen Verhältnissen abhängt. Wenn man an der Macht ist, dann geht es in diesem Fall darum, sich für die Wahlen eine Anhängerschaft zu sichern, indem man auf dem Gebiet der Stadtplanung Konzessionen macht. Steht man in der Opposition, so fordert man für dieselbe Gruppe Wohnungen, ohne sie allerdings im Allgemeinen stärker zu mobilisieren, als es erforderlich ist, um ihre Stimme zu erhalten.

Diese drei großen Richtungen erfassen nicht alle Unterschiede der politischen Organisationen, die innerhalb der Siedlerbewegung arbeiten. Aber sie stellen die Hauptachsen dar. Wenn man sie zusammenfügt, ergeben sich die Richtungen, die von jeder Organisation konkret vertreten werden. Somit verfolgt die Arbeiterpartei eine Linie, die entsprechend unserer Beschreibung einem ständigen Pendeln zwischen der ersten und der zweiten Richtung entspricht.

Wie sehen also die Entwicklungsfaktoren jeder einzelnen Richtung aus? Zunächst muss man darauf hinweisen, wie wichtig die Wesensmerkmale der sozialen Basis der Siedlung sind. Vergleicht man die Siedlungen, welche die erste Richtung verfolgt haben mit denen, welche die zweite Richtung angenommen haben, so besteht die Kluft in Wirklichkeit nicht zwischen Subproletariat und Proletariat, sondern zwischen zwei klar unterscheidbaren Fraktionen der Arbeiterklasse.

Die zweite Richtung wird von Siedlungen unterstützt, in denen die Arbeiter ein höheres Einkommen und einen höheren Bildungsstand besitzen und in denen nur ein geringer Anteil von Arbeitslosen lebt. Andererseits wird die erste Richtung von den Siedlungen voll unterstützt, deren gesellschaftliche Basis Arbeiter darstellen, die von der Arbeitslosigkeit zugrunde gerichtet werden. Das ist etwas ganz anderes als die Basis des Lumpenproletariats, das sich in das Produktionssystem nicht einfügt, denn die Siedlungen, die mehrheitlich diesem letzten Wesensmerkmal entsprechen, geraten eher in soziale Zerrüttung und politische Unordnung.

Diese Beobachtungen scheinen unmittelbar mit den klassischen Thesen verbunden zu sein über die Beziehung zwischen: Arbeiter-

aristokratie und Syndikalismus, Not und Entpolitisierung, krisenerfahrener Arbeiterklasse und Klassenbewusstsein.

Zu dieser Bestimmung durch die soziale Basis kommen Faktoren hinzu, die für die Art der jeweiligen politischen Intervention typisch sind: Die *erste Richtung* weist Vorteile auf, weil sie Führer besitzt, die aus den Siedlern selbst hervorgegangen sind; weil die innere Organisation der Siedlung von der Kampffront ausgeht; weil ein starker sozialer und ideologischer Zusammenhang besteht in der Art und Weise, wie die Bewohner der Siedlung angeworben werden. Ebenso wird die *zweite Richtung* dort gestärkt, wo es eine politische Führung gibt, die unmittelbar aus den Obdachlosenkomitees entstanden ist und nicht so sehr aus der Organisation, wo die Zweifel an der Wirksamkeit der Aktion die Wahlstrategie überwiegen, wo es keine Verflechtung mit den verschiedenen Regierungsapparaten gibt.

Die *dritte, ständische und bevormundende Richtung* wird durch eine soziale Basis begünstigt, die in der Rangordnung (relativ gesehen) sehr hoch oder sehr niedrig steht. Dabei handelt es sich entweder um das Kleinbürgertum (Angestellte, Beamte usw.), das auf der Suche nach persönlichem Komfort und ausschließlich auf dieses Ziel fixiert ist, oder um das Subproletariat, dem es nichts ausmacht, die Tradition der barmherzigen Bevormundung zu festigen. Der andere für diese Richtung anscheinend bezeichnende Faktor besteht in der Art der Beziehungen, die mit dem Staatsapparat unterhalten werden; geht man vom Opportunismus der gesellschaftlichen Basis aus, die die dritte Richtung unterstützt, dann kommt man von reformerischen Forderungen sehr leicht zur Integration (und umgekehrt); das resultiert aus dem Grad der jeweils erreichten Befriedigung.

Die Betrachtung dieser wenigen Konstanten in der Entwicklung der politischen Richtungen ist weit davon entfernt, eine umfassende Erklärung zu liefern. Zumindest erlaubt sie es aber, die organisatorischen Strategien zu beurteilen, die von vornherein als die bestimmenden erscheinen. Es handelt sich um *die Beziehung* zwischen der politischen Bewegung und den Massen; diese Beziehung nimmt sicherlich bei der Veränderung der Gesellschaft die bedeutendste Stellung ein.

Die Ansiedlungen chilenischer Siedler im Jahre 1971 stellen demnach eine sich verändernde Tatsache dar. Neben der sozialen Auflösung, die man in einzelnen Fällen beobachten kann, findet man auch stark mobilisierte Gemeinden, und in gewissen Bereichen lässt sogar

die »bevormundende« Richtung Raum für soziale Neuerungen. Wir haben versucht, die gesellschaftlichen Ursprünge für die Veränderung dieser stadtpolitischen Reformpraxis einzukreisen, um nicht im Relativismus zu verharren. In diesem Sinne scheint es auch klar zu sein, dass sich die sozialen Merkmale der Siedlungen in Abhängigkeit von den Verhältnissen ändern und dass der politische Gehalt von drei Grundelementen bestimmt wird: dem objektiven, strukturellen Gehalt; der gesellschaftlichen Basis; der politischen Richtung, die selbst wiederum von einer Reihe von Faktoren abhängt, die von Fall zu Fall verschieden sind. Es handelt sich also um eine Struktur, die sich im ununterbrochenen Zusammenspiel mit der Gesamtheit der Widersprüche ständig verändert, die in der chilenischen Gesellschaft herrschen. Das ist auch der Grund, warum die Zukunft der Siedlungen weniger von ihrer eigenen Entwicklung abhängt, als von der allgemeinen Dynamik des Klassenkampfes in Chile, dessen Bestandteil sie sind.

Das Volk, das seine Revolution verteidigt, wird die Siedlungen eines Tages beseitigen. Vielleicht werden sie auch das Volk an seinen Heldenmut erinnern, wenn es in einigen Jahren die neuen sonnigen und mit Bäumen bepflanzten »Volksviertel« bewohnen wird. Diese Ansiedlungen chilenischer Siedler werden in der einen oder der anderen Weise immer eine Erfahrung im politischen Kampf und eine Herausforderung an die alte Ordnung der Stadt darstellen.

Die Informationen, die die Grundlage für unsere Analyse darstellen, stammen aus:

- der persönlichen Erfahrung während eines mehrmonatigen Aufenthalts in Chile in den Jahren 1968, 1970, 1971, hauptsächlich aus Kontakten mit den linken Aktivisten und wiederholten Besuchen in den Siedlungen,
- der Mitarbeit in einer Forschungsgruppe zu diesem Thema an der lateinamerikanischen Fakultät für Sozialwissenschaften in Santiago de Chile,
- vor allem aber der systematischen Untersuchung, die wir im Juli und Oktober 1971 in den 25 wichtigsten Siedlungen Santiagos durchgeführt haben. Diese Untersuchung wurde von einer Forschungsgruppe des C.I.D.U. (»Centre interdisciplinaire du développement urbain« – Interdisziplinäres Zentrum für Stadtentwicklung) durchgeführt, die sich mit gesellschaftlichen Bewegungen in den Städten befasste; es gab eine Zusammenarbeit mit den Aktivisten der »Unidad

popular« in der Pobladores-Bewegung. Wir haben die politische Geschichte rekonstruiert und die sozialen Wesensmerkmale einer jeden Siedlung durch längere Beobachtung und systematische Gespräche mit den Führern, den Aktivisten und den Bewohnern analysiert. Die Untersuchung und die Analyse waren das gemeinsame Werk der gesamten Forschungsgruppe »Stadtpolitik« des C.I.D.U., d.h. von: M. Castells, M.T. Chadwick, R. Cheetham, A. Hirane, S. Quevedo, T. Rodriguez, G. Rojas, J. Rojas, F. Vanderschuren.

Ein Bericht über alle Ergebnisse dieser Untersuchung wird vorbereitet (1972). Wegen der brennenden politischen Aktualität des Themas haben wir alle Informationen ausgelassen, die Ort, Personen und Organisation erkennen ließen – außer bei den historisch bekannten sozialen Tatsachen.

6. Die Schlussfolgerung heißt Straßenkampf

Neue gesellschaftliche Widersprüche sind Grundlage für neue Formen des Konfliktes und für neue Arten, den Alltag kollektiv zu bewältigen. Die gesellschaftlichen Bewegungen in einer Stadt sind dafür die besten Beispiele. Je mehr man die Entwicklung der Stadtkämpfe beobachtet, desto mehr muss man erkennen, wie sie die politischen Prozesse beeinflussen, desto mehr muss man auch den sozialen Gehalt des Phänomens und die konkreten Ergebnisse genau festhalten, die sie entstehen lassen.

Von einigen ausgewählten Beispielen für städtische Mobilisierung unter den neuen gesellschaftlichen Bedingungen ausgehend, konnten wir die innere Struktur dieser Prozesse erkennen. Wir konnten die Bedingungen für ihre Eingliederung in andere gesellschaftliche und politische Prozesse festlegen und die Faktoren der gesamten dialektischen Beziehungen insgesamt bestimmen.

Es lassen sich einige Schlüsse ziehen, wenn man dieses Thema überfliegt. Es wird von den »Sozialwissenschaften« kaum aufgegriffen und auch vom Marxismus kaum behandelt. Dabei macht es in den Massenmedien Schlagzeilen und schließt eine tagtägliche politische Praxis ein.

Zunächst ist augenscheinlich, dass man im Allgemeinen von einem »Stadtkampf« nicht sprechen kann. Dieser Ausdruck verschmilzt und vermischt äußerst unterschiedliche Probleme; seine Eignung, die Strukturgesetze einer Gesellschaft infrage zu stellen, ändert sich je nach dem Inhalt der Forderung vollkommen, die man als städtische betrachtet. Ob es sich um die Verkehrsmittel oder um den Einbau von Briefkästen in einem Wohnhaus handelt, jedes Mal ändert sich die gesellschaftliche Bedeutung des Problems und die Art des Widerspruchs völlig. Bevor man also von »Stadtkämpfen« sprechen kann, muss man zunächst einmal die falsche Einheit zerstören und eine grundlegende Analyse der Problemstruktur vornehmen, um den sozialen Gehalt des Anlasses zu erkennen. Man muss ihn also wieder in den ökonomischen und politischen Zusammenhang bringen. Jede unterschiedslose Vereinheitli-

chung der »Stadtkämpfe« durch Ansiedlung auf derselben Ebene führt direkt zur ideologischen Betrachtungsweise städtischer Fragen. Das gilt z.B. für diejenigen, die den »Rahmen unseres Lebens« betreffen, wobei vergessen wird, dass das Leben kein »Rahmen« ist, sondern eine Praxis. Vor allem vergisst man, dass diese Probleme einen völlig anderen Sinn erhalten je nach der gesellschaftlichen Stellung, die man einnimmt. Damit man ihn verstehen kann, muss jeder »Stadtkampf« in seinem strukturellen Inhalt bestimmt und auf die Rolle bezogen werden, die er hinsichtlich der kämpfenden Klassen spielt. Dann und nur dann werden wir wissen, »wovon die Rede ist«.

Demnach scheint es offenbar so zu sein, als beträfen die verschiedenen »städtischen Anlässe« immer nur strukturelle Nebenwidersprüche, und zwar ganz unabhängig von ihrem jeweiligen Niveau oder ihrem Inhalt. Das heißt, sie ziehen weder die Produktionsweise der Gesellschaft noch die politische Herrschaft der führenden Klassen *unmittelbar* in Zweifel. Wenn man aus den städtischen Widersprüchen den Hauptwiderspruch und aus den gesellschaftlichen Bewegungen in der Stadt die neue revolutionäre Kraft macht, dann kann man genau so gut die Prophezeiung vom Ausbruch einer neuen Zeit anerkennen, welche das Thema Arbeiterbewegung auf eine kapitalistische Gesellschaft begrenzt, die man heute als geschichtlich überholt ansieht. Unsere Analysen zeigen jedoch, wie vollkommen abhängig die Stadtkämpfe von den anderen gesellschaftlichen Kämpfen sind. Sie zeigen auch, dass es für diese Kämpfe unmöglich ist, sich selbst weiter zu entwickeln, wenn sie ohne Verbindung zu den politischen Konflikten bleiben, die wesentlich von den derzeitigen Formen der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit geprägt werden. Das will aber nicht besagen, dass die Stadtkämpfe damit in die Welt des behördlichen Reformismus verbannt sein sollten. Im Gegenteil: Man kann bei gewissen politischen Verhältnissen erkennen, wie entscheidend wichtig sie sind, denn *ein von der Struktur her nebensächlicher Widerspruch kann aufgrund der Verhältnisse zur Hauptsache werden*. Das heißt, dass man erst dann über die politische Bedeutung einer städtischen Bewegung urteilen kann, wenn man ihre Wirkungen untersucht, die sie in einer bestimmten Situation auf die Machtverhältnisse zwischen den Gesellschaftsklassen hat.

Wir konnten ausführen, dass die Wirkungen auf die Klassenverhältnisse vor allem durch die Art und Weise bestimmt sind, in der die

städtischen Widersprüche mit den anderen Widersprüchen in der Gesellschaftsstruktur verbunden sind. Damit werden die städtischen Bewegungen dort zu gesellschaftlichen Bewegungen, wo es ihnen gelingt, zum Bestandteil einer politischen Bewegung zu werden, die die Gesellschaftsordnung in Zweifel zieht, wie z.B. im Kampf der Arbeiterklasse. Man muss also unterscheiden zwischen einer Verbraucher-genossenschaftsbewegung, die von Reformforderungen ausgeht, die unmittelbar auf die Art der Verteilung der Gemeinschaftsgüter bezogen ist, und der Entwicklung des Klassenkampfes von städtischen Anlässen her. Wie also zwischen der Gewerkschaftsbewegung und der revolutionären Arbeiterbewegung eine enge Verbindung besteht, so besteht auch ein Zusammenhang zwischen den städtischen Forderungen und dem Zweifel an der heutigen Lebensweise. Das geht noch weiter: Da in wachsendem Maße der Staatsapparat zum Manager der kollektiven Konsumtion wird (auf allgemeiner wie auf örtlicher Ebene), ziehen die städtischen Sozialbewegungen auch die gesellschaftliche Verwaltung der Lebensweise tendenziell in Zweifel, wie sie sich in den öffentlichen Eingriffen in die Grundausrüstung des täglichen Lebens zeigt. Demnach wird die mehr oder weniger revolutionäre Rolle der städtischen Bewegungen zu einem großen Teil davon abhängen, welche integrierenden Fähigkeiten der Staatsapparat besitzt, d.h., sie wird von der Menge der Mittel abhängen, die er für die Integration aufwenden kann. Auch die Machtverhältnisse zwischen den Klassen spielen eine Rolle, die die Grundlage für die Art und Richtung bilden, in der die Gemeinschaftsgüter verwaltet werden.

Diese Bindung zwischen Stadtkämpfen und politischen Kämpfen, dieser fortschreitende Übergang von einem Bereich der Gesellschaftsstruktur zu einem anderen, dies ist der Hauptpunkt in der Veränderungsdynamik, welche die gesellschaftlichen Bewegungen in einer Stadt hervorrufen können. Aber diese Folge von Verkettungen hängt nicht nur vom sachlichen Anlass ab, den dieses oder jenes Problem in einer bestimmten Situation darstellt. Sie sind selbst Ausdruck der Entwicklung des Stadtkampfes, der intervenierenden Kräfte der Formen, die der Konflikt annehmen kann und der jeweiligen Wesensmerkmale dieser Kräfte. Bei unseren Untersuchungen erkannten wir vor allem die entscheidende Rolle der Organisation, durch welche die gesellschaftliche Bewegung in einer Stadt eine Richtung erhält und entwickelt wird – ob diese nun die städtischen Widersprüche mit den all-

gemeinen politischen Widersprüchen zu verknüpfen oder sie zu lösen versucht, indem sie bestimmte und begrenzte Ziele verfolgt. Im ersten Fall wird die städtische Bewegung zum Ausgangspunkt für die Veränderung der Gesellschaft. Im zweiten Fall wird sie zu einem Partizipationsinstrument im Rahmen der Vorherrschaft von Zielen, die im Allgemeinen gesetzeskonform sind. Die Merkmale dieser Organisation und ihre Aktionsrichtungen sind ihrerseits bestimmten unveränderlichen Einflussgrößen in der Gesellschaft unterworfen; das gilt ebenso für ihren Erfolg wie für ihr Scheitern beim Versuch einer gesellschaftlichen Mobilisierung. Es ist demnach eine Hauptaufgabe für die Forschung, die gesellschaftlichen Bedingungen zu erklären, denen die verschiedenen Aktionsrichtungen unterliegen. *Es ist aber in jedem Fall so, dass sich das letzte Geheimnis der gesellschaftlichen Bewegung in einer Stadt in dem Zusammenspiel findet zwischen der Stellung, den der städtische Anlass in der Gesellschaftsstruktur und der Stellung, den die soziale Gruppe innerhalb der Klassenverhältnisse einnimmt und den politisch-ideologischen Kennzeichen der intervenierenden Organisationen.*

Jetzt begreift man, dass nicht die Triebkraft der Technokraten der Stadtplanung, sondern der Umstand, wie sich die Widersprüche zwischen den sozialen Gruppen entwickeln, eine Stadt verändert, wie sich die neuen Fragen, die aus der Problematik der Stadt entstehen, in den Aktionen ausdrücken, die in unseren Gesellschaften die revolutionären Wege erneuern, weil diese Aktionen neue Formen des Konflikts mit denen verbinden, die aus dem Produktionssystem und aus dem politischen Kampf entstehen.

Unser Schlusswort müsste also mehr sein als dieser Text; es steht nicht uns zu. Denn die gesellschaftlichen Bewegungen in einer Stadt sind nicht nur ein Forschungsthema. Sie entstehen und entwickeln sich jeden Tag neu, stellen neue Probleme und stellen immer wieder eine Herausforderung dar – mit einem Schrei voll Leben und Kampf, der die technokratischen Mythen von der Rationalität der Städte übertrönt, mit einem Schrei, der daran erinnert, dass auch die Macht über die Stadt von der Straße kommt.

VSA: Wem gehört die Stadt?



michael jäger / thomas seibert
alle zusammen. jede für sich.
die demokratie der plätze.
eine flugschrift.
72 Seiten | € 8.00
ISBN 978-3-89965-502-5

Von den Manifesten der Empörung zu einer Flugschrift für Aktive, in der es um die Demokratie auf den Plätzen geht: Wir haben die Wahl!

VSA: Verlag

St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de
www.vsa-verlag.de



david harvey
kapitalismuskritik
die urbanen wurzeln der finanzkrise
den antikapitalistischen Übergang
organisieren
96 Seiten | € 8.80
ISBN 978-3-89965-527-8

David Harvey ist einer der wenigen marxistischen Stadtforscher, die sich darum bemühen, die Analyse der Urbanisierung und Bebauung in die allgemeine Theorie von den Bewegungsgesetzen des Kapitals zu integrieren. Darüber hinaus entwickelt Harvey Grundzüge einer »ko-revolutionären« antikapitalistischen Theorie, um unter den heutigen Bedingungen der kapitalistischen Entwicklung zu einer grundlegenden Veränderung zu kommen: »Ein anderer Kommunismus ist möglich.«

VSA: Uns gehört die Stadt!



Andrej Holm / Dirk Gebhardt (Hrsg.)
Initiativen für ein Recht auf Stadt
Theorie und Praxis
städtischer Aneignungen
288 Seiten | € 19.80
ISBN 978-3-89965-395-3

Der Band enthält grundlegende Beiträge zum Thema »Recht auf Stadt« und Erfahrungsberichte von AutorInnen aus verschiedenen Ländern und städtischen Initiativen.

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de
www.vsa-verlag.de



Markus Henn / Christiane Hansen u.a.
Wasser ist keine Ware
Wasserversorgung zwischen
Gemeinwohl und Kommerz
AttacBasisTexte 41
96 Seiten | € 7.00
ISBN 978-3-89965-503-2

Die AutorInnen fassen die weltweite Situation der Ressource Wasser und ihre Gefährdungen zusammen. Dazu nennen sie Bedingungen für eine qualitativ gute und sozial angemessene Trinkwasserversorgung.

Wenke Christoph / Patrick Pritscha
Stadt und Land
Entwicklungsansätze für eine
lebenswerte Kommune
Crashkurs Kommune 5 | Hrsg. von
Katharina Weise | 104 Seiten | € 7.50
ISBN 978-3-89965-432-5